

MEMORIAL

**Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg**

**MEMORIAL**

**Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg**

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 466**30 avril 2003****SOMMAIRE**

Alokan S.A., Luxembourg	22351
AXA Equities, Sicav, Luxembourg	22364
AXA Funds Management S.A., Luxembourg	22365
Bel Canto Sicav, Luxembourg	22365
BlueBirds II Participations, S.à r.l., Luxembourg	22353
BlueBirds Participations, S.à r.l., Luxembourg	22340
BTP World S.A., Luxembourg	22321
CEB Holding S.A., Luxembourg	22364
Clipco S.A., Luxembourg	22366
Cooling Watergroup S.A., Luxembourg	22350
Finter Fund	22322
Fund-Market Fund	22328
Gartmore Sicav, Luxembourg	22339
Graci International Holding S.A., Luxembourg	22366
Guido de Nadai Holding, S.à r.l., Luxembourg	22367
Krizia, S.à r.l., Luxembourg	22364
Meritor Luxembourg, S.à r.l., Luxembourg	22366
Mezzanine Management Finance S.A., Luxembourg	22367
Mezzanine Management Finance S.A., Luxembourg	22367
Mobilim Participations S.A., Luxembourg	22366
Ravan Investments Holding S.A., Luxembourg	22367
Ravenelle Holding S.A., Luxembourg	22365

BTP WORLD S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1233 Luxembourg, 6, rue Jean Bertholet.
R. C. Luxembourg B 59.580.

Il résulte d'une assemblée générale des actionnaires de BTP WORLD S.A. en date du 26 février 2003 que la société SORE INTERNATIONAL, S.à r.l. a été révoquée de son mandat de commissaire avec effet immédiat et que la société DELOITTE & TOUCHE, avec adresse à 3, route d'Arlon, L-8009 Strassen a été nommée nouveau commissaire et ce jusqu'à la prochaine assemblée générale statuant sur les comptes de la société clôturant le 28 février 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 11 avril 2003.

BTP WORLD S.A.

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 15 avril 2003, réf. LSO-AD03329. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(015618.3/250/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 avril 2003.

FINTER FUND, Fonds Commun de Placement.*Konsolidierte Vertragsbedingungen**Februar 2003*

Die Rechte und Pflichten der Anteilsinhaber (der/die «Anteilsinhaber»), der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank werden durch die vorliegenden Vertragsbedingungen geregelt.

1. Die Verwaltungsgesellschaft

Die Verwaltungsgesellschaft FINTER FUND MANAGEMENT COMPANY S.A. (die «Verwaltungsgesellschaft») ist eine Aktiengesellschaft mit Gesellschaftssitz in Luxemburg, 291, route d'Arlon, die entsprechend den vorliegenden Bedingungen den Anlagefonds FINTER FUND (der «Anlagefonds») verwaltet.

Der Gesellschaftszweck der Verwaltungsgesellschaft besteht ausschliesslich in der Verwaltung des FINTER FUND sowie der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen dieses Anlagefonds.

Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft besitzt alle notwendigen Rechte, um im Namen der Gesellschaft rechtskräftig handeln zu können, und trifft alle Vorkehrungen, welche zur Verfolgung des Gesellschaftszweckes, insbesondere im Zusammenhang mit der Verwaltung des Fondsvermögens, erforderlich sind. Die Verwaltungsgesellschaft kann im Zusammenhang mit der Verwaltung des Fondsvermögens auf eigene Kosten einen Anlageberater hinzuziehen.

Der Anlagefonds und seine Teilfonds werden durch die FINTER FUND MANAGEMENT COMPANY S.A. aufgelegt, welche auch die Anlagepolitik festlegt. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit bestehende Teilfonds auflösen und/oder neue Teilfonds auflegen. Die Verwaltungsgesellschaft darf im Interesse der Anteilsinhaber jederzeit weitere Anlagebeschränkungen festsetzen, soweit diese erforderlich sind, um den Gesetzen und Bestimmungen aller Länder zu entsprechen, in denen Anteile des Anlagefonds angeboten und verkauft werden dürfen.

Der Jahresabschluss der Verwaltungsgesellschaft wird von einem oder mehreren von der Generalversammlung ernannten Wirtschaftsprüfern geprüft.

2. Der Anlagefonds

Der Anlagefonds FINTER FUND ist gemäss Teil I des Luxemburgischen Gesetzes vom 30. März 1988 über Organisationen für gemeinsame Anlagen (das «Gesetz von 1988») als ein rechtlich unselbständiger offener Anlagefonds nach Luxemburgischem Recht in der Form eines «fonds commun de placement» («FCP») von der FINTER FUND MANAGEMENT COMPANY S.A. aufgelegt worden.

Der FINTER FUND offeriert dem Anleger unter demselben Anlagefonds Teilfonds («Umbrella Construction»), die gemäss ihrer Anlagepolitik in Wertpapiere investieren. Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Anlagefonds.

Die Wertpapiere und sonstigen Vermögenswerte der Teilfonds werden als ein Sondervermögen der FINTER FUND MANAGEMENT COMPANY S.A. im Interesse und für Rechnung der Anteilsinhaber verwaltet. Das Sondervermögen ist von dem Vermögen der Verwaltungsgesellschaft getrennt. Das gesamte Fondsvermögen steht im Miteigentum aller Anleger, welche daran entsprechend ihren Anteilen an den einzelnen Teilfonds gleich berechtigt sind. Die Anteile können in Anteilsscheinen verbrieft werden.

Die Laufzeit des Anlagefonds ist nicht begrenzt. Das Geschäftsjahr des Anlagefonds endet am 31. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres. Der Jahresabschluss des Anlagefonds wird von einem von der Verwaltungsgesellschaft ernannten Wirtschaftsprüfer geprüft.

Der Gesamtnettovermögenswert eines jeden Teilfonds und die Nettovermögenswerte der Anteile dieser Teilfonds werden in den von der Verwaltungsgesellschaft festgelegten Währungen ausgedrückt.

3. Die Anlagepolitik

Die Anlageziele der einzelnen Teilfonds bestehen entweder im Erreichen eines hohen laufenden Ertrages oder eines hohen Wertzuwachses bei angemessenem Ertrag.

Die Ausgestaltung der Anlagepolitik der einzelnen Teilfonds erfolgt dabei nach Kriterien wie Anlageinstrumente, Währungen, geographische Regionen oder Branchen, die für jeden einzelnen Teilfonds von der Verwaltungsgesellschaft festgelegt und im Verkaufsprospekt des Anlagefonds näher beschrieben werden.

Bei den Anlagen des Anlagefonds müssen folgende Regeln beachtet werden:

a) Anlageinstrumente

(i) Das Vermögen der einzelnen Teilfonds muss entsprechend der Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds ausschliesslich in Wertpapieren angelegt werden, die

- an einer Wertpapierbörse eines Mitgliedstaates der Europäischen Union («EU») oder eines anderen Landes Europas, Asiens, Ozeaniens sowie der Kontinente Amerika und Afrika amtlich notiert werden oder

- an einem anderen geregelten Markt eines Mitgliedstaates der EU oder eines anderen Landes Europas, Asiens, Ozeaniens sowie der Kontinente Amerika und Afrika, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, gehandelt werden.

Wertpapiere, die aus Neuemissionen erworben werden, müssen in den Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder zum Handel an einem anderen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, beantragt wird, und zwar an den Börsen oder geregelten Märkten eines Mitgliedstaates der EU oder eines anderen Landes Europas, Asiens, Ozeaniens sowie der Kontinente Amerika und Afrika.

(ii) Dennoch ist es der Verwaltungsgesellschaft gestattet:

- bis zu maximal 10% des Nettovermögens eines Teilfonds in anderen als in den unter (i) genannten Wertpapieren anzulegen;

- bis zu maximal 10% des Nettovermögens eines Teilfonds in verbrieften Rechten anzulegen, die im Rahmen der Bestimmungen dieser Vertragsbedingungen ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleichgestellt werden können und insbesondere handelbar und veräusserbar sind und deren Wert jederzeit oder zumindest in den nach Artikel 5 der Vertragsbedingungen vorgesehenen Zeitabständen genau bestimmt werden kann;

wobei diese beiden Werte zusammen höchstens 10% des Nettovermögens eines Teilfonds ausmachen dürfen.

(iii) Daneben darf die Verwaltungsgesellschaft pro Teilfonds in dessen Anlagewährung zusätzlich flüssige Mittel halten.

(iv) Die Verwaltungsgesellschaft darf, bei denjenigen Teilfonds, bei denen diese Möglichkeit ausdrücklich erwähnt ist, in Indexzertifikate investieren, die als handelbare Wertpapiere im Sinne der EU Richtlinie 85/611/EWG anerkannt sind, und für deren Basiswerte («underlyings») kumulativ gilt:

- die Zusammensetzung des Index muss ausreichend diversifiziert sein,
- der Index besteht aus repräsentativen Standardwerten des Bezugsmarktes,
- der Index unterliegt einer geeigneten Veröffentlichung,
- die Basiswerte («underlyings») erfüllen die Anforderungen der EU Richtlinie 85/611/EWG

b) Risikostreuung

Im Hinblick auf die Risikostreuung ist es der Verwaltungsgesellschaft nicht gestattet, mehr als 10% des Nettovermögens eines Teilfonds in Wertpapieren ein- und desselben Emittenten anzulegen. Der Gesamtwert aller Wertpapiere jener Emittenten, in welchen mehr als 5% des Nettovermögens eines Teilfonds angelegt sind, darf höchstens 40% des Nettovermögens jenes Teilfonds ausmachen.

Folgende Ausnahmen sind jedoch möglich:

- Die genannte Grenze von 10% kann bis auf maximal 25% erhöht werden für verschiedene Schuldverschreibungen, die von Kreditinstituten ausgegeben sind, welche ihren Sitz in einem Mitgliedstaat der EU haben und dort gemäss Gesetz einer speziellen Aufsicht unterliegen, die den Schutz der Inhaber dieser Papiere bezweckt. In solchen Fällen gilt die Bestimmung von Artikel 42 Abs. 3 des Luxemburger Gesetzes von 1988. Insbesondere müssen die Mittel, die aus der Emission solcher Schuldverschreibungen stammen, entsprechend dem Gesetz in Aktiven angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen die daraus entstandenen Verpflichtungen genügend abdecken sowie ein Vorzugsrecht in Bezug auf die Zahlung des Kapitals und der Zinsen bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners aufweisen. Investiert ein Teilfonds mehr als 5% seines Nettovermögens in vorgenannte Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten, darf der Gesamtwert dieser Investitionen 80% des Nettovermögens des Teilfonds nicht überschreiten. In diesem Fall kommt das oben erwähnte Limit von 40% nicht zur Anwendung.

Die genannte Grenze von 10% kann bis auf maximal 35% erhöht werden für Wertpapiere, die von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften, von einem anderen zugelassenen Staat oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere EU-Mitgliedsstaaten angehören, begeben oder garantiert werden. In diesem Fall kommt das oben erwähnte Limit von 40% ebenfalls nicht zur Anwendung.

Die Verwaltungsgesellschaft ist ermächtigt, nach dem Grundsatz der Risikostreuung bis zu 100% des Nettovermögens eines Teilfonds in Wertpapieren verschiedener Emissionen anzulegen, die von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften, von einem Drittland das Mitglied der OECD ist, oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere EU-Mitgliedsstaaten angehören, begeben oder garantiert werden. Diese Wertpapiere müssen in mindestens 6 verschiedene Emissionen aufgeteilt sein, wobei Wertpapiere aus ein und derselben Emission 30% des Gesamtbetrages des Nettovermögens eines Teilfonds nicht überschreiten dürfen.

- Unter Wahrung des Prinzips der Risikostreuung kann jeder einzelne Teilfonds während eines Zeitraumes von sechs Monaten nach seiner Zulassung von den angeführten Beschränkungen bezüglich Risikostreuung abweichen.

c) Anlagebeschränkungen

Es ist der Verwaltungsgesellschaft untersagt:

- Wertpapiere für den Anlagefonds zu erwerben, deren Veräusserung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen irgendwelchen Beschränkungen unterliegt;

- Aktien zu erwerben, die mit einem Stimmrecht verbunden sind, das es der Verwaltungsgesellschaft ermöglicht, gegebenenfalls zusammen mit anderen von ihr verwalteten Fonds einen nennenswerten Einfluss auf die Geschäftsführung eines Emittenten auszuüben;

- mehr als 10% der stimmrechtslosen Aktien ein und derselben Gesellschaft, Obligationen ein und desselben Emittenten oder Anteile ein und desselben OGA zu erwerben. Ausgenommen sind gemäss Artikel 45, Abs. 3 des Gesetzes von 1988 Wertpapiere, die von einem Mitgliedstaat der EU oder der OECD, öffentlichen Gebietskörperschaften der EU-Länder begeben oder garantiert werden, oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, in welchen Mitgliedstaaten der EU beteiligt sind, begeben werden;

- pro Teilfonds mehr als 5% des Nettovermögenswertes in Anteile/Aktien anderer Organismen für gemeinsame Anlagen des offenen Typs anzulegen. Diese Organismen für gemeinsame Anlagen des offenen Typs müssen als Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren im Sinne der Direktive 85/611/EWG anzusehen sein.

- Der Erwerb von Anteilen eines anderen OGAW, der von derselben Verwaltungsgesellschaft oder von irgendeiner anderen Gesellschaft verwaltet wird, mit der die Verwaltungsgesellschaft im Rahmen einer Verwaltungs- oder Aufsichtsgemeinschaft oder durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, ist nur im Falle eines OGAW, der sich gemäss seinen Verwaltungsbestimmungen auf die Anlage in einem bestimmten geographischen oder wirtschaftlichen Bereich spezialisiert hat, zulässig.

Die Verwaltungsgesellschaft darf bei Geschäften mit Anteilen des OGAW keine Gebühren oder Kosten berechnen, wenn Vermögensteile eines OGAW in Anteilen eines anderen OGAW angelegt werden, die von derselben Verwaltungsgesellschaft oder von irgendeiner anderen Gesellschaft verwaltet wird, mit der die Verwaltungsgesellschaft im Rahmen einer Verwaltungs- oder Aufsichtsgemeinschaft oder durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist.

Es ist der Verwaltungsgesellschaft untersagt:

- Wertpapier-Leerverkäufe zu tätigen
- Wertpapiere fest zu übernehmen («underwriting»)
- Edelmetalle oder diesbezügliche Zertifikate zu erwerben
- direkt in Immobilien anzulegen und Waren oder Warenkontrakte zu kaufen oder zu verkaufen
- pro Teilfonds Kredite aufzunehmen, es sei denn im Fall von temporären Kreditaufnahmen und in Höhe von höchstens 10% des Nettofondsvermögens des betreffenden Teilfonds
- Kredite zu gewähren oder für Dritte als Bürge einzustehen. Diese Beschränkung steht dem Erwerb von nicht voll eingezahlten Wertpapieren nicht entgegen
- Vermögenswerte des Anlagefonds zu verpfänden oder sonst zu belasten, zur Sicherheit zu übereignen oder zur Sicherung abzutreten. Umsatzgemässe Einschusszahlungen («Margins») bei Options- und ähnlichen Geschäften bleiben hiervon unberührt.

Die oben vorgesehenen Begrenzungen brauchen bei der Ausübung von Bezugsrechten, die mit zum Fondsvermögen gehörenden Wertpapieren verbunden sind, nicht eingehalten zu werden.

Werden die im Vorstehenden genannten Grenzen unbeabsichtigt oder infolge Ausübung von Bezugsrechten überschritten, so hat die Verwaltungsgesellschaft bei ihren Verkäufen als vorrangiges Ziel die Normalisierung dieser Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilsinhaber anzustreben.

d) Derivative und Absicherungstechniken

Unter Beachtung der im Verkaufsprospekt angeführten Bedingungen und Grenzen kann die Verwaltungsgesellschaft (i) sich der Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern der Einsatz dieser Techniken und Instrumente im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Vermögens der betreffenden Teilfonds geschieht, und (ii) Techniken und Instrumente nutzen zur Deckung von Währungsrisiken im Rahmen der Verwaltung des Vermögens des betreffenden Teilfonds.

4. Nettovermögenswert

Der Nettovermögenswert des Anteils wird für jeden einzelnen Teilfonds im Prinzip an jedem Geschäftstag der Administrationsstelle auf der Basis der letztbekannten Kurse berechnet. Unter «Geschäftstag» versteht man in diesem Zusammenhang die üblichen Bankgeschäftstage (d.h. jeden Tag, an dem die Banken während der normalen Geschäftsstunden geöffnet sind) in Luxemburg mit Ausnahme von einzelnen, nicht gesetzlichen Ruhetagen.

Der Vermögenswert eines Anteils an einem Teilfonds ist in der Währung des Teilfonds ausgedrückt und ergibt sich, indem das gesamte Nettovermögen des Teilfonds durch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile des Teilfonds dividiert wird. Das Nettovermögen eines jeden Teilfonds entspricht der Differenz zwischen der Summe der Guthaben des Teilfonds und der Summe der den Teilfonds betreffenden Verpflichtungen.

Das Gesamtnettovermögen des Anlagefonds ist in CHF ausgedrückt und entspricht der Differenz zwischen dem Gesamtguthaben des Anlagefonds und den Gesamtverpflichtungen des Anlagefonds. Zum Zweck dieser Berechnung werden die Nettovermögen eines jeden Teilfonds, falls diese nicht auf CHF lauten, in CHF konvertiert und addiert.

Das Vermögen eines jeden Teilfonds wird folgendermassen bewertet:

- a) Wertpapiere, die an einer offiziellen Wertpapierbörse notiert sind, werden zum letzten verfügbaren Kurs bewertet. Wenn ein Wertpapier an mehreren Wertpapierbörsen notiert ist, ist der letzte verfügbare Kurs an jener Börse massgebend, die der Hauptmarkt für dieses Wertpapier ist,
- b) Wertpapiere, die nicht an einer offiziellen Wertpapierbörse notiert sind, die aber aktiv an einem anderen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäss ist, gehandelt werden, werden zum letztverfügbaren Kurs auf diesem Markt bewertet;
- c) falls diese jeweiligen Kurse nicht marktgerecht sind, werden diese Wertpapiere, ebenso wie die sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte, zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben auf der Grundlage des wahrscheinlich erreichbaren Verkaufswertes festlegt;
- d) die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich aufgelaufenen Zinsen bewertet.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, zeitweilig andere allgemein anerkannte und überprüfbare Bewertungsprinzipien für die Vermögenswerte eines Teilfonds anzuwenden, falls die obenerwähnten Kriterien zur Bewertung aufgrund aussergewöhnlicher Ereignisse unmöglich oder unzuweckmässig erscheinen. Bei ausserordentlichen Umständen können innerhalb eines Tages weitere Bewertungen vorgenommen werden, die für die danach auszugebenden oder zurückzunehmenden Anteile massgebend sind. Bei massiven Rücknahmeanträgen kann die Verwaltungsgesellschaft die Anteile des entsprechenden Teilfonds auf der Basis der Kurse, zu welchen die notwendigen Verkäufe von Wertpapieren getätigt werden, bewerten. In diesem Fall wird für gleichzeitig eingereichte Emissions- und Rückkaufsanträge dieselbe Berechnungsmethode angewandt.

5. Ausgabe und Konversion von Anteilen

Die Ausgabepreise der Anteile der Teilfonds werden gemäss den Modalitäten unter Artikel 4 «Nettovermögenswert» berechnet.

Anträge zur Ausgabe und Konversion von Anteilen werden von der Verwaltungsgesellschaft sowie von den Zahl- und Vertriebsstellen entgegengenommen und von diesen an die Verwaltungsgesellschaft weitergeleitet.

Nach der Erstemission entspricht der Ausgabepreis der jeweiligen Teilfonds dem Nettovermögenswert pro Anteil zuzüglich einer Ausgabekommission von bis zu 3,5% zugunsten der Vertriebsstellen. Zuzüglich werden jegliche anfallenden Ausgabesteuern verrechnet. Zugunsten der Vertriebsstellen kann zudem eine Vermittlungsgebühr, die zusammen mit der Vertriebsstellengebühr 3,5% des aufgerundeten Nettovermögenswertes nicht übersteigen darf, erhoben werden.

Für alle Zeichnungen, die bis spätestens 15.00 Uhr bei den Zahl- und Vertriebsstellen aufgegeben werden und noch während den in Luxemburg ortsüblichen Handelszeiten an einem Geschäftstag in Luxemburg eintreffen, gilt der Ausga-

bepreis der am nächstfolgenden Geschäftstag berechnet wird. Für alle Zeichnungen, die bei den Zahl- und Vertriebsstellen nach diesem Zeitpunkt eintreffen, gilt der Ausgabepreis des darauffolgenden Geschäftstages. Die Zahlung hat innerhalb von 3 Geschäftstagen nach der Abrechnung zu erfolgen.

Die Anteile werden den Anlegern schnellstmöglich nach Zahlung des Kaufpreises in entsprechender Höhe übertragen. Die Anteilsscheine werden auf Wunsch von der Depotbank über die Zahl- und Vertriebsstellen geliefert. Die Auslieferungsspesen werden dem Anleger in Rechnung gestellt.

Grundsätzlich werden nur auf den Inhaber lautende Anteilsscheine über 1, 10 und 100 Anteile unter Verwendung des entsprechenden Kaufantragsformulars und innerhalb von 7 Geschäftstagen nach Eingang der Zahlung des Kaufpreises an den Schaltern der Vertriebsstellen zur Verfügung gestellt.

Ausserdem können Fraktionsanteile ausgegeben werden. Für Einheiten von solchen Fraktionsanteilen besteht kein Anspruch auf deren Verurkundung. Sollte eine Zeichnung den Vorrat der Anteilsscheine aufbrauchen, werden diese bei erneuter Ausgabe von Anteilen neu gedruckt.

Aufgrund der Vertragsbedingungen ist es der Verwaltungsgesellschaft im Rahmen ihrer Vertriebstätigkeit gestattet, die Ausgabe von Anteilen einzustellen bzw. nach ihrem Ermessen Kaufanträge zurückzuweisen sowie gegenüber natürlichen oder juristischen Personen in bestimmten Ländern und Gebieten zeitweise oder endgültig den Verkauf von Anteilen auszusetzen oder zu begrenzen. Die Verwaltungsgesellschaft kann auch jederzeit Anteile zurücknehmen, die von Anteilsinhabern gehalten werden, welche vom Erwerb oder Besitz von Anteilen ausgeschlossen sind.

Der Anteilsinhaber eines Teilfonds kann bis zum Gegenwert der eingereichten Anteile einen Teil oder alle seine Anteile in Anteile eines anderen Teilfonds konvertieren, vorausgesetzt, dass, wie oben beschrieben, die Ausgabe von Anteilen dieses Teilfonds nicht eingestellt worden ist. Diese Konversion ist, abgesehen von allfälligen Ausgabe- oder Transaktionssteuern, grundsätzlich gebührenfrei. Die Vertriebsstellen können jedoch eine administrative Gebühr unter Verrechnung sämtlicher Ausgabe- oder Transaktionssteuern erheben. Diese Gebühr wird von der Verwaltungsgesellschaft festgelegt und kann insgesamt max. 0,75% des gerundeten Nettovermögenswertes betragen. Diese Konversion erfolgt zum entsprechend gerundeten Nettovermögenswert pro Anteil der entsprechenden Teilfonds. Für die Einreichung der Konversionsanträge gelten die gleichen Modalitäten wie für die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann nach ihrem Ermessen ganz oder teilweise die Ausgabe von eigenen Anteilen des jeweiligen Teilfonds gegen Einbringung von Anlagen in die jeweiligen Teilfonds zulassen. In diesem Fall müssen jedoch die eingebrachten Anlagen mit der Anlagepolitik und den Anlagebeschränkungen des jeweiligen Teilfonds übereinstimmen. Diese Investitionen werden durch den vom Fonds ernannten Wirtschaftsprüfer geprüft, dessen Kosten zu Lasten des jeweiligen Investors gehen.

Durch Zeichnung oder Erwerb von Anteilen erkennt der Anteilsinhaber die Vertragsbedingungen an.

6. Rücknahme von Anteilen

Die Verwaltungsgesellschaft nimmt grundsätzlich an jedem Geschäftstag in Luxemburg Anteile eines Teilfonds des FINTER FUND gegen Lieferung der entsprechenden Anteilsscheine zum Rücknahmepreis zurück. Für alle Rücknahmegesuche, die bis spätestens 15.00 Uhr bei den Zahl- und Vertriebsstellen aufgegeben werden und noch während den in Luxemburg ortsüblichen Handelszeiten an einem Geschäftstag in Luxemburg eintreffen, gilt der Rücknahmepreis, der am nächstfolgenden Geschäftstag berechnet wird. Für alle Rücknahmegesuche, die nach diesem Zeitpunkt bei den Zahl- und Vertriebsstellen eintreffen, gilt der Rücknahmepreis des darauffolgenden Geschäftstages. Für die Rücknahme von Anteilen wird eine Rücknahmekommission in Höhe von max. 1% zugunsten der Vertriebsstelle erhoben.

Da für einen angemessenen Anteil an liquiden Mitteln im Fondsvermögen gesorgt werden muss, erfolgt die Auszahlung von Fondsanteilen unter gewöhnlichen Umständen unverzüglich, spätestens aber innerhalb von 3 Geschäftstagen nach Berechnung des Rücknahmepreises, es sei denn, dass sich die Überweisung des Rücknahmeantrages in das Land, in dem die Rücknahme beantragt wurde, gemäss gesetzlichen Vorschriften wie Devisen- und Zahlungsbeschränkungen oder aufgrund sonstiger ausserhalb der Kontrolle der Depotbank liegender Umstände als unmöglich erweist.

7. Aussetzung der Berechnung des Nettovermögenswertes sowie der Ausgabe, Konversion und Rücknahme von Anteilen

Die Verwaltungsgesellschaft ist ermächtigt, die Berechnung des Nettovermögenswertes sowie die Ausgabe, Rücknahme und Konversion der Anteile eines, mehrerer oder aller Teilfonds in folgenden Fällen vorübergehend auszusetzen:

- wenn Börsen oder Märkte, die für die Bewertung eines bedeutenden Anteils (50% oder mehr) der Fondsvermögen massgebend sind, oder wenn Devisenmärkte, auf deren Währung der Nettovermögenswert oder ein bedeutender Anteil (50% oder mehr) der Fondsguthaben lautet, ausser an gewöhnlichen Wochenenden oder gesetzlichen Feiertagen geschlossen sind oder wenn dort Transaktionen suspendiert oder eingeschränkt sind oder wenn diese kurzfristig starken Schwankungen unterworfen sind,
- wenn aufgrund politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder anderweitiger Notfälle, die ausserhalb der Einflussmöglichkeit der Verwaltungsgesellschaft liegen, sachdienliche Verfügungen über das Fondsvermögen nicht möglich sind oder den Interessen der Anteilsinhaber abträglich wären;
- im Fall einer Unterbrechung der Nachrichtenverbindungen, die üblicherweise für die Erstellung des Nettovermögenswertes gebraucht werden, oder wenn dieser aus einem sonstigen Grund nicht mit genügender Genauigkeit ermittelt werden kann;
- wenn durch Beschränkungen des Devisenverkehrs oder sonstiger Übertragungen von Vermögenswerten Geschäfte für den Anlagefonds undurchführbar werden oder falls Käufe und Verkäufe von Fondsvermögen nicht zu normalen Konversionskursen vorgenommen werden können.

Die Aussetzung der Berechnung des Nettovermögenswertes sowie der Ausgabe, Rücknahme und Konversion von Anteilen wird gemäss nachfolgendem Artikel 10 «Veröffentlichungen» veröffentlicht.

8. Ausschüttungen

Die Verwaltungsgesellschaft bestimmt nach Abschluss der Jahresrechnung, ob und inwieweit für jeden Teilfonds Ausschüttungen aus den Anlageerträgen sowie den realisierten Nettowertveränderungen nach Abzug sämtlicher Kosten und Gebühren vorgenommen werden. Ausschüttungen dürfen nicht bewirken, dass der Nettovermögenswert des Anlagefonds unter das vom Gesetz vorgesehene Mindestkapital fällt. Grundsätzlich sind keine Ausschüttungen vorgesehen.

Damit bei der Ausschüttung die Auszahlungen per Anteil dem tatsächlichen Ertragsanspruch entsprechen, findet ein Verfahren über den Ertragsausgleich Anwendung.

Falls Ausschüttungen vorgenommen werden, erfolgen diese innerhalb von zwei Monaten nach Jahresgeschäftabschluss. Ansprüche auf Ausschüttungen und Zuteilungen, die nicht binnen 5 Jahren ab Fälligkeit geltend gemacht werden, verjähren, und die entsprechenden Vermögenswerte fallen an den betreffenden Teilfonds zurück. Sollte dieser bereits liquidiert worden sein, fallen die Ausschüttungen und Zuteilungen anteilmässig entsprechend den Nettovermögen der einzelnen Teilfonds des Anlagefonds an diese.

Die Verwaltungsgesellschaft kann im Rahmen der Verwendung des Reinertrages und der Kapitalgewinne ebenfalls die Ausgabe von Gratisanteilen vorsehen.

9. Die Depotbank und Administrationsstelle

Die Verwaltungsgesellschaft ernennt UBS (LUXEMBOURG) S.A. als Depotbank (die «Depotbank»).

Die Depotbank verwahrt für die Anteilsinhaber alle flüssigen Mittel und Wertpapiere, die das Fondsvermögen bilden.

Die Depotbank erfüllt die banküblichen Pflichten im Hinblick auf die Konten und Wertpapiere und nimmt alle laufenden administrativen Aufgaben für die Fondsguthaben vor.

Ferner muss die Depotbank:

- a) sicherstellen, dass der Verkauf, der Rückkauf, die Konversion und die Annullierung von Anteilen, die für Rechnung des FINTER FUND oder von der Verwaltungsgesellschaft getätigt wurden, den Bestimmungen des Gesetzes und den Vertragsbedingungen entsprechen;
- b) sicherstellen, dass die Berechnung des Wertes der Anteile den gesetzlichen Vorschriften und den Vertragsbedingungen gemäss erfolgt;
- c) alle Instruktionen der Verwaltungsgesellschaft ausführen, ausser wenn diese im Widerspruch zum Gesetz oder zu den Vertragsbedingungen stehen;
- d) sicherstellen, dass bei Transaktionen, die sich auf die Fondsaktiven beziehen, die Gegenleistung zeitgerecht erfolgt;
- e) sicherstellen, dass die Eingänge/Erträge des Anlagefonds die in den Vertragsbedingungen entsprechende festgehaltene Verwendung finden.

Die Depotbank hat Anspruch auf eine Gebühr, die den banküblichen Ansätzen des Finanzplatzes Luxemburg entspricht. Diese Gebühr wird pro Monat auf dem mittleren Gesamtnettowert des Anlagefonds während des betreffenden Monats errechnet und belastet.

Die Depotbank sowie die Verwaltungsgesellschaft können ihr Vertragsverhältnis unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten zu jedem beliebigen Zeitpunkt mittels schriftlicher Mitteilung beenden.

Die Verwaltungsgesellschaft ernennt UBS FUND SERVICES (LUXEMBOURG) S.A. als Administrationsstelle (die «Administrationsstelle»).

Die Administrationsstelle ist verantwortlich für die allgemeinen administrativen Aufgaben, die im Rahmen der Fondsverwaltung notwendig sind und die vom Luxemburgischen Recht vorgeschrieben werden. Diese Dienstleistungen umfassen hauptsächlich die Domizilierung, die Behandlung von Rechtsfragen, die Berechnung des Nettovermögenswertes der Anteile sowie die Buchführung des Anlagefonds.

Die Administrationsstelle hat Anspruch auf eine Gebühr, die den üblichen Ansätzen des Finanzplatzes Luxemburg entspricht. Diese Gebühr wird pro Monat auf dem mittleren Gesamtnettowert des jeweiligen Teilfonds während des betreffenden Monats errechnet und belastet.

Die Verwaltungsgesellschaft sowie die Administrationsstelle können ihr Vertragsverhältnis unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten zu jedem beliebigen Zeitpunkt mittels schriftlicher Mitteilung beenden.

10. Veröffentlichungen

Der geprüfte Jahresbericht wird den Anteilsinhabern innerhalb von 4 Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres am Sitz der Verwaltungsgesellschaft sowie bei den Zahl- und Vertriebsstellen kostenlos zur Verfügung gestellt. Nicht geprüfte Halbjahresberichte über alle Teilfonds werden innerhalb von 2 Monaten nach Ende der Berichtsperiode auf die gleiche Weise zur Verfügung gestellt.

Sonstige Informationen über den FINTER FUND oder die Verwaltungsgesellschaft sowie über Nettovermögenswert, Ausgabe-, Konversions- und Rücknahmepreis der Anteile werden an jedem Geschäftstag am Sitz der Verwaltungsgesellschaft sowie der Depotbank und der Administrationsstelle bereitgehalten.

Sämtliche Informationen an die Anteilsinhaber werden, falls erforderlich, in Luxemburg im «Mémorial» und in einer Luxemburger Zeitung veröffentlicht. Die Verwaltungsgesellschaft kann zudem Veröffentlichungen in anderen von ihr bestimmten Zeitungen vornehmen. Die Veröffentlichung von Informationen in anderen Vertriebsländern werden im aktuellen Verkaufsprospekt separat geregelt.

11. Auflösung des Anlagefonds und seiner Teilfonds, Zusammenlegung von Teilfonds

Anteilsinhaber, Erben oder sonstige Berechtigte können die Aufteilung oder Auflösung des Anlagefonds oder eines einzelnen Teilfonds nicht verlangen. Die Verwaltungsgesellschaft ist jedoch berechtigt, bestehende Teilfonds aufzulösen, sofern dies unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilsinhaber zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz des Anlagefonds oder im Interesse der Anlagepolitik notwendig oder angebracht erscheint.

Der Beschluss über die Auflösung eines Teilfonds wird im «Luxemburger Wort» und soweit erforderlich in ausländischen Zeitungen veröffentlicht.

Vom Tage des Auflösungsbeschlusses an werden keine Anteile mehr ausgegeben, konvertiert oder zurückgenommen. In der Liquidation wird die Verwaltungsgesellschaft das Fondsvermögen im besten Interesse der Anteilsinhaber verwenden und die Depotbank beauftragen, den Nettoliquidationserlös der Teilfonds anteilmässig an die Anteilsinhaber der Teilfonds zu verteilen. Liquidationserlöse, die bei Abschluss der Liquidation nicht an die Anteilsinhaber verteilt werden konnten, können während 6 Monaten bei der Depotbank hinterlegt werden. Danach werden diese Vermögenswerte bei der Caisse des Consignations in Luxemburg bis zum Ablauf der Verjährungsfrist hinterlegt.

Die Auflösung des Anlagefonds erfolgt zwingend in den gesetzlich vorgesehenen Fällen und bei Auflösung der Verwaltungsgesellschaft. Eine solche Auflösung wird zusätzlich zu den o.g. Publikationsorganen für die Mitteilung über die Auflösung von Teilfonds im «Mémorial C» publiziert. Der Ablauf der Liquidation ist identisch mit demjenigen von Teilfonds mit der Ausnahme, dass Liquidationserlöse, die nicht beim Abschluss der Liquidation an die Anteilsinhaber verteilt werden können, sofort bei der Caisse des Consignations hinterlegt werden.

Zusammenlegung von Teilfonds bzw. eines Teilfonds mit einem anderen Organismus für gemeinsame Anlagen

Sollte das Nettovermögen eines Teilfonds, aus welchem Grund auch immer, unter den Betrag von 10 Millionen Euro oder deren Gegenwert fallen oder sollte sich das wirtschaftliche, rechtliche oder politische Umfeld ändern, so kann die Verwaltungsgesellschaft beschliessen, ausgegebene Anteile des entsprechenden Teilfonds zu annullieren und den Anteilsinhabern dieses Teilfonds Anteile an einem anderen Teilfonds oder einem anderen Teilfonds oder einem anderen Organismus für gemeinsame Anlage nach luxemburgischem Recht, der dem Teil I des Gesetzes von 1988 unterliegt, zuzuteilen. Eine solchermaßen von der Verwaltungsgesellschaft beschlossene Zusammenlegung ist für die Anteilsinhaber des betroffenen Teilfonds, nach Ablauf einer Frist von einem Monat ab dem Datum der Publikation, bindend.

Anteilsinhaber können während dieser Frist ihre Anteile ohne Rücknahmekommissionsgebühr und ohne administrative Kosten zur Rücknahme einreichen.

Der Beschluss über die Zusammenlegung von Teilfonds bzw. eines Teilfonds mit einem anderen Organismus für gemeinsame Anlage, der unter Teil I des erwähnten luxemburgischen Gesetzes aufgelegt wurde, wird in einer luxemburgischen Tageszeitung und, soweit erforderlich, in ausländischen Zeitungen veröffentlicht.

12. Änderungen der Vertragsbedingungen

Die Vertragsbedingungen können, unter Wahrung der rechtlichen Bestimmungen, von der Verwaltungsgesellschaft geändert werden.

Jede Änderung muss gemäss Artikel 10 «Veröffentlichungen» veröffentlicht werden und ist ab dem Tag der Veröffentlichung im Mémorial rechtskräftig.

13. Gebühren und Kosten des Anlagefonds

In Übereinstimmung mit der zur Zeit geltenden Gesetzgebung im Grossherzogtum Luxemburg unterliegt das Fondsvermögen in Luxemburg lediglich einer Besteuerung («taxe d'abonnement») in Höhe von 0,05% p.a., zahlbar pro Quartal auf das jeweils am Quartalsende ausgewiesene Nettofondsvermögen.

Darüber hinaus trägt der Anlagefonds folgende Gebühren und Kosten:

- alle sonstigen Steuern, die möglicherweise zu Lasten der Vermögenswerte oder der Erträge des FINTER FUND zu zahlen sind;
- Kommissionen und Gebühren, die auf Wertschriftentransaktionen üblicherweise anfallen;
- die Vergütungen für die Verwaltungsgesellschaft (bis zu max. 0,125% pro Monat, d.h. bis zu max. 1,5% p.a., auf dem mittleren Gesamtvermögen des FINTER FUND während des betreffenden Monats); die Entschädigung für den Portfolio Manager wird zulasten der Vergütung der Verwaltungsgesellschaft bezahlt,
- die Vergütung für die Depotbank, die Administrationsstelle, die Zahlstellen, die Vertriebsstellen sowie die Vertretung im Ausland
- die Kosten für ausserordentliche Massnahmen, insbesondere Gutachten und Prozesse, die im Interesse und zum Schutz oder zu Gunsten der Anteilsinhaber durchgeführt werden,
- die Druckkosten für die Anteilscheine, die Kosten der Vorbereitung des Drucks sowie der Hinterlegung und Veröffentlichung der Verträge und anderer Dokumente, die den FINTER FUND betreffen, einschliesslich die Gebühren zur Anmeldung und zur Registrierung bei sämtlichen Regierungsbehörden und Börsen, die Kosten der Vorbereitung, der Übersetzung, des Drucks und Vertriebs der periodischen Veröffentlichungen und anderer Dokumente, die durch das Gesetz oder durch Reglemente nötig sind, die Kosten der Vorbereitung und der Verbreitung von Mitteilungen an die Anteilsinhaber, die Gebühren der Rechtsberater, der Wirtschaftsprüfer und alle analogen laufenden Gebühren.

Werbekosten und Gebühren, die in direktem Zusammenhang mit dem Anbieten oder Vertrieb der Anteile stehen, jedoch oben nicht erwähnt sind, gehen nicht zu Lasten des FINTER FUND.

Sämtliche wiederkehrende Gebühren werden zuerst von den Anlageerträgen, dann von den realisierten Gewinnen, dann vom Anlagevermögen abgezogen.

Die Gründungskosten des FINTER FUND sowie der Auflage neuer Teilfonds und andere wichtige einmalige Kosten können über eine Periode von bis zu 5 Jahren abgeschrieben werden.

Das Vermögen des FINTER FUND haftet insgesamt für alle vom FINTER FUND zu tragenden Kosten. Jedoch werden diejenigen Kosten den einzelnen Teilfonds belastet, welche diese gesondert betreffen. Die übrigen Kosten werden den einzelnen Teilfonds gemäss deren Nettovermögen anteilmässig belastet.

14. Verjährung

Die Ansprüche der Anteilsinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank verjähren 5 Jahre nach dem Datum des Ereignisses, das diese Ansprüche begründet hat.

15. Anwendbares Recht und massgebende Sprache

Diese Vertragsbedingungen unterliegen luxemburgischem Recht.

Der deutsche Wortlaut des Verkaufsprospektes ist rechtsverbindlich. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können jedoch Übersetzungen in Sprachen von Ländern genehmigen, in welchen Anteile angeboten und verkauft werden. Diese Übersetzungen werden mit der Genehmigung für die Verwaltungsgesellschaft, die Depotbank und den FINTER FUND verbindlich bezüglich Anteilen, die an Anleger dieser Länder verkauft werden.

FINTER FUND MANAGEMENT COMPANY S.A.

Verwaltungsgesellschaft

Unterschriften

UBS (LUXEMBOURG) S.A.

Depotbank

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 5 mars 2003, réf. LSO-AC00533. – Reçu 32 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(006523.2/000/402) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 10 mars 2003.

FUND-MARKET FUND, Fonds commun de placement.

ALLGEMEINES VERWALTUNGSREGLEMENT

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und des Anteilnehmers hinsichtlich des Sondervermögens bestimmen sich nach dem folgenden Allgemeinen Verwaltungsreglement sowie dem, im Anschluß an dieses Allgemeine Verwaltungsreglement abgedruckten, Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds. Das Allgemeine Verwaltungsreglement ist als Verwaltungsreglement am 9. Juli 2001 in Kraft getreten und wurde am 28. Juli 2001 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg (im folgenden «Mémorial» genannt) veröffentlicht. Das abgeänderte Verwaltungsreglement tritt am 10. April 2003 in Kraft und wird am 30. April 2003 im «Mémorial» veröffentlicht.

Art. 1. Der Fonds

1. Der Fonds FUND-MARKET FUND (nachfolgend «Fonds» genannt) ist ein rechtlich unselbstständiges Sondervermögen (fonds commun de placement) aus Investmentanteilen und sonstigen Vermögenswerten («Fondsvermögen»), das für gemeinschaftliche Rechnung der Inhaber von Anteilen (im folgenden «Anteilnehmer» genannt) unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung verwaltet wird. Der Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne des Artikel 111 des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen («Gesetz vom 30. März 1988»). Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Die Konsolidierungswährung ist der Euro. Die Anteilnehmer sind am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds in Höhe ihrer Anteile beteiligt.

2. Die gegenseitigen vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilnehmer und der Verwaltungsgesellschaft sowie der Depotbank sind in diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement in Verbindung mit dem Sonderreglement des jeweiligen Teilfonds geregelt, dessen gültige Fassung sowie Änderungen derselben im Mémorial veröffentlicht und beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt sind. Durch den Kauf eines Anteils erkennt der Anteilnehmer das Allgemeine Verwaltungsreglement und das jeweilige Sonderreglement sowie alle genehmigten und veröffentlichten Änderungen derselben an.

3. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt außerdem einen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) entsprechend den Bestimmungen des Luxemburger Rechts.

4. Das Netto-Fondsvermögen (Fondsvermögen abzüglich der dem Fonds zuzurechnenden Verbindlichkeiten) muß innerhalb von sechs Monaten nach Genehmigung des Fonds den Gegenwert von 50 Millionen Luxemburger Franken erreichen. Hierfür ist auf das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt abzustellen, das sich aus der Addition der Netto-Fondsvermögen der Teilfonds ergibt.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit neue Teilfonds auflegen. Teilfonds können auf bestimmte Zeit errichtet werden.

6. Die im Allgemeinen Verwaltungsreglement aufgeführten Anlagebeschränkungen sind auf jeden Teilfonds separat anwendbar. Anlagebeschränkungen welche zudem auch für den Fonds insgesamt anwendbar sind, sind ebenfalls im Allgemeinen Verwaltungsreglement aufgeführt.

7. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilnehmer untereinander als eigenständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilnehmer eines Teilfonds sind von denen der Anteilnehmer der anderen Teilfonds getrennt. Gegenüber Dritten haften die Vermögenswerte der einzelnen Teilfonds lediglich für Verbindlichkeiten, welche von den betreffenden Teilfonds eingegangen werden.

8. Die Anteilwertberechnung erfolgt separat für jeden Teilfonds nach den in Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements festgesetzten Regeln.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft

1. Verwaltungsgesellschaft des Fonds ist die FUNDMARKET FUND MANAGEMENT S.A., eine Aktiengesellschaft nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg mit eingetragenem Sitz in Luxemburg.

2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet den Fonds im eigenen Namen, aber ausschließlich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilnehmer. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, die unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des Fonds bzw. seiner Teilfonds zusammenhängen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des Fonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten Anlageberater hinzuziehen.

Art. 3. Die Depotbank

1. Depotbank des Fonds ist die BANQUE DE LUXEMBOURG. Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz vom 30. März 1988, dem Depotbankvertrag, diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement, den einzelnen Sonderreglements sowie dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen).

2. Die Depotbank ist mit der Verwahrung der Vermögenswerte der Teilfonds beauftragt.

a) Sämtliche Investmentanteile, flüssigen Mittel und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte der Teilfonds werden von der Depotbank in gesperrten Konten («Sperrkonten») und Depots («Sperrdepots») verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements, der jeweiligen Sonderreglements, dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), dem jeweils geltenden Depotbankvertrag sowie den gesetzlichen Bestimmungen verfügt werden darf.

b) Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung (nach Maßgabe des Gesetzes vom 30. März 1988) und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft andere Banken im Ausland und/oder Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Investmentanteilen und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten der Teilfonds beauftragen, sofern diese an einer ausländischen Börse zugelassen oder in ausländische organisierte Märkte einbezogen sind oder es sich um sonstige ausländische Vermögensgegenstände handelt, die nur im Ausland lieferbar sind.

c) Die Anlage von Vermögenswerten der Teilfonds in Form von Einlagen bei anderen Kreditinstituten sowie Verfügungen über diese Einlagen bedürfen der Zustimmung der Depotbank. Die Depotbank darf einer solchen Anlage oder Verfügung nur zustimmen, wenn diese mit den gesetzlichen Vorschriften, dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), dem Allgemeinen Verwaltungsreglement und dem jeweiligen Sonderreglement sowie dem Depotbankvertrag vereinbar ist. Die Depotbank ist verpflichtet, den Bestand der bei anderen Kreditinstituten verwahrten Einlagen zu überwachen.

3. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben handelt die Depotbank unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anteilhaber. Sie wird jedoch den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft Folge leisten, vorausgesetzt, diese stehen in Übereinstimmung mit dem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Sonderreglement, dem jeweils geltenden Depotbankvertrag, dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) und dem Gesetz. Sie wird entsprechend den Weisungen insbesondere:

- a) Anteile eines Teilfonds gemäß Artikel 5 des Allgemeinen Verwaltungsreglements auf die Zeichner übertragen,
- b) aus den Sperrkonten des jeweiligen Teilfonds den Kaufpreis für Investmentanteile, Optionen und sonstige gesetzlich zulässige Vermögenswerte zahlen, die für den betreffenden Teilfonds erworben worden sind,
- c) aus den Sperrkonten die notwendigen Einschüsse beim Abschluß von Terminkontrakten zahlen,
- d) Investmentanteile sowie sonstige zulässige Vermögenswerte und Optionen, die für einen Teilfonds verkauft worden sind, gegen Zahlung des Verkaufspreises ausliefern bzw. übertragen,
- e) den Umtausch von Investmentanteilen gemäß den Bestimmungen des Gesetzes, des Allgemeinen Verwaltungsreglements und der jeweiligen Sonderreglements sowie des Verkaufsprospektes (nebst Anhängen) und des Depotbankvertrages vornehmen bzw. vornehmen lassen,
- f) Dividenden und andere Ausschüttungen (falls vorgesehen) an die Anteilhaber auszahlen,
- g) den Rücknahmepreis gemäß Artikel 9 des Allgemeinen Verwaltungsreglements gegen Rückgabe und Ausbuchung der entsprechenden Anteile auszahlen,
- h) das Inkasso eingehender Zahlungen des Ausgabepreises und des Kaufpreises aus dem Verkauf von Investmentanteilen und sonstigen zulässigen Vermögenswerten sowie aller Erträge, Ausschüttungen, Zinsen, Entgelte für den Optionspreis den ein Dritter für das ihm für Rechnung des Teilfondsvermögens eingeräumte Optionsrecht zahlt, Steuergutschriften (i) falls vorgesehen, (ii) falls vom jeweiligen Teilfonds im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Luxemburg und anderen Ländern rückforderbar und (iii) falls ausdrücklich hierzu von der Verwaltungsgesellschaft angewiesen) vornehmen und diese Zahlungen den Sperrkonten des jeweiligen Teilfonds unverzüglich gutschreiben,

i) im Zusammenhang mit der Zahlung von Ausschüttungen auf Investmentanteile und andere gesetzlich zulässige Vermögenswerte Eigentums- und andere Bescheinigungen und Bestätigungen ausstellen, aus denen der Name des jeweiligen Teilfonds als Eigentümer hervorgeht und alle weiteren erforderlichen Handlungen für das Inkasso, den Empfang und die Verwahrung aller Erträge, Ausschüttungen, Zinsen oder anderer Zahlungen an den jeweiligen Teilfonds vornehmen sowie die Ausstellung von Inkassoindossamenten im Namen des jeweiligen Teilfonds für alle Schecks, Wechsel oder anderen verkehrsfähigen Investmentanteile und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte.

4. Ferner wird die Depotbank dafür sorgen, daß

- a) alle Vermögenswerte eines Teilfonds unverzüglich auf den Sperrkonten bzw. Sperrdepots des betreffenden Teilfonds eingehen, insbesondere der Rücknahmepreis aus dem Verkauf von Investmentanteilen,
- b) anfallende Erträge und von Dritten zu zahlende Optionsprämien sowie eingehende Zahlungen des Ausgabepreises abzüglich des Ausgabeaufschlages und etwaiger Steuern und Abgaben unverzüglich auf den Sperrkonten des jeweiligen Teilfonds verbucht werden,
- c) der Verkauf, die Ausgabe, der Umtausch, die Rücknahme, die Auszahlung und die Entwertung der Anteile, die für Rechnung des jeweiligen Teilfonds vorgenommen werden, dem Gesetz, dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), dem Allgemeinen Verwaltungsreglement sowie den Sonderreglements gemäß erfolgen,
- d) die Berechnung des Netto-Inventarwertes und des Wertes der Anteile dem Gesetz und dem Allgemeinen Verwaltungsreglement gemäß erfolgt,
- e) bei allen Geschäften, die sich auf das Vermögen eines Teilfonds beziehen, die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsreglements, der Sonderreglements, des Verkaufsprospektes (nebst Anhängen) sowie die gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden und der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen zugunsten des jeweiligen Teilfonds bei ihr eingeht,

- f) die Erträge des jeweiligen Teilfondsvermögens dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), dem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Sonderreglements sowie den gesetzlichen Bestimmungen gemäß verwendet werden,
- g) Investmentanteile höchstens zum Ausgabepreis gekauft und mindestens zum Rücknahmepreis verkauft werden,
- h) sonstige Vermögenswerte und Optionen höchstens zu einem Preis erworben werden, der unter Berücksichtigung der Bewertungsregeln nach Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements angemessen ist und die Gegenleistung im Falle der Veräußerung dieser Vermögenswerte den zuletzt ermittelten Wert nicht oder nur unwesentlich über- bzw. unterschreitet, und
- i) die gesetzlichen und vertraglichen Beschränkungen bezüglich des Kaufs und Verkaufs von Optionen und Devisenterminkontrakten sowie bezüglich anderer Devisenkurssicherungsgeschäften eingehalten werden.

5. Darüber hinaus wird die Depotbank

- a) nach Maßgabe des zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank vereinbarten Verfahrens, der Verwaltungsgesellschaft und/oder von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Repräsentanten schriftlich über jede Auszahlung, über den Eingang von Investmentanteilen und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten, von unbaren Ausschüttungen und Barausschüttungen, Zinsen und anderen Erträgen sowie über Erträge aus Schuldverschreibungen Bericht erstatten sowie periodisch über alle von der Depotbank gemäß den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft getroffenen Maßnahmen unterrichten,
- b) nach Maßgabe des zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank vereinbarten Verfahrens unverzüglich alle sachdienlichen Informationen, die sie von Emittenten erhalten hat, deren Investmentanteile, flüssige Mittel und andere gesetzlich zulässigen Vermögenswerte sie von Zeit zu Zeit verwahrt, oder Informationen, die sie auf andere Weise über von ihr verwahrte Vermögenswerte erhält, unverzüglich an die Verwaltungsgesellschaft weiterleiten,
- c) ausschließlich auf Weisung der Verwaltungsgesellschaft oder der von ihr ernannten Repräsentanten Stimmrechte aus den Investmentanteilen und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten, die sie verwahrt, ausüben, sowie
- d) alle zusätzlichen Aufgaben erledigen, die von Zeit zu Zeit zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank schriftlich vereinbart werden.

6. a) Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den Sperrkonten bzw. den Sperrdepots des betreffenden Teilfonds nur das in diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Sonderreglements und dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) festgesetzte Entgelt sowie Ersatz von Aufwendungen.

b) Die Depotbank hat jeweils Anspruch auf das ihr nach diesem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Sonderreglements, dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) sowie dem Depotbankvertrag zustehende Entgelt und entnimmt es den Sperrkonten des betreffenden Teilfonds nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft.

c) Darüber hinaus wird die Depotbank sicherstellen, daß den jeweiligen Teilfondsvermögen Kosten Dritter nur gemäß dem Allgemeinen Verwaltungsreglement, dem jeweiligen Sonderreglements und dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) sowie dem Depotbankvertrag belastet werden.

7. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen,

- a) Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen
- b) gegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines Anspruchs in das Vermögen eines Teilfonds vollstreckt wird, für den das jeweilige Teilfondsvermögen nicht haftet.

Die vorstehend unter a) getroffene Regelung schließt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Verwaltungsgesellschaft direkt bzw. die frühere Depotbank durch die Anteilinhaber nicht aus.

8. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schließt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Depotbank durch die Anteilinhaber nicht aus.

9. Die Depotbank sowie die Verwaltungsgesellschaft sind jeweils berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Eine solche Kündigung durch die Verwaltungsgesellschaft wird wirksam, wenn die Verwaltungsgesellschaft mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank bestellt und diese die Pflichten und Funktionen als Depotbank übernimmt; falls eine Kündigung durch die Depotbank erfolgt, wird die Verwaltungsgesellschaft innerhalb der gesetzlichen Fristen eine neue Depotbank ernennen, welche die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäß dem Allgemeinen Verwaltungsreglement sowie, gegebenenfalls, dem jeweiligen Sonderreglement übernimmt. Bis zur Bestellung dieser neuen Depotbank wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilinhaber ihren Pflichten und Funktionen als Depotbank vollumfänglich nachkommen.

Art. 4. Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik. Die Verwaltungsgesellschaft bestimmt im Sonderreglement des entsprechenden Teilfonds die Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds. Folgende allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen gelten für sämtliche Teilfonds, sofern keine Abweichungen oder Ergänzungen im Sonderreglement des entsprechenden Teilfonds enthalten sind.

1. Risikostreuung

Das Vermögen der Teilfonds wird unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung nach den nachfolgend beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen gemäß diesem Artikel des Allgemeinen Verwaltungsreglements angelegt.

Es dürfen ausschließlich Investmentanteile folgender Arten von Investmentfonds und/oder Investmentgesellschaften erworben werden:

- in der Bundesrepublik Deutschland aufgelegte Geldmarkt-, Wertpapier-, Beteiligungs- sowie Altersvorsorge-Sondervermögen, die keine Spezialfonds sind;
- Investmentvermögen, bei denen die Anteilinhaber das Recht zur Rückgabe der Anteile haben und die nach dem Auslandsinvestment-Gesetz in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich vertrieben werden dürfen;

- Investmentvermögen, bei denen die Anteilinhaber das Recht zur Rückgabe der Anteile haben, die keine Spezialfonds sind und die in ihrem Sitzland einer funktionierenden Investmentaufsicht unterliegen.
(insgesamt die «Zielfonds» genannt)

Die einzelnen Teilfonds können sich hinsichtlich der Anlageziele und der Arten der Zielfonds sowie hinsichtlich ihrer Gewichtung in Bezug auf die anlagepolitischen Zielsetzungen der Zielfonds unterscheiden.

Im Einklang mit den o.g. Regelungen darf der Fonds Anteile an Zielfonds erwerben, welche in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, der Schweiz, den USA, Kanada, Hongkong oder Japan aufgelegt wurden.

Der Umfang, zu dem in Anteilen von nicht Luxemburger Zielfonds angelegt werden darf, ist nicht begrenzt. Die Investmentanteile der vorgenannten Zielfonds sind in der Regel nicht börsennotiert. Soweit sie börsennotiert sind, handelt es sich um eine Börse in einem OECD-Land.

Für den jeweiligen Teilfonds dürfen keine Anteile von Immobilien-, Future-, Venture Capital- oder Spezialfonds sowie keine anderen Wertpapiere (mit Ausnahme von in Wertpapieren verbrieften Finanzinstrumenten) erworben werden.

Der Wert der Zielfondsanteile darf 51% des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds nicht unterschreiten.

Der jeweilige Teilfonds darf nicht mehr als 20% des Netto-Fondsvermögens in Anteilen eines einzigen Zielfonds anlegen. Für den jeweiligen Teilfonds und für den Fonds insgesamt dürfen nicht mehr als 10% der ausgegebenen Anteile eines Zielfonds erworben werden.

Die im vorstehenden Absatz geregelten Anlagegrenzen beziehen sich bei Investmentvermögen, die aus mehreren Teilfonds bestehen (Umbrella-Fonds), jeweils auf einen Teilfonds. Dabei darf es nicht zu einer übermäßigen Konzentration des Netto-Teilfondsvermögens auf einen einzigen Umbrella-Fonds kommen. Für den jeweiligen Teilfonds dürfen Anteile an Zielfonds, die ihrerseits mehr als 5% des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen Investmentvermögen anlegen dürfen, entweder nicht oder nur dann erworben werden, wenn diese Anteile nach den Vertragsbedingungen des Investmentfonds oder der Satzung der Investmentgesellschaft anstelle von Bankguthaben gehalten werden dürfen.

2. Finanzinstrumente

Die Verwaltungsgesellschaft darf im Rahmen der ordnungsgemäßen Verwaltung für Rechnung des jeweiligen Teilfonds nur mit Absicherungszweck folgende Geschäfte tätigen, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben:

a) Devisenterminkontrakte abschließen sowie Optionsrechte zum Erwerb bzw. zur Veräußerung von Devisen einräumen bzw. erwerben, sowie Optionsrechte auf Zahlung eines Differenzbetrages, der sich an der Wertentwicklung von Devisen oder Devisenterminkontrakten bemißt einräumen oder erwerben.

b) Optionsrechte im Sinne des vorgenannten Absatzes, deren Optionsbedingungen das Recht auf Zahlung eines Differenzbetrags einräumen, dürfen nur eingeräumt oder erworben werden, wenn die Optionsbedingungen vorsehen, daß

aa) der Differenzbetrag zu ermitteln ist als ein Bruchteil, das Einfache oder das Mehrfache (Differenzbetragsmultiplikator) der Differenz zwischen dem

(1) Wert oder Indexstand des Basiswertes zum Ausübungszeitpunkt und dem Basispreis oder dem als Basispreis vereinbarten Indexstand oder

(2) Basispreis oder dem als Basispreis vereinbarten Indexstand und dem Wert oder Indexstand des Basiswertes zum Ausübungszeitpunkt

bb) bei negativem Differenzbetrag eine Zahlung entfällt.

3. Notierte und nicht notierte Finanzinstrumente im Sinne von vorstehender Nr. 2

a) Die Verwaltungsgesellschaft darf Geschäfte tätigen, die zum Handel an einer Börse zugelassene oder in einen anderen geregelten Markt einbezogene Finanzinstrumente zum Gegenstand haben.

b) Geschäfte, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassene oder in einen anderen geregelten Markt einbezogene Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, dürfen nur mit geeigneten Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten auf der Grundlage standardisierter Rahmenverträge getätigt werden.

c) Die im vorgenannten Absatz genannten Geschäfte dürfen mit einem Vertragspartner nur insofern getätigt werden, als der Verkehrswert des Finanzinstrumentes einschließlich des zugunsten des jeweiligen Teilfonds bestehenden Saldos aller Ansprüche aus offenen, bereits mit diesem Vertragspartner für Rechnung des jeweiligen Teilfonds getätigten Geschäften, die ein Finanzinstrument zum Gegenstand haben, 5% des Wertes des jeweiligen Teilfondsvermögens nicht überschreitet.

Bei Überschreitung der vorgenannten Grenze darf die Verwaltungsgesellschaft weitere Geschäfte mit diesem Vertragspartner nur dann tätigen, wenn diese zu einer Verringerung des Saldos führen. Überschreitet der Saldo aller Ansprüche aus offenen, mit dem Vertragspartner für Rechnung des jeweiligen Teilfonds getätigten Geschäften, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, 10% des Wertes des jeweiligen Teilfondsvermögens, so hat die Verwaltungsgesellschaft unter Wahrung der Interessen der Anteilinhaber unverzüglich diese Grenze wieder einzuhalten. Konzernunternehmen gelten als ein Vertragspartner.

4. Devisenterminkontrakte und Optionsrechte auf Devisen und Devisenterminkontrakte mit Absicherungszweck

a) Die Verwaltungsgesellschaft darf nur zur Währungskurssicherung von in Fremdwährung gehaltenen Vermögensgegenständen für Rechnung des jeweiligen Teilfonds Devisenterminkontrakte verkaufen sowie nur Verkaufsoptionsrechte auf Devisen oder Verkaufsoptionsrechte auf Devisenterminkontrakte erwerben, die auf dieselbe Währung lauten.

b) Eine indirekte Absicherung über eine dritte Währung ist unter Verwendung von Devisenterminkontrakten nur zulässig, wenn, sie zum Zeitpunkt des Abschlusses dem gleichen wirtschaftlichen Ergebnis wie bei einer Direktabsicherung entspricht und gegenüber einer Direktabsicherung keine höheren Kosten entstehen.

c) Devisenterminkontrakte und Kaufoptionsrechte auf Devisen und Devisenterminkontrakte dürfen im Falle schwebender Verpflichtungsgeschäfte nur erworben werden, soweit sie zur Erfüllung des Geschäftes benötigt werden.

d) Die Gesellschaft wird von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen, wenn und soweit sie dies im Interesse der Anteilinhaber für geboten hält.

5. Flüssige Mittel

Der jeweilige Teilfonds kann flüssige Mittel in Form von Barguthaben und regelmäßig gehandelten Geldmarktpapieren in Höhe von bis zu maximal 49% seines Netto-Teilfondsvermögens halten oder als Festgelder anlegen. Diese sollen grundsätzlich akzessorischen Charakter haben. Die Geldmarktpapiere dürfen im Zeitpunkt des Erwerbs für den jeweiligen Teilfonds eine Restlaufzeit von höchstens 12 Monaten haben.

6. Weitere Anlagerichtlinien

- a) Wertpapierleerverkäufe oder der Verkauf von Call-Optionen auf Vermögensgegenstände, die nicht zum Fondsvermögen gehören, sind nicht zulässig.
- b) Das Fondsvermögen darf nicht zur festen Übernahme von Wertpapieren benutzt werden.
- c) Der Fonds wird nicht in Wertpapiere investieren, die eine unbegrenzte Haftung zum Gegenstand haben.
- d) Das Fondsvermögen darf nicht in Immobilien, Edelmetallen, Edelmetallkontrakten, Waren oder Warenkontrakten angelegt werden.
- e) Wertpapierdarlehens- und Pensionsgeschäfte dürfen nicht getätigt werden.
- f) Es werden keine Vermögenswerte erworben, deren Veräußerung aufgrund vertraglicher Vereinbarung irgendwelchen Beschränkungen unterliegt.
- g) Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Einverständnis der Depotbank weitere Anlagebeschränkungen in jenen Ländern vornehmen, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, in denen Anteile vertrieben werden bzw. vertrieben werden sollen.

7. Kredite und Belastungsverbote

- a) Das Fondsvermögen darf nicht verpfändet oder sonst belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherung abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen im Sinne des nachstehenden Buchstabens b).
- b) Kredite zu Lasten des Fonds dürfen nur kurzfristig und bis zur Höhe von 10% des Netto-Teilfondsvermögens aufgenommen werden, sofern die Depotbank der Kreditaufnahme und deren Bedingungen zustimmt.
- c) Zu Lasten des Fondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden.

Art. 5. Fondsanteile - Ausgabe von Anteilen

1. Fondsanteile sind Anteile an dem jeweiligen Teilfonds. Die Anteile können in der Form von Inhaber- oder Namensanteilen ausgegeben werden. Die Anteile können als Teilstücke bis zu einem Tausendstel eines Anteils, in ganzen Stücken oder in der Form von Sammelzertifikaten ausgegeben werden, in Stückelungen von 10 oder 100 Anteilen. Teilstücke welche in der Form von Inhaberanteilen ausgegeben werden können nicht materiell geliefert werden und werden bei der Depotbank auf einem Wertpapierkonto verwahrt, das zu diesem Zweck zu eröffnen ist. Namensanteile können durch schriftliche Anweisung an den Transferagent auf Dritte übertragen werden.

2. Alle Fondsanteile an einem Teilfonds haben grundsätzlich die gleichen Rechte.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Teilfonds zwei Anteilklassen A und B vorsehen. Anteile der Klasse A berechnen zu Ausschüttungen, während auf Anteile der Klasse B keine Ausschüttung erfolgt. Alle Anteile sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Anteilklasse beteiligt. Sofern Anteilklassen gebildet werden, findet dies Erwähnung in dem jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt.

4. Im Falle von Sparplänen wird höchstens ein Drittel von jeder der für das erste Jahr vereinbarten Zahlungen für die Deckung von Kosten verwendet und die restlichen Kosten auf alle späteren Zahlungen gleichmäßig verteilt.

5. Anteile werden an jedem Tag, der zugleich Bankarbeitstag in Luxemburg ist («Bewertungstag»), ausgegeben. Ausgabepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements zuzüglich eines Ausgabeaufschlages zugunsten der Vertriebsstellen, dessen maximale Höhe für den jeweiligen Teilfonds im betreffenden Anhang zu dem Verkaufsprospekt aufgeführt wird. Der Ausgabepreis ist innerhalb von drei Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem betreffenden Bewertungstag (unter Ausschluss des Bewertungstags) bei einer der nachgenannten Stellen zahlbar. Die Verwaltungsgesellschaft ist jedoch ermächtigt, Anteile erst auszugeben, wenn der Ausgabepreis bereits bei einer der nachgenannten Stellen eingegangen ist. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

6. Für alle Zeichnungsanträge, die bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, den Zahlstellen oder Vertriebsstellen während der in Luxemburg üblichen Handelszeiten, zwischen 9 und 16.30 Uhr, an einem Bewertungstag eintreffen, gilt der am darauffolgenden Bewertungstag ermittelte Ausgabepreis. Für Zeichnungsanträge, die bei der Verwaltungsgesellschaft, den Zahlstellen, den Vertriebsstellen oder der Depotbank nach den in Luxemburg üblichen Handelszeiten, zwischen 9 und 16:30 Uhr, an einem Bewertungstag eintreffen, kommt der am übernächsten Bewertungstag ermittelte Ausgabepreis zur Anwendung.

7. Fondsanteile können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, den Vertriebsstellen oder jeder Zahlstelle gezeichnet werden. Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank zugeteilt und in entsprechender Höhe auf einem vom Zeichner anzugebenden Depot gutgeschrieben.

Art. 6. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen oder Anteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, wenn dies im Interesse der Anteilinhaber, im öffentlichen Interesse, zum Schutz des Fonds bzw. des jeweiligen Teilfonds oder der Anteilinhaber erforderlich erscheint.

2. In diesem Fall wird die Depotbank auf nicht bereits ausgeführte Zeichnungsaufträge eingehende Zahlungen unverzüglich zurückerstatten.

Art. 7. Anteilwertberechnung. Der Wert eines Anteils (der «Anteilwert») lautet auf die im Sonderreglement des entsprechenden Teilfonds festgelegte Währung (die «Teilfondswährung»). Unbeschadet einer anderweitigen Regelung im Sonderreglement eines entsprechenden Teilfonds wird der Anteilwert von der Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr Beauftragten unter Aufsicht der Depotbank an jedem Bewertungstag, berechnet. Die Berechnung erfolgt durch Teilung des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile an diesem Teilfonds. Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäß den Regelungen des Allgemeinen Verwaltungsreglements Auskunft über die Situation des Fondsvermögens des Fonds insgesamt gegeben werden muß, werden die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in die Referenzwährung umgerechnet. Das Vermögen jedes Teilfonds wird nach folgenden Grundsätzen berechnet.

1. Investmentanteile werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet.
2. Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.
3. Geldmarktpapiere bzw. Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet.
4. Geldmarktpapiere bzw. Wertpapiere, die nicht an einer Börse notiert sind, die aber auf einem anderen geregelten, anerkannten, für das Publikum offenen und ordnungsgemäß funktionierenden Markt gehandelt werden, werden zu dem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Geldmarktpapiere bzw. Wertpapiere verkauft werden können.
5. Geldmarktpapiere bzw. Wertpapiere, die weder an einer Börse amtlich notiert, noch auf einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, werden zu ihrem jeweiligen Verkehrswert, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren Bewertungsregeln festlegt, bewertet.
6. Festgelder können zum Renditekurs bewertet werden, sofern ein entsprechender Vertrag zwischen der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank geschlossen wurde, gemäß dem die Festgelder jederzeit kündbar sind und der Renditekurs dem Realisierungswert entspricht.
7. Optionen werden grundsätzlich zu den letzten verfügbaren Börsenkursen bzw. Maklerpreisen bewertet. Sofern ein Bewertungstag gleichzeitig Abrechnungstag einer Option ist, erfolgt die Bewertung der entsprechenden Option zu ihrem jeweiligen Schlußabrechnungspreis («settlement price»).
8. Die auf Geldmarktpapiere bzw. Wertpapiere entfallenden anteiligen Zinsen werden mit einbezogen, soweit sie nicht bereits im Kurswert enthalten sind.
9. Alle anderen Vermögenswerte werden zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren Bewertungsregeln festgelegt hat.
10. Alle nicht auf die jeweilige Teilfondswährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten Devisenmittelkurs in die Teilfondswährung umgerechnet.

Art. 8. Einstellung der Berechnung des Anteilwertes

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Anteilwertes zeitweilig einzustellen, wenn und so lange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber gerechtfertigt ist, insbesondere:
 - a) während der Zeit, in der die Anteilwertberechnung von Zielfonds, in welchen ein wesentlicher Teil des Fondsvermögens des betreffenden Teilfonds angelegt ist, ausgesetzt ist, oder wenn eine Börse oder ein anderer geregelter Markt, an/auf welcher(m) ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte notiert oder gehandelt werden, aus anderen Gründen als gesetzlichen oder Bankfeiertagen, geschlossen ist
 - b) in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Fondsanlagen nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäß durchzuführen.
2. Anleger, welche einen Rücknahme- oder Umtauschauftrag gestellt haben, werden von einer Einstellung der Anteilwertberechnung unverzüglich benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt.
3. Jeder Antrag für die Zeichnung, die Rücknahme oder den Umtausch kann im Fall einer Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes vom Anteilinhaber bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung widerrufen werden.

Art. 9. Rücknahme und Umtausch von Anteilen

1. Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zum Anteilwert zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt zum Anteilwert gemäß Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements (Rücknahmepreis) und nur an einem Bewertungstag im Sinne von Artikel 5 Nr. 5 des Allgemeinen Verwaltungsreglements. Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich nach dem entsprechenden Bewertungstag, spätestens aber innerhalb von drei Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem entsprechenden Bewertungstag bzw. spätestens innerhalb von sieben Kalendertagen nach Eingang des vollständigen Rücknahmeantrages bei der Verwaltungsgesellschaft, den Zahlstellen, den Vertriebsstellen oder der Depotbank.
2. Für alle Rücknahmeaufträge, die bei der Verwaltungsgesellschaft, den Zahlstellen, den Vertriebsstellen oder der Depotbank während der in Luxemburg üblichen Handelszeiten, zwischen 9 und 16.30 Uhr, an einem Bewertungstag eintreffen, gilt der am darauffolgenden Bewertungstag ermittelte Rücknahmepreis je Anteil. Für alle Rücknahmeaufträge, die bei der Verwaltungsgesellschaft, den Zahlstellen, den Vertriebsstellen oder der nach den in Luxemburg üblichen Handelszeiten, zwischen 9 und 16.30 Uhr, eintreffen, gilt der am übernächsten Bewertungstag ermittelte Rücknahmepreis.
3. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds ohne Verzögerung verkauft

wurden. Entsprechendes gilt für Anträge auf Umtausch von Anteilen. Die Verwaltungsgesellschaft achtet aber darauf, daß dem jeweiligen Netto-Teilfondsvermögen ausreichende flüssige Mittel zur Verfügung stehen, damit eine Rücknahme von Anteilen auf Antrag von Anteilinhabern unter normalen Umständen unverzüglich erfolgen kann.

4. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann Anteile einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilinhaber oder zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft oder des Fonds oder eines Teilfonds erforderlich erscheint.

6. Jeder Inhaber welcher Anteile einer Klasse aus einem Teilfonds besitzt kann seine Anteile ganz oder teilweise in Anteile einer anderen Klasse dieses Teilfonds umtauschen. Der Umtausch sämtlicher Anteile oder eines Teils derselben in Anteile einer anderen Klasse erfolgt auf der Grundlage des nächsterrechneten Anteilwertes der betreffenden Klasse unter Berücksichtigung einer Umtauschprovision. Jeder Inhaber hat des weiteren das Recht Anteile einer Klasse aus einem Teilfonds in Anteile derselben oder einer anderen Klasse eines anderen Teilfonds umzutauschen. Der Umtausch sämtlicher Anteile oder eines Teils derselben in Anteile derselben oder einer anderen Klasse eines anderen Teilfonds erfolgt auf der Grundlage des nächsterrechneten Anteilwertes des betreffenden Teilfonds und der betreffenden Klasse unter Berücksichtigung einer Umtauschprovision. Die maximale Umtauschprovision, die zugunsten der Verwaltungsgesellschaft erhoben werden kann, entspricht der Differenz zwischen dem Höchstbetrag des Ausgabeaufschlages, der im Zusammenhang mit der Ausgabe von Anteilen des Teilfonds erhoben werden kann, abzüglich des Ausgabeaufschlages, der vom Anteilinhaber im Zusammenhang mit der Zeichnung der umzutauschenden Anteile gezahlt wurde, mindestens jedoch 0,5% vom Anteilwert der zu zeichnenden Anteile. Das Minimum von 0,5% entfällt für die ersten beiden Umtauschgeschäfte während eines Kalenderjahres.

Falls für einen Teilfonds keine Umtauschprovision erhoben wird, wird dies im jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt erwähnt.

7. Fondsanteile können bei der Verwaltungsgesellschaft, den Zahlstellen, den Vertriebsstellen oder der Depotbank zurückgegeben bzw. umgetauscht werden.

Art. 10. Rechnungsjahr - Abschlußprüfung

1. Das Rechnungsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar eines jeden Jahres und endet am 31. Dezember desselben Jahres. Das erste Rechnungsjahr begann mit Gründung des Fonds und endete am 31. Dezember 2001.

2. Die Jahresabschlüsse des Fonds werden von einem Wirtschaftsprüfer kontrolliert, der von der Verwaltungsgesellschaft ernannt wird.

Art. 11. Verwendung der Erträge

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann die in einem Teilfonds erwirtschafteten Erträge an die Anteilinhaber dieses Teilfonds ausschütten oder diese Erträge in dem jeweiligen Teilfonds thesaurieren.

Dies findet Erwähnung im Sonderreglement des entsprechenden Teilfonds sowie im jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt.

2. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne sowie sonstige Aktiva zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Teilfondsvermögen des Fonds insgesamt aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäß Artikel 1 Nr. 4 des Allgemeinen Verwaltungsreglements sinkt.

3. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Ausschüttungen können ganz oder teilweise in Form von Gratisanteilen vorgenommen werden. Eventuell verbleibende Bruchteile können bar ausbezahlt werden. Erträge, die fünf Jahre nach Veröffentlichung einer Ausschüttungserklärung nicht abgefordert wurden, verfallen zugunsten des jeweiligen Teilfonds.

4. Ausschüttungsberechtigt sind im Falle der Bildung von Anteilklassen gemäß Artikel 5 Nr. 3 des Allgemeinen Verwaltungsreglements ausschließlich die Anteile der Anteilklasse A des jeweiligen Teilfonds.

Art. 12. Kosten. Neben den im Sonderreglement des entsprechenden Teilfonds festgelegten Kosten trägt jeder Teilfonds folgende Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:

1. Für die Verwaltung des Teilfonds erhebt die Verwaltungsgesellschaft ein Entgelt, dessen maximale Höhe im jeweiligen Sonderreglement festgelegt ist. Neben der Vergütung der Verwaltungsgesellschaft für die Verwaltung der Teilfonds wird dem Teilfondsvermögen eine Verwaltungsvergütung für die in ihm enthaltenen Zielfonds berechnet. Soweit ein Zielfonds von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, verwaltet wird, werden dafür dem Teilfonds von der Verwaltungsgesellschaft keine Ausgabeaufschläge, Rücknahmeabschläge und keine Verwaltungsvergütung belastet. Diese Beschränkung ist ebenfalls in den Fällen anwendbar, in denen ein Teilfonds Anteile einer Investmentgesellschaft erwirbt, mit der er im Sinne des vorhergehenden Satzes verbunden ist. Bei der Verwaltungsvergütung kann das dadurch erreicht werden, daß die Verwaltungsgesellschaft ihre Verwaltungsvergütung für den auf Anteile an solchen verbundenen Zielfonds entfallenden Teil - gegebenenfalls bis zu ihrer gesamten Höhe - jeweils um die von den erworbenen Zielfonds berechnete Verwaltungsvergütung kürzt. Leistungsbezogene Vergütungen und Gebühren für die Anlageberatung fallen ebenfalls unter den Begriff der Verwaltungsvergütung und sind deshalb mit einzubeziehen. Soweit ein Teilfonds jedoch in Zielfonds anlegt, die von anderen Gesellschaften aufgelegt und/oder verwaltet werden, sind gegebenenfalls der jeweilige Ausgabeaufschlag bzw. eventuelle Rücknahmegebühren zu berücksichtigen. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß zusätzlich zu den Kosten, die dem Teilfondsvermögen gemäß den Bestimmungen dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements, des Sonderreglements und des Verkaufsprospektes (nebst Anhängen) belastet werden, Kosten für das Management und die Verwaltung der Zielfonds, in welchen der Teilfonds anlegt sowie die Depotbankvergütung,

die Kosten der Wirtschaftsprüfer, Steuern sowie sonstige Kosten und Gebühren, auf das Fondsvermögen dieser Zielfonds anfallen werden und somit eine Mehrfachbelastung mit gleichartigen Kosten entstehen kann.

2. Das Entgelt der Depotbank, dessen maximale Höhe im jeweiligen Sonderreglement für den betreffenden Teilfonds aufgeführt wird, sowie deren Bearbeitungsgebühren und banküblichen Spesen.

3. Das Entgelt der Zentralverwaltungsstelle, dessen maximale Höhe im jeweiligen Sonderreglement für den betreffenden Teilfonds aufgeführt wird.

4. Sämtliche Kosten werden zunächst dem laufenden Einkommen und den Kapitalgewinnen sowie zuletzt dem jeweiligen Teilfondsvermögen angerechnet.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann dem jeweiligen Teilfonds außerdem folgende Kosten belasten:

a) die im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen anfallenden Kosten mit Ausnahme von Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeabschlägen bei Anteilen von Zielfonds, die von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder von einer anderen Gesellschaft, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, verwaltet werden. Diese Beschränkung ist ebenfalls in den Fällen anwendbar, in denen ein Teilfonds Anteile einer Investmentgesellschaft erwirbt, mit der er im Sinne des vorhergehenden Satzes verbunden ist.

b) Steuern, die auf das Teilfondsvermögen, dessen Einkommen und die Auslagen zu Lasten des jeweiligen Teilfonds erhoben werden

c) Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber des jeweiligen Teilfonds handeln

d) Kosten des Wirtschaftsprüfers

e) Kosten der Vorbereitung und Erstellung sowie der Hinterlegung und Veröffentlichung dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements, des jeweiligen Sonderreglements sowie anderer Dokumente, die den jeweiligen Teilfonds betreffen, einschließlich Anmeldungen zur Registrierung, Verkaufsprospekte (nebst Anhängen) oder schriftliche Erläuterungen bei sämtlichen Aufsichtsbehörden und Börsen (einschließlich örtlichen Wertpapierhändlervereinigungen), die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Teilfonds oder dem Anbieten der Anteile vorgenommen /erstellt werden müssen, die Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen notwendigen Sprachen sowie Druck- und Vertriebskosten sämtlicher weiterer Berichte und Dokumente, die gemäß den anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen der genannten Behörden notwendig sind, die Gebühren an die jeweiligen Repräsentanten im Ausland sowie sämtliche Verwaltungsgebühren

f) die banküblichen Gebühren gegebenenfalls einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Investmentanteile im Ausland

g) Kosten für die Werbung und solche, die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Anbieten und dem Verkauf von Anteilen anfallen

h) Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen

i) Kosten für die Gründung des Fonds und die Erstausgabe von Anteilen.

Die Kosten für die Gründung des Fonds und die Erstausgabe von Anteilen werden auf maximal Euro 45.000,- geschätzt und werden dem Fondsvermögen der bei der Gründung bestehenden Teilfonds belastet. Die Aufteilung der Gründungskosten sowie der o.g. Kosten welche nicht ausschließlich im Zusammenhang mit dem Vermögen eines bestimmten Teilfonds stehen, erfolgt auf die jeweiligen Teilfondsvermögen pro rata durch die Verwaltungsgesellschaft. Kosten im Zusammenhang mit der Auflegung weiterer Teilfonds werden dem jeweiligen Teilfondsvermögen belastet, dem sie zuzurechnen sind.

Art. 13. Änderungen des Allgemeinen Verwaltungsreglements und der Sonderreglements

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank das Allgemeine Verwaltungsreglement sowie jedes Sonderreglements jederzeit vollständig oder teilweise ändern.

2. Änderungen des Allgemeinen Verwaltungsreglements sowie der jeweiligen Sonderreglements werden beim Handelsregister des Bezirksgereichtes Luxemburg hinterlegt und im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, am Tag der Unterzeichnung in Kraft.

Art. 14. Veröffentlichungen

1. Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie alle sonstigen Informationen können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, jeder Zahlstelle und jeder Vertriebsstelle erfragt werden. Sie werden außerdem in mindestens einer überregionalen Tageszeitung eines jeden Vertriebslandes veröffentlicht.

2. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für den Fonds einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Großherzogtum Luxemburg. In jedem Jahres- und Halbjahresbericht wird der Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge angegeben, die jedem Teilfonds im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rückgabe von Anteilen an Zielfonds berechnet worden sind, sowie die Vergütung angegeben, die dem jeweiligen Teilfonds von einer anderen Verwaltungsgesellschaft (Kapitalanlagegesellschaft) oder einer anderen Investmentgesellschaft einschließlich ihrer Verwaltungsvergütung für die in dem jeweiligen Teilfonds gehaltenen Anteile berechnet wurde.

3. Verkaufsprospekt (einschließlich Anhängen), Allgemeines Verwaltungsreglement, die Sonderreglements sowie Jahres- und Halbjahresbericht des Fonds sind für die Anteilinhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, bei jeder Zahlstelle und jeder Vertriebsstelle erhältlich. Der jeweils gültige Depotbankvertrag, der Zentralverwaltungs-, Register- und Transferstellenvertrag sowie die Satzung der Verwaltungsgesellschaft können bei der Verwaltungsgesellschaft, bei den Zahlstellen und bei den Vertriebsstellen an deren jeweiligen Hauptsitz eingesehen werden.

Art. 15. Auflösung des Fonds

1. Der Fonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet. Unbeschadet dieser Regelung können der Fonds bzw. ein oder mehrere Teilfonds jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.

2. Die Auflösung des Fonds erfolgt zwingend in folgenden Fällen:

- a) wenn die Depotbankbestellung gekündigt wird, ohne daß eine neue Depotbankbestellung innerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Fristen erfolgt
- b) wenn über die Verwaltungsgesellschaft das Konkursverfahren eröffnet wird oder die Verwaltungsgesellschaft liquidiert wird
- c) wenn das Fondsvermögen während mehr als sechs Monaten unter einem Viertel der Mindestgrenze gemäß Artikel 1 Nr. 4 des Allgemeinen Verwaltungsreglements bleibt
- d) in anderen, im Gesetz vom 30. März 1988 vorgesehenen Fällen.

3. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur vorzeitigen Auflösung des Fonds bzw. eines Teilfonds führt, werden die Ausgabe und der Rückkauf von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare, auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank im Einvernehmen, mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter den Anteilhabern des jeweiligen Teilfonds nach deren Anspruch verteilen. Nettoliquidationserlöse, die nicht zum Abschluß des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen worden sind, werden von der Depotbank nach Abschluß des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Anteilhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, bei der diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

4. Die Anteilhaber, deren Erben, Gläubiger oder Rechtsnachfolger können weder die vorzeitige Auflösung noch die Teilung des Fonds oder eines Teilfonds beantragen.

5. Die Auflösung des Fonds oder eines Teilfonds gemäß Artikel 15 wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei überregionalen Tageszeitungen, von denen eine eine Luxemburger Zeitung ist, veröffentlicht.

Art. 16. Verschmelzung von Fonds und von Teilfonds. Die Verwaltungsgesellschaft kann durch Beschluß des Verwaltungsrates gemäß nachfolgender Bedingungen beschließen, den Fonds oder einen Teilfonds in einen anderen Fonds, der von derselben Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird oder der von einer anderen Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird, einzubringen. Die Verschmelzung kann in folgenden Fällen beschlossen werden:

- sofern das Netto-Teilfondsvermögen an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um den Fonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten
- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, den Fonds zu verwalten.

Eine solche Verschmelzung ist nur insofern vollziehbar als die Anlagepolitik des einzubringenden Fonds oder Teilfonds nicht gegen die Anlagepolitik des aufnehmenden Fonds verstößt.

Die Durchführung der Verschmelzung vollzieht sich wie eine Auflösung des einzubringenden Fonds oder Teilfonds und eine gleichzeitige Übernahme sämtlicher Vermögensgegenstände durch den aufnehmenden Fonds.

Der Beschluß der Verwaltungsgesellschaft zur Verschmelzung von Fonds oder Teilfonds wird jeweils in einer von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Anteile des einzubringenden Fonds oder Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht.

Die Anteilhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds haben während 30 Tagen das Recht, ohne Kosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Anteile zum einschlägigen Anteilwert nach dem Verfahren, wie es in Artikel 9 des Allgemeinen Verwaltungsreglements beschrieben ist, zu verlangen. Die Anteile der Anteilhaber, welche die Rücknahme ihrer Anteile nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage der Anteilwerte an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Anteile des aufnehmenden Fonds ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Anteilhaber einen Spitzenausgleich.

Der Beschluß, einen Fonds oder einen Teilfonds mit einem ausländischen Fonds zu verschmelzen, obliegt der Versammlung der Anteilhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds. Die Einladung zu der Versammlung der Anteilhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds wird von der Verwaltungsgesellschaft zweimal in einem Abstand von mindestens acht Tagen und acht Tage vor der Versammlung in einer von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Anteile des einzubringenden Fonds oder Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht. Der Beschluß zur Verschmelzung des Fonds mit einem ausländischen Fonds unterliegt einem Anwesenheitsquorum von 50% der sich im Umlauf befindlichen Anteile und wird mit einer 2/3 Mehrheit der anwesenden oder der mittels einer Vollmacht vertretenen Anteile getroffen, wobei nur die Anteilhaber an den Beschluß gebunden sind, die für die Verschmelzung gestimmt haben. Bei den Anteilhabern, die nicht an der Versammlung teilgenommen haben sowie bei allen Anteilhabern, die nicht für die Verschmelzung gestimmt haben, wird davon ausgegangen, daß sie ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben.

Die Verwaltungsgesellschaft kann gemäß vorstehender Bedingungen ebenfalls jederzeit beschließen, die Vermögenswerte eines Teilfonds einem anderen bestehenden Teilfonds des Fonds oder einem anderen Organismus für gemeinsame Anlagen oder einem anderen Teilfonds innerhalb eines solchen Organismus für gemeinsame Anlagen zuzuteilen und die Anteile als Anteile eines anderen Teilfonds (nach einer Aufteilung oder Konsolidierung, so erforderlich, und der Auszahlung der Anteilsbruchteile an die Anteilhaber) neu zu bestimmen.

Art. 17. Verjährung. Forderungen der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von 5 Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 15 Nr. 3 enthaltene Regelung.

Die Vorlegungsfrist für Ertragsscheine beträgt 5 Jahre ab Veröffentlichung der jeweiligen Ausschüttungserklärung. Ausschüttungsbeträge die nicht innerhalb dieser Frist geltend gemacht wurden verfallen zugunsten des Fonds.

Art. 18. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache

1. Das Allgemeine Verwaltungsreglement des Fonds sowie das jeweilige Sonderreglement des einzelnen Teilfonds unterliegt luxemburger Recht. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank. Insbesondere gelten in Ergänzung zu den Regelungen des Allgemeinen Verwaltungsreglements die Vorschriften des Gesetzes vom 30. März 1988. Das Allgemeine Verwaltungsreglement sowie die jeweiligen Sonderreglements sind bei dem Bezirksgericht in Luxemburg hinterlegt. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Großherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht jeden Vertriebslandes zu unterwerfen, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den Fonds beziehen.

2. Der deutsche Wortlaut dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements ist maßgeblich. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können im Hinblick auf Anteile des Fonds, die an Anleger in dem jeweiligen Land verkauft wurden, für sich selbst und den Fonds Übersetzungen in Sprachen solcher Länder als verbindlich erklären, in welchen solche Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Art. 19. Inkrafttreten. Das Allgemeine Verwaltungsreglement tritt am Tag der Unterzeichnung in Kraft, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Sonderreglement

FUND-MARKET FUND - Red

Für den Teilfonds FUND-MARKET FUND - Red (der «Teilfonds») gelten ergänzend bzw. abweichend zu dem Allgemeinen Verwaltungsreglement die Bestimmungen des nachstehenden Sonderreglements.

Art. 1. Anlagepolitik. Der Teilfonds FUND-MARKET FUND - Red strebt als Anlageziel einen langfristigen, möglichst hohen Vermögenszuwachs in Euro durch Kursgewinne an.

Der Teilfonds darf vollständig in Aktienfonds angelegt werden. Der Anlageschwerpunkt wird auf europäischen und amerikanischen Aktienfonds liegen.

Mindestens 90% und höchstens 100% des Netto-Teilfondsvermögens muß in Aktienfonds angelegt werden.

Bis zu maximal 10% des Netto-Teilfondsvermögens darf in Geldmarktfonds angelegt werden.

Art. 2. Teilfondswährung

1. Die Teilfondswährung, in welcher für den Teilfonds der Inventarwert, der Ausgabepreis und der Rücknahmepreis berechnet werden, ist der Euro.

2. Gemäß Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements ist der Ausgabepreis der Inventarwert pro Anteil des entsprechenden Bewertungstages zuzüglich einem Ausgabeaufschlag von bis zu 5% davon.

3. Rücknahmepreis ist der Inventarwert pro Anteil gemäß Artikel 19 in Verbindung mit Artikel 17 des Allgemeinen Verwaltungsreglements.

Art. 3. Höhe des Entgelts der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, aus dem Teilfondsvermögen ein Entgelt von bis zu 1,5% p.a. zu erhalten, das täglich auf das Netto-Teilfondsvermögen des vorangegangenen Bewertungstages zu berechnen und monatlich nachträglich auszuzahlen ist.

2. Die Depotbank erhält ein Entgelt von bis zu 0,1% p.a., das täglich auf das Netto-Teilfondsvermögen des vorangegangenen Bewertungstages zu berechnen und vierteljährlich nachträglich auszuzahlen ist.

3. Die Zentralverwaltungsstelle erhält aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen ein Entgelt in Höhe von bis zu 0,2% p.a. das vierteljährlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Quartals zu berechnen und vierteljährlich nachträglich auszuzahlen ist.

Art. 4. Ausschüttungspolitik. Es ist vorgesehen die Erträge des Teilfonds zu thesaurieren.

Art. 5. Dauer des Teilfonds. Der Teilfonds ist auf unbestimmte Zeit aufgelegt.

Art. 6. Inkrafttreten. Das abgeänderte Sonderreglement des Teilfonds tritt am 10. April 2003 in Kraft und wird am 30. April 2003 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg veröffentlicht. Das abgeänderte Verwaltungsreglement tritt am 10. April 2003 in Kraft und wird am 30. April 2003 im «Mémorial» veröffentlicht.

Sonderreglement

FUND-MARKET FUND - Orange

Für den Teilfonds FUND-MARKET FUND - Orange (der «Teilfonds») gelten ergänzend bzw. abweichend zu dem Allgemeinen Verwaltungsreglement die Bestimmungen des nachstehenden Sonderreglements.

Art. 1. Anlagepolitik. Der Teilfonds FUND-MARKET FUND - Orange strebt als Anlageziel einen langfristigen, möglichst hohen Vermögenszuwachs in Euro durch Kursgewinne und Renditen an.

Der Teilfonds soll in Aktien- und Rentenfonds angelegt werden, die je nach Marktlage höher bzw. niedriger gewichtet werden können. Die Gewichtung soll in dem Sinne ausgerichtet sein, daß mindestens 50% und höchstens 100% des Netto-Teilfondsvermögens in Aktienfonds und maximal 50% des Netto-Teilfondsvermögens in Rentenfonds angelegt werden dürfen. Der Anlageschwerpunkt wird auf europäischen und amerikanischen Aktien- und Rentenfonds liegen.

Maximal 10% des Netto-Teilfondsvermögens dürfen in Geldmarktfonds angelegt werden. Die Anlage in Rentenfonds und Geldmarktfonds darf gemeinsam 50% des Netto-Teilfondsvermögens nicht übersteigen.

Art. 2. Teilfondswährung

1. Die Teilfondswährung, in welcher für den Teilfonds der Inventarwert, der Ausgabepreis und der Rücknahmepreis berechnet werden, ist der Euro.

2. Gemäß Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements ist der Ausgabepreis der Inventarwert pro Anteil des entsprechenden Bewertungstages zuzüglich einem Ausgabeaufschlag von bis zu 5% davon.

3. Rücknahmepreis ist der Inventarwert pro Anteil gemäß Artikel 19 in Verbindung mit Artikel 17 des Allgemeinen Verwaltungsreglements.

Art. 3. Höhe des Entgelts der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, aus dem Teilfondsvermögen ein Entgelt von bis zu 1,25% p.a. zu erhalten, das täglich auf das Netto-Teilfondsvermögen des vorangegangenen Bewertungstages zu berechnen und monatlich nachträglich auszuzahlen ist.

2. Die Depotbank erhält ein Entgelt von bis zu 0,1% p.a., das täglich auf das Netto-Teilfondsvermögen des vorangegangenen Bewertungstages zu berechnen und vierteljährlich nachträglich auszuzahlen ist.

3. Die Zentralverwaltungsstelle erhält aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen ein Entgelt in Höhe von bis zu 0,2% p.a. das vierteljährlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Quartals zu berechnen und vierteljährlich nachträglich auszuzahlen ist.

Art. 4. Ausschüttungspolitik. Es ist vorgesehen die Erträge des Teilfonds zu thesaurieren.

Art. 5. Dauer des Teilfonds. Der Teilfonds ist auf unbestimmte Zeit aufgelegt.

Art. 6. Inkrafttreten. Das abgeänderte Sonderreglement des Teilfonds tritt am 10. April 2003 in Kraft und wird am 30. April 2003 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg veröffentlicht. Das abgeänderte Verwaltungsreglement tritt am 10. April 2003 in Kraft und wird am 30. April 2003 im «Mémorial» veröffentlicht.

Sonderreglement**FUND-MARKET FUND - Yellow**

Für den Teilfonds FUND-MARKET FUND - Yellow (der «Teilfonds») gelten ergänzend bzw. abweichend zu dem Allgemeinen Verwaltungsreglement die Bestimmungen des nachstehenden Sonderreglements.

Art. 1. Anlagepolitik. Der Teilfonds FUND-MARKET FUND - Yellow strebt als Anlageziel einen langfristigen, möglichst hohen Vermögenszuwachs in Euro durch Kursgewinne und Renditen an.

Das Teilfondsvermögen soll in Aktien- und Rentenfonds angelegt werden, die je nach Marktlage höher bzw. niedriger gewichtet werden können. Die Gewichtung soll in dem Sinne ausgerichtet sein, daß maximal 75% des Netto-Teilfondsvermögens in Aktienfonds und maximal 75% des Netto-Teilfondsvermögens in Rentenfonds angelegt werden dürfen. Der Anlageschwerpunkt wird auf europäischen und amerikanischen Aktien- und Rentenfonds liegen.

Bis zu maximal 10% des Netto-Teilfondsvermögens dürfen in Geldmarktfonds angelegt werden. Die Anlage in Rentenfonds und Geldmarktfonds darf gemeinsam 75% des Netto-Teilfondsvermögens nicht übersteigen.

Art. 2. Teilfondswährung

1. Die Teilfondswährung, in welcher für den Teilfonds der Inventarwert, der Ausgabepreis und der Rücknahmepreis berechnet werden, ist der Euro.

2. Gemäß Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements ist der Ausgabepreis der Inventarwert pro Anteil des entsprechenden Bewertungstages zuzüglich einem Ausgabeaufschlag von bis zu 5% davon.

3. Rücknahmepreis ist der Inventarwert pro Anteil gemäß Artikel 19 in Verbindung mit Artikel 17 des Allgemeinen Verwaltungsreglements.

Art. 3. Höhe des Entgelts der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, aus dem Teilfondsvermögen ein Entgelt von bis zu 1,0% p.a. zu erhalten, das täglich auf das Netto-Teilfondsvermögen des vorangegangenen Bewertungstages zu berechnen und monatlich nachträglich auszuzahlen ist.

2. Die Depotbank erhält ein Entgelt von bis zu 0,1% p.a., das täglich auf das Netto-Teilfondsvermögen des vorangegangenen Bewertungstages zu berechnen und vierteljährlich nachträglich auszuzahlen ist.

3. Die Zentralverwaltungsstelle erhält aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen ein Entgelt in Höhe von bis zu 0,2% p.a. das vierteljährlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Quartals zu berechnen und vierteljährlich nachträglich auszuzahlen ist.

Art. 4. Ausschüttungspolitik. Es ist vorgesehen die Erträge des Teilfonds zu thesaurieren.

Art. 5. Dauer des Teilfonds. Der Teilfonds ist auf unbestimmte Zeit aufgelegt.

Art. 6. Inkrafttreten. Das abgeänderte Sonderreglement des Teilfonds tritt am 10. April 2003 in Kraft und wird am 30. April 2003 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg veröffentlicht. Das abgeänderte Verwaltungsreglement tritt am 10. April 2003 in Kraft und wird am 30. April 2003 im «Mémorial» veröffentlicht.

Sonderreglement**FUND-MARKET FUND - Blue**

Für den Teilfonds FUND-MARKET FUND - Blue (der «Teilfonds») gelten ergänzend bzw. abweichend zu dem Allgemeinen Verwaltungsreglement die Bestimmungen des nachstehenden Sonderreglements.

Art. 1. Anlagepolitik. Der Teilfonds FUND-MARKET FUND - Blue strebt als Anlageziel einen langfristigen, möglichst hohen Vermögenszuwachs in Euro durch Kursgewinne und Renditen an.

Das Teilfondsvermögen soll in Aktien- und Rentenfonds angelegt werden, die je nach Marktlage höher bzw. niedriger gewichtet werden können. Die Gewichtung soll in dem Sinne ausgerichtet sein, daß mindestens 50% und höchstens 100% des Netto-Teilfondsvermögens in Rentenfonds und maximal 50% des Netto-Teilfondsvermögens in Aktienfonds angelegt werden dürfen. Der Anlageschwerpunkt wird auf europäischen und amerikanischen Aktien- und Rentenfonds liegen.

Bis zu maximal 10% des Netto-Teilfondsvermögens dürfen in Geldmarktfonds angelegt werden.

Art. 2. Teilfondswährung

4. Die Teilfondswährung, in welcher für den Teilfonds der Inventarwert, der Ausgabepreis und der Rücknahmepreis berechnet werden, ist der Euro.

5. Gemäß Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements ist der Ausgabepreis der Inventarwert pro Anteil des entsprechenden Bewertungstages zuzüglich einem Ausgabeaufschlag von bis zu 5% davon.

6. Rücknahmepreis ist der Inventarwert pro Anteil gemäß Artikel 19 in Verbindung mit Artikel 17 des Allgemeinen Verwaltungsreglements.

Art. 3. Höhe des Entgelts der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank

4. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, aus dem Teilfondsvermögen ein Entgelt von bis zu 1,0% p.a. zu erhalten, das vierteljährlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Quartals zu berechnen und vierteljährlich nachträglich auszuzahlen ist.

5. Die Depotbank erhält ein Entgelt von bis zu 0,1% p.a., das vierteljährlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Quartals zu berechnen und vierteljährlich nachträglich auszuzahlen ist.

6. Die Zentralverwaltungsstelle erhält aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen ein Entgelt in Höhe von bis zu 0,2% p.a. das vierteljährlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Quartals zu berechnen und vierteljährlich nachträglich auszuzahlen ist.

Art. 4. Ausschüttungspolitik. Es ist vorgesehen die Erträge des Teilfonds zu thesaurieren.

Art. 5. Dauer des Teilfonds. Der Teilfonds ist auf unbestimmte Zeit aufgelegt.

Art. 6. Inkrafttreten. Das Sonderreglement des Teilfonds tritt am 10. April 2003 in Kraft und wird am 30. April 2003 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg veröffentlicht. Das abgeänderte Verwaltungsreglement tritt am 10. April 2003 in Kraft und wird am 30. April 2003 im «Mémorial» veröffentlicht.

Luxemburg, den 10. April 2003.

FUND-MARKET FUND MANAGEMENT S.A.

H. Reiter / M. Keller

BANQUE DE LUXEMBOURG, Société Anonyme

L. Andring / N. Thill

Enregistré à Luxembourg, le 9 avril 2003, réf. LSO-AD01888. – Reçu 46 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(014094.2/000/731) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 10 avril 2003.

GARTMORE SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-1330 Luxembourg, 58, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

R. C. Luxembourg B 77.949.

Extract from the Minutes of the Annual General Meeting of Shareholders of 13th March, 2003

- The Meeting resolved to pay no dividends and to capitalize any net income earned.

- The Meeting resolved to renew the mandate of Mr Christopher Samuel, Mr Roger Bartley, Mr Steen Steincke, Mr Martin Dryden, Me Claude Niedner and Mr Adam Uszpolewicz as Director to serve until the next Annual General Meeting in 2004.

- The Meeting resolved to renew the mandate of PricewaterhouseCoopers, S.à r.l. as Statutory Auditor (Réviseur d'Entreprises) to serve until the next Annual General Meeting in 2004.

On behalf of the GARTMORE SICAV

CITIBANK INTERNATIONAL PLC (Luxembourg Branch)

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 7 avril 2003, réf. LSO-AD01408. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(016053.3/000/18) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 avril 2003.

BlueBirds PARTICIPATIONS, Société à responsabilité limitée.

Registered office: L-1717 Luxembourg, 8-10, rue Mathias Hardt.

R. C. Luxembourg B 92.866.

STATUTES

In the year two thousand three, on the twenty-fifth day of March.

Before the undersigned Maître Joseph Elvinger, notary public, residing in Luxembourg (Grand Duchy of Luxembourg).

Has appeared:

EURAZEO S.A., a company existing and incorporated under the laws of France, having its registered office at 3 rue Jacques Bingen, 75017 Paris, registered at the Paris registry of commerce and companies under number RCS Paris 692 030 992, hereby represented by Mr Patrick Sayer, residing at 125, Boulevard Malesherbes, 75017 Paris, in his capacity as Président du Directoire, by virtue of a proxy, given to Mr Marc Elvinger, on the nineteenth March 2003;

The said proxy, initialled ne varietur by the appearing party and the undersigned notary, will remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities.

Such appearing party, acting in its hereinabove stated capacity, has required the undersigned notary to enact the deed of incorporation of a private limited company (société à responsabilité limitée) which he declares organized among itself and the articles of incorporation which shall read as follows:

A. Purpose - Duration - Name - Registered office

Art. 1. There is hereby established among the current owner of the shares created hereafter and all those who may become shareholders in the future, a private limited company (société à responsabilité limitée) (hereinafter the «Company») which shall be governed by the Luxembourg law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended, as well as by the present articles of incorporation.

Art. 2. The purpose of the Company is, in Luxembourg or abroad:

- the purchase and sale of stakes in the share capital of commercial companies having their registered address in France, Luxembourg or elsewhere and whose principal activities are the commercial exploitation of communication satellites;

- more generally, any type of transactions, be it of a commercial, civil, economic, legal, industrial or financial nature, that are necessary or useful, directly or indirectly, for the accomplishment of the above purpose or of any other similar, complementary or related purpose;

- the investment or holding of interests, of any form whatsoever, directly or indirectly, in any activities or operations, be it of a commercial, industrial, financial, movable or immovable nature, in Luxembourg or abroad, in any form whatsoever, provided that said activities or operations are linked, directly or indirectly, to the above purpose or to any similar, complementary or related purpose;

- the issuance of guarantees or loans, of any form whatsoever, benefiting, directly or indirectly, to legal entities in the share capital of which the Company owns or shall own a direct or indirect stake;

Art. 3. The Company is incorporated for an unlimited period.

Art. 4. The Company will assume the name of BlueBirds PARTICIPATIONS.

Art. 5. The registered office of the Company is established in Luxembourg. It may be transferred to any other place in the Grand Duchy of Luxembourg by way of a resolution of a shareholders' meeting /resolution of the sole shareholder. Branches or other offices may be established either in Luxembourg or abroad.

B. Share Capital - Shares

Art. 6. The Company's share capital is set at twelve thousand five hundred euro (EUR 12,500.-) represented by five hundred (500) shares with a par value of twenty five euro (EUR 25,-) each.

Art. 7. The share capital may be increased or reduced at any time by a majority of the shareholders representing (i) at least seventy-five percent (75 %) of the shares of the Company's social capital and (ii) a majority in the number of shareholders/the sole shareholder, in accordance with the Luxembourg Law and the present by-laws.

Upon subscription in cash to any capital increase, each share shall be paid-up in full.

Art. 8. All shares shall consist in registered shares. A share registry shall be kept at the Company's registered office, where it will be available for inspections by any shareholder. Transfers of shares must be evidenced by a notarial instrument or by a private deed. Transfers of shares shall not be valid vis-à-vis the Company or third parties until they shall have been notified to the Company or accepted by it in accordance with the provisions of article 1690 of the Civil Code. Upon request from any shareholder, a certificate of ownership shall be delivered by the Company to the requesting shareholder.

Art. 9. Any shareholder is liable of the Company's debt up to the amount of his contribution to the Company's social capital.

Art. 10. Each share shall procure a proportional right in the profits and reserves or in the assets of the Company upon any distribution or liquidation.

Each shareholder shall benefit from the rights provided by the Luxembourg law upon events such as subscription to a capital increase, issuance of bonds, permanent or occasional information in advance of shareholder's resolutions.

Moreover, each share is entitled to vote at any resolutions of the shareholders' meeting/sole shareholder.

Ownership of the Company's shares involves automatically adherence to the Company's by-laws and to the resolutions that were adopted by the shareholders' meeting / the sole shareholder.

Art. 11. The Company will recognize only one holder per share. The co-owners shall appoint a single representative who shall represent them towards the Company. The co-ownership of shares must be notified to the Company within one (1) month from its occurrence.

The voting rights shall vest with the owner of the shares that are subject to a pledge.

Art. 12. The Company's shares are freely transferable, by any means whatsoever, by the sole shareholder, subject to all applicable legal restrictions.

In case of more than one shareholder, transfer, by any means whatsoever, to new shareholders shall be subject to the approval of such transfer given by the other shareholders in a shareholders' meeting/resolution, at a majority of not less than three quarters (3/4) of the share capital.

In the event of death, the shares of the deceased shareholder may only be transferred to new shareholders subject to the approval of such transfer given by the other shareholders in a shareholders' meeting/resolution, at a majority of not less than three quarters (3/4) of the share capital. Such approval is, however, not required in case the shares are transferred either to parents, descendants or the surviving spouse.

Art. 13. The death, suspension of civil rights, bankruptcy or insolvency of one of the shareholders will not cause the dissolution of the Company.

Art. 14. Neither creditors, nor assigns, nor heirs of a shareholder may for any reason affix seals on assets or documents of the Company.

C. Management

Art. 15. The Company is managed by one Manager («Gérant»), physical person or legal entity, which does not need to be a shareholder. An employee of the Company may be appointed as Manager. In the case of a legal entity, the legal entity Manager shall be represented by its legal representative or by any appointed permanent representative.

The Manager is appointed by the shareholders' meeting, under the conditions set forth for ordinary resolutions, or by the sole shareholder. The term of office of the Manager shall be of one (1) year expiring on the date of the resolution of the sole shareholder/the shareholders' meeting voting on the approval of the annual accounts for the closed fiscal year, except in respect of the first fiscal year.

The office of the Manager is renewable without limitations.

The office of the Manager shall cease either upon death, resignation, revocation, expiry of his term of office, or upon opening of a bankruptcy proceedings against him under applicable Law.

The Manager may resign from his office by given an advance notice of not less than ninety (90) days, which may be reduced by decision of the sole shareholder or by the shareholders' meeting.

The resignation shall only be effective if it is addressed to each shareholder by registered mail.

The Manager shall be deemed resigning as of the date he will reach seventy (70) years of age.

Any legal entity Manager shall be deemed resigning automatically upon opening of a bankruptcy proceedings against it under applicable law.

The Manager may be revoked at any time by decision of the sole shareholder/shareholders' meeting, under the conditions set forth for ordinary resolutions and adopted at a simple majority of the share capital.

The decision to revoke the Manager does not need to be motivated.

The revocation of the Manager, whether physical person or legal entity, whose office is not remunerated, may not give right to any indemnification.

The Manager may be entitled to a remuneration for the carrying out of his office, whose amount and payment modalities shall be determined by the sole shareholder/the shareholders' meeting, under the conditions set forth for ordinary resolutions.

This remuneration may consist in a fix and/or variable part. In addition, the Manager shall be reimbursed from any expenses incurred in the carrying-out of his office.

The Manager is vested with the broadest powers to act in the name and on behalf of the Company in all circumstances and to bind the Company by his sole signature towards third parties.

The Company shall be bound even by acts of the Manager that would be beyond the corporate purpose, unless the Company succeeds in establishing that the third party knew that said act was beyond the corporate purpose or that he could not ignore it due to the surrounding circumstances.

Art. 16. The death or resignation of the Manager, for any reason whatsoever, shall not cause the dissolution of the Company.

Art. 17. The Manager does not assume, by reason of its position, any personal liability in relation to commitments regularly made by them in the name of the Company.

D. Decisions of the sole shareholder - Collective decisions of the shareholders

Art. 18. The sole shareholder shall exercise all powers entrusted to the shareholders' meeting under the provisions of section XII of the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended. His decisions shall be evidenced by minutes which he shall sign and which shall be reproduced in the Company's corporate books.

In case of plurality of shareholders, the resolutions shall be adopted at the choice of the Manager, either at a shareholders' meeting or by correspondence, subject to the limitations set forth under article 193 of the Law.

The following resolutions may only be adopted at shareholders' meetings:

- approval of the annual accounts and allocations of profits;
- appointment of statutory auditor(s);
- capital increase, reduction of capital or share redemption;
- merger, split, partial contribution of assets;
- conversion of the Company into another corporate format;
- dissolution.

Resolutions shall be proposed to the shareholders at the initiative of the Manager, by one or more shareholder(s) holding together more than 10% of the share capital or any statutory auditor.

When the initiator of the resolution is not the Manager, the resolution is automatically adopted at a shareholders' meeting at the exclusion of any other means.

Each shareholder may participate at any resolutions of the shareholder irrespective of the number of shares he owns and dispose of a number of vote equal to the number of shares he owns.

Resolutions are either of an ordinary or extraordinary nature.

a) are of an ordinary nature, any decision which does not entail a modification of the present by-laws, including, without limitations:

- the approval of annual accounts and allocation of annual profits;
- discharge given to the Company's Manager;
- appointment of statutory auditor(s).

No quorum is required.

Upon a first convocation, the resolutions are adopted by a majority of at least fifty (50 %) plus one (1) share of the Company's social capital.

Upon a second convocation on the same agenda, the resolutions are adopted by a simple majority of the shares present or represented.

b) are of an extraordinary nature, any decision which does entail, directly or indirectly, a modification of the present by-laws or which are subject to the same requirement pursuant to the present by-laws, including, without limitations:

- capital increase, share redemption or reduction of capital;
- any merger, split, partial contribution of assets;
- the conversion of the Company into a company of a different format;
- the dissolution of the Company.

No quorum is required.

The resolutions are adopted by the following double majority:

- at least seventy-five percent (75 %) of the shares of the Company's social capital; and
- a majority in the number of shareholders.

c) By way of exception to the above provisions, the possible adoption or modification of statutory provisions regarding the temporary non-transferability of the Company's shares, restriction to the shareholders' preemption rights upon transfer of shares, the change in the nationality of the Company, the prior approval of any transferee, change of control of any legal entity shareholder or the procedure to exclude a shareholder, shall require the unanimous vote of the shareholders. Similarly, any decision to transfer the Company's registered office abroad or any decision the effect of which would be to increase the financial commitments of a shareholder, can only be adopted by a unanimous decision.

Any shareholders' decision, adopted by any means whatsoever, shall be evidenced in minutes which shall be signed and reproduced in the Company's corporate books. Minutes shall be signed on the same day as the adoption of the decisions by the Chairman of the meeting.

The minutes shall indicate the convocation mode, the date and place of the consultation, the identity of the shareholders and proxy-holders who have taken part to the votes, the number of shares owned by each of them, the documents and reports submitted to the discussion, a summary of the debate as well as the text of each proposed resolution and the result of the votes.

Copies and extracts of the minutes of the shareholders' meetings / resolutions of the sole shareholder shall be validly certified by the Manager or a duly authorized proxy-holder.

Art. 19. Convocations are sent by any written means at least eight (8) days in advance of the date scheduled for the meeting or any lesser period as permissible under the Law. The convocation shall indicate the date, place and agenda of the meeting. The agenda is established by the author of the convocation.

As of dispatch of the convocation, the draft resolutions and all documents necessary for the information of the shareholders are communicated and kept at their disposal at the Company's registered office where copies can be made. Any shareholder may request that these documents be dispatched to them by ordinary mail or at their own costs by registered mail.

When the agenda of the meeting includes the approval of the annual accounts, the management report containing a summary description of the Company's situation during the accounting year closed must be attached to the convocation and, as the case may be, a report of the statutory auditor.

Shareholders' meeting are held at the registered office or at any other place indicated in the convocations.

The meeting is chaired by the Manager or, in his absence, by a shareholder specially appointed for this purpose at the beginning of the meeting. Each shareholder shall sign the attendance list.

The shareholders may be validly represented at the meeting by another shareholder. Each shareholder may hold an unlimited number of proxies. Proxies may be given by any written means.

Upon consultation in writing, the Manager shall address to each shareholder by any written means, a bulletin, in two originals, bearing the following information:

- the date at which the bulletin has been sent;

- the date at which the bulletin must be returned;
- the list of documents attached to the convocation and necessary to cast a vote;
- the language of the proposed resolutions with, in each case, the available options (adoption, rejection);
- the address at which the bulletin must be returned.

Each shareholder will need for each resolution to mark the bulletin in the box corresponding to the meaning of his vote. In the case where more than one box has been marked for a single resolution, the vote shall be counted as a negative one.

Each shareholder must return one original of the bulletin, duly filled-in, dated and signed, to the address indicated in the convocation or, if none, to the Company's registered address.

Failure by a shareholder to return the bulletin within the above-mentioned period shall be deemed to amount to a total abstention of the shareholder concerned.

Within a five (5) business days period following the reception of the last bulletin, the Manager shall draft, date and sign the minutes of the resolutions.

E. Information available to shareholders

Art. 20. In addition to the information required by Law, any shareholder shall have access at any time to the Company's by-laws as well as to the following documents regarding the last three (3) accounting year:

- the list of shareholders, with the number of shares owned by each of them, and, as the may be, the number of voting rights attached to these shares;
- annual accounts (balance sheet, profit and loss statement, annex)
- inventory;
- reports and documents communicated to the shareholders upon adoption of shareholders' resolutions;
- minutes of the shareholders' resolutions, with the proxies annexed thereto.

F. Statutory auditor

Art. 21. Upon decision of the sole shareholder or the shareholders' meeting or upon the Company meeting at least two out of the three of the following criteria:

- (i) a total balance sheet of more than 3.125 million Euro;
- (ii) a turnover higher than 6.25 million Euro;
- (iii) 50 employees,

the Company shall be audited by one or more statutory auditors whose mission shall be that provided by Law.

One or more deputy statutory auditors may be appointed for the same duration, in case of death, refusal, resignation or incapacity of the principal statutory auditors.

Statutory auditor(s) shall be appointed for six (6) fiscal years. His/their office shall expire automatically upon expiry of the shareholders' meeting /resolution of the sole shareholder called to approve the annual accounts of the sixth fiscal year.

Statutory auditor(s) is/are appointed by decision of the sole shareholder / shareholders' meeting under the conditions set forth above for ordinary resolutions.

Statutory auditor(s) may be re-appointed without limitations.

G. Fiscal year

Art. 22. The Company's fiscal year shall commence on the 1st of January and end on the 31st of December of the same year. By exception, the first accounting year shall start on the date of incorporation of the Company and end on 31 December 2003.

H. Annual accounts

Art. 23. The Company's accounting documents shall be kept according to Law.

Each year on the 31st of December the accounts are closed and the Manager shall prepare an inventory including an indication of the value of the Company's assets and liabilities then existing.

The Manager shall prepare the annual accounts, including a balance sheet, profit and loss statements and the annex. The accounts will clearly indicate the Company's own funds.

The Manager shall prepare the management report on the situation of the Company at the end of the fiscal year. Said report shall contain all information required by Law, including, the likely forecast, significant events that occur since the closure of the fiscal year.

The Manager shall also prepare any other special report required by Law.

Each shareholder may inspect the above documents at the Company's registered office. These documents shall also be put at the disposal of the Company's statutory auditors, if any.

The shareholders' meeting / the sole shareholder shall approve the annual accounts within a six (6) month period as of the closure of the fiscal year.

I. Allocation of profits

Art. 24. The income statement shall summarize the revenues and expenses of the fiscal year and the balance, after deduction of provisions and amortizations, shall indicate the profits or loss of the fiscal year.

Five (5 %) per cent of the net profit (profits of the fiscal year, reduced, as the case may be, by losses of the previous years), are set aside for the funding of the legal reserve, until such reserve amounts to ten (10 %) per cent of the Company's share capital. The balance may be freely disposed of by the shareholders.

Distributable profits consist in the profits of the fiscal year, reduced, as the case may be, by losses of the previous year and by amounts used to fund the legal or statutory reserve, and increased, as the case may be, by profits carried-forward from previous fiscal years.

From these profits, the shareholders' meeting / sole shareholder may decide to withhold any amount for the purpose of funding an additional reserve account. The shareholders' meeting / sole shareholder may also decide to carry these profits forward.

The balance, if any, is allocated, in case of plurality of shareholders, by a decision of the shareholders' meeting amongst the shareholders proportionally to the number of shares owned by each of them.

The shareholders' meeting / sole shareholder may decide to make distribution out of the amounts put on reserve accounts (other than the legal reserve) and which are available to the Company, by indicating in detail the reserve accounts from which these amounts must be withdrawn. Nonetheless, dividends are paid by priority from the profits of the closed fiscal year.

Losses, if any, further to the approval of the annual accounts by the shareholders' meeting/sole shareholder, may be carried-forward and be set-off against the profits of future fiscal years, until exhaustion.

J. Interim dividends / Dividends

Art. 25. When it results from an interim accounts established by the Manager during or at the end of the accounting year, as audited by the statutory auditor(s), if any, that the Company, since the closure of the previous fiscal year, and after deduction of necessary provisions, amortizations, losses carried forward, and the amounts necessary to fund the various reserve accounts as required by Law or by these by-laws, but increased by carried-forward profits and distributable reserves, has realized a profit, said profit may be distributed to the shareholder(s) by decision of the Manager, in the form of interim dividends prior to the approval of the annual accounts for the current fiscal year by the shareholders' meeting / sole shareholder, subject to applicable legal restrictions, if any.

The Manager shall determine the modalities of payment of dividends in cash.

The shareholders' meeting or the sole shareholder may opt, under all applicable legal requirements, for the payment of any portion of the dividends or interim-dividends in shares rather than in cash or give the option to each shareholder between the two mode of payments.

No re-payment of dividends may be requested from a shareholder unless that distribution has been carried-out in violation of applicable legal requirements and provided that the Company succeeds in establishing that the beneficiary(ies) knew or should have known this fact, based on all applicable circumstances

K. Conversion

Art. 26. The Company may be converted into a company of another corporate format under the quorum and majority rules set forth in these by-laws and by Law. Prior to said conversion, the Company will have to comply with all applicable legal requirements.

L. Dissolution - Liquidation

Art. 27. The Company shall be dissolved by decision of the sole shareholder / shareholders' meeting under the conditions set forth for extraordinary resolutions.

Upon a dissolution of the Company with more than one shareholder, the Company shall be liquidated by one or more liquidators, who do not need to be shareholders, and who shall be appointed by the shareholders' meeting which will determine their powers and fees. Unless otherwise provided, the liquidators shall have the most extensive powers for the realization of the assets and payment of the liabilities of the Company.

The legal personality of the Company shall continue for the purpose of its liquidation until the closure thereof.

The Company's shares shall remain freely negotiable until the closure of the liquidation.

Art. 28. All matters not governed by these articles of incorporation shall be determined in accordance with the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended (the «Law»).

Subscription and Payment

The five hundred (500) shares have been entirely subscribed by EURAZEO SA, prenamed

The shares so subscribed are fully paid-up by contribution of twelve thousands five hundred (12,500.- EUR) euros.

The amount of twelve thousand five hundred (12,500.-) euros allocated to the share capital, is as of now available to the Company, as it has been justified to the undersigned notary.

Expenses

The expenses, costs, remunerations or charges in any form whatsoever which shall be borne by the Company as a result of its incorporation are estimated at approximately thousand eight hundred euros.

Resolution of the sole shareholder

The above named person, representing the entire subscribed capital and considering himself as duly convened, has immediately proceeded to adopt the following resolutions:

1. The registered office of the Company shall be 8-10 rue Mathias Hardt, L-1717 Luxembourg;

2. The following person is appointed as Manager of the Company:

Mr Patrick Sayer, born in Neuilly sur Seine (92200), France, on November 20, 1957, residing at 125, boulevard Maleherbes, 75017 Paris;

3. The office of Mr Patrick Sayer shall not be remunerated.

4. The term of office of the Manager shall end at the shareholders' meeting/resolution of the sole shareholder called to approve the annual accounts for the fiscal year closed on December 31, 2003.

5. The following auditor is appointed to act as the Company's statutory auditor in accordance with the Law for a term of six (6) years, expiring upon the approval by the shareholders' meeting/sole shareholder of the annual accounts closed for the sixth fiscal year:

ERNST & YOUNG

10, rue Jean Monnet

L-2180 Luxembourg.

The remuneration of the statutory auditor is determined as per the applicable regulations.

6. The following acts which were carried out by the Company while in the process of incorporation are hereby approved and carried-over by the Company:

- opening of a bank account for the purpose of deposit of the social capital opened with CREDIT LYONNAIS;
- domiciliation of the Company with MERCURIA SERVICES S.A. and signature of relevant agreement.

Whereof the present notary deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document, in both the English and French language. In case of discrepancy or inconsistency between both versions, the English version of the deed shall prevail between the shareholders, the Company and any third parties.

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on the request of the above appearing person(s), the present deed is worded in English, followed by a French translation; on the request of the same appearing person(s), the English version will prevail in case of differences between the English and the French text.

The document having been read to the persons appearing, known to the notary by their name, first name, civil status and residences, the said persons appearing signed together with the notary the present deed.

Suit la traduction française de ce qui précède:

En l'an deux mille trois, le vingt-cinq mars.

Devant Maître Joseph Elvinger, notaire, domicilié à Luxembourg, (Grand-Duché du Luxembourg).

A comparu la soussignée:

EURAZEO S.A., société anonyme de droit français dont le siège social se trouve au 3, rue Jacques Bingen, 75017 Paris, immatriculée au Registre du Commerce et des Sociétés de Paris sous le numéro RCS Paris 692 030 992, dûment représentée par Monsieur Patrick Sayer, résidant 125, boulevard Malesherbes, 75017 Paris, en sa qualité de Président du Directoire, elle-même représentée par Monsieur Marc Elvinger, en vertu d'une délégation de pouvoir à cet effet, en date du dix-neuf mars 2003.

Ladite délégation de pouvoir, comportant la mention ne varietur par la partie présente et le notaire soussigné, demeurera annexée au présent acte et sera enregistrée en même temps que ce dernier auprès des autorités d'enregistrement.

Ladite partie comparaissant, en sa capacité telle que mentionnée ci-dessus, a demandé au notaire soussigné, de passer l'acte constitutif d'une société à responsabilité limitée, qu'il déclare constituée et les statuts constitutifs tels que prévus comme suit:

A. Objet - Durée - Dénomination sociale - Siège social

Art. 1^{er}. Il est constitué entre le détenteur actuel de parts et les futurs associés, une société à responsabilité limitée (ci-après la «Société») qui sera régie par les dispositions de la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle qu'amendée, ainsi que par les présents statuts.

Art. 2. L'objet de la Société, au Luxembourg ou à l'étranger est:

- l'acquisition et la cession de participations dans des sociétés commerciales, ayant leur siège social en France, au Luxembourg ou ailleurs dont la principale activité est l'exploitation commerciale de satellites de communications;
- et plus généralement toutes opérations de quelque nature qu'elles soient, économiques, industrielles, juridiques, financières, civiles ou commerciales, nécessaires ou utiles, directement ou indirectement, pour la réalisation de cet objet ou à tous objets similaires, connexes ou complémentaires;
- la participation, directe ou indirecte, de la société à toutes activités ou opérations industrielles, commerciales ou financières, mobilières ou immobilières, au Luxembourg ou à l'étranger, sous quelque forme que ce soit, dès lors que ces activités ou opérations peuvent se rattacher, directement ou indirectement, à l'objet social ou à tous objets similaires, connexes ou complémentaires.
- l'émission de garanties ou de prêts, sous quelque forme que ce soit, qui bénéficie, directement ou indirectement, à des entités légales dans le capital desquels la Société détient directement ou indirectement une participation.

Art. 3. La durée de la Société est illimitée.

Art. 4. La présente Société a pour dénomination sociale: BlueBirds PARTICIPATIONS.

Art. 5. Le siège social est fixé à Luxembourg. Il peut être transféré en tout autre lieu dans le Grand Duché du Luxembourg sur décision de l'associé unique ou sur décision de la collectivité des associés.

B. Capital social - Parts

Art. 6. Le capital social est fixé à douze mille cinq cents euros (EUR 12.500,-) et divisé en cinq cent (500) parts de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune.

Art. 7. Le capital social peut être augmenté ou réduit à tout moment par une majorité des associés représentant (i) au moins soixante-quinze pour cent (75 %) des parts du capital social de la Société et (ii) une majorité en nombre d'associés / l'associé unique, conformément au droit luxembourgeois et au présent statuts.

Pour toute souscription en numéraire à une augmentation de capital, chaque part devra être libérée intégralement.

Art. 8. Les parts émises par la Société ont obligatoirement la forme nominative. Un registre des titres doit être conservé au siège social de la Société, où il pourra être consulté par tout associé. Le transfert des parts doit être matérialisé par un acte notarié ou un acte sous seing privé. Les transferts des parts ne sont opposables à la Société ou aux tiers qu'à compter de leur notification auprès de la Société ou de leur acceptation par cette dernière en vertu des dispositions de l'article 1690 du Code Civil. Sur demande de tout associé, un certificat de propriété des parts peut être délivré par la Société à l'associé ayant formulé cette demande.

Art. 9. Les associés ne sont responsables du passif social qu'à concurrence de leurs apports.

Art. 10. Toute part donne droit à une part nette proportionnelle à la quotité de capital qu'elle représente dans les bénéfices et réserves ou dans l'actif social de la Société en cas de distribution ou de liquidation.

Chaque associé pourra bénéficier des dispositions de droit luxembourgeois lors, notamment, de souscription à des augmentations de capital, émission d'obligations, information permanente ou occasionnelle avant la tenue des résolutions des associés / de l'associé unique.

De plus, chaque part donne en outre le droit au vote des résolutions de l'associé unique / l'assemblée générale des associés.

La propriété d'une part comporte de plein droit adhésion aux statuts de la Société et aux résolutions adoptées par l'associé unique / l'assemblée générale des associés.

Art. 11. La Société ne reconnaît qu'un détenteur par part. Les co-propriétaires de parts doivent nommer un représentant unique qui les représentera auprès de la Société. La co-propriété de parts doit être notifiée à la Société dans le mois qui suit sa constitution.

Le droit de vote est exercé par le propriétaire des titres remis en gage.

Art. 12. Les cessions ou transmissions, sous quelque forme que ce soit, des parts détenues par l'associé unique sont libres, sous réserve des restrictions légales applicables.

En cas de pluralité d'associés, le transfert de quelque manière que ce soit de parts à de nouveaux associés, doit être approuvé par les autres associés de la Société par une résolution de l'associé unique / l'assemblée générale, à la majorité des trois quarts (3/4) du capital social.

En cas de décès, les parts de l'associé décédé ne peuvent être transférées à de nouveaux associés qu'après approbation de ce transfert par les autres associés de la Société par une résolution de l'associé unique / l'assemblée générale, à la majorité des trois quarts (3/4) du capital social. Toutefois, une telle approbation n'est pas requise si les parts sont transférées à un parent, un descendant, ou un conjoint survivant.

Art. 13. Le décès, la suspension de droits civils, la banqueroute ou faillite de l'un des associés, ne causeront pas la dissolution de la Société.

Art. 14. Ni les créanciers, ni les cessionnaires, ni les héritiers d'un associé ne peuvent, pour une quelconque raison, apposer des sceaux sur les biens et les documents de la Société.

C. Direction de la société

Art. 15. La Société est dirigée par un Gérant, personne physique ou personne morale, associée ou non de la Société. Une personne salariée de la Société peut être nommée Gérant. Si le Gérant est une personne morale, le Gérant personne morale doit être représenté par son représentant légal ou par tout représentant désigné de façon permanente.

Le Gérant est nommé sur décision de l'associé unique ou par l'assemblée générale des associés délibérant dans les conditions prévues pour les décisions ordinaires.

La durée du mandat du Gérant est fixée à un (1) an prenant fin à l'issue de la consultation annuelle de l'associé unique ou de l'assemblée générale annuelle des associés appelée à statuer sur les comptes annuels de l'exercice écoulé, sauf pour ce qui est du premier exercice fiscal.

Le mandat du Gérant est renouvelable sans limitation.

Les fonctions de Gérant prennent fin soit par le décès, la démission, la révocation, l'expiration de son mandat, soit par l'ouverture à son encontre d'une procédure de redressement ou de liquidation judiciaires.

Le Gérant peut démissionner de son mandat sous réserve de respecter un préavis de quatre-vingt dix (90) jours lequel pourra être réduit par l'associé unique ou par l'assemblée générale des associés.

La démission du Gérant n'est recevable que si elle est adressée à chacun des associés par lettre recommandée.

Le Gérant personne physique sera considéré comme démissionnaire à la date où il aura atteint l'âge de soixante-dix (70) ans révolus.

Le Gérant personne morale associée sera démissionnaire d'office au jour de l'ouverture d'une procédure de redressement ou de liquidation judiciaires à son encontre.

Le gérant est révocable à tout moment par décision de l'associé unique ou par l'assemblée générale des associés délibérant dans les conditions prévues pour les décisions ordinaires et prise à la majorité simple des associés.

La décision de révocation du Gérant peut ne pas être motivée.

La révocation du Gérant, personne morale ou personne physique, dont le mandat social n'est pas rémunéré, ne peut en aucun cas ouvrir droit à versement par la Société d'indemnité de cessation de fonctions.

Le Gérant peut recevoir une rémunération en compensation de la responsabilité et de la charge attachées à ses fonctions dont les modalités de fixation et de règlement sont déterminées par l'associé unique ou par l'assemblée générale des associés délibérant dans les conditions prévues pour les décisions ordinaires.

Cette rémunération peut consister en un traitement fixe ou proportionnel ou à la fois fixe et proportionnel. En outre, le Gérant est remboursé de ses frais de représentation et de déplacement sur justification.

Le Gérant est investi des pouvoirs les plus étendus pour agir en toutes circonstances au nom et pour le compte de la Société et pour engager, sous sa seule signature, la Société à l'égard des tiers.

La Société est engagée même par les actes du Gérant qui ne relèvent pas de l'objet social, à moins qu'elle ne prouve que le tiers savait que l'acte dépassait cet objet ou qu'il ne pouvait l'ignorer compte tenu des circonstances.

Art. 16. La mort ou la démission du Gérant, pour quelque raison que ce soit, ne saurait résulter en la dissolution de la Société.

Art. 17. Le Gérant ne saurait être tenu, en raison de ses fonctions, d'une quelconque responsabilité personnelle résultant des actes régulièrement effectués au nom de la Société

D. Décisions de l'associé unique - Décisions collectives des associés

Art. 18. L'associé unique exercera l'ensemble des pouvoirs dévolus aux assemblées générales en vertu des dispositions de la section XII de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle que modifiée. Ses décisions sont constatées par des procès-verbaux signés par lui et portées dans un registre des assemblées de la Société.

En cas de pluralité d'associés, les décisions collectives sont prises, au choix du Gérant, soit en assemblée générale ou par correspondance, sous réserve des limitations prévues par l'article 193 de la Loi.

Toutefois, les décisions collectives suivantes ne pourront être prises qu'en assemblée générale:

- approbation annuelle des comptes annuels et affectation des bénéfices;
- nomination d'un (des) commissaire(s) aux comptes;
- augmentation, amortissement ou réduction du capital social;
- fusion, scission, apports partiels d'actif;
- transformation en une société d'une autre forme sociale;
- dissolution.

Les résolutions seront proposées aux associés à l'initiative du Gérant, d'un ou plusieurs associés détenant ensemble plus de dix pour cent (10 %) des parts composant le capital social, de tout commissaire aux comptes.

Lorsque l'initiateur de la résolution n'est pas le Gérant, la décision collective est alors automatiquement prise en assemblée générale, à l'exclusion de toute autre moyen.

Chaque associé a le droit de participer à toute décision des associés nonobstant le nombre de parts qu'il détient et dispose d'un nombre de voix égal au nombre de parts qu'il détient.

Les résolutions des associés sont dites ordinaires ou extraordinaires.

a) Sont de nature ordinaire, toutes les décisions qui ne modifient pas les statuts, en ce compris, sans que cette liste soit limitative:

- l'approbation des comptes annuels et l'affectation annuelle des bénéfices;
- le quitus donné au Gérant;
- la nomination du(es) commissaire(s) aux comptes.

Aucun quorum n'est requis.

Sur première convocation, les résolutions sont adoptées à une majorité d'au moins cinquante pour cent (50 %) plus une part des parts du capital social.

Sur deuxième convocation reprenant le même ordre du jour, les résolutions sont adoptées à une majorité simple des parts présentes ou représentées.

b) Sont de nature extraordinaire, toutes les décisions emportant, directement ou indirectement, modification des présents statuts ainsi que celles dont les statuts exigent expressément qu'elles revêtent une telle nature, y compris, sans que cette liste soit limitative:

- l'augmentation, l'amortissement ou la réduction du capital social;
- toute opération de fusion, scission, apports partiels d'actif;
- la transformation de la Société en une autre forme;
- la dissolution de la Société.

Aucun quorum n'est requis.

Ces résolutions sont adoptées à la double majorité suivante:

- au moins soixante quinze pour cent (75%) des parts du capital social de la Société; et
- une majorité en nombre d'associés.

c) Par dérogation aux dispositions qui précèdent, l'adoption ou la modification éventuelle des clauses statutaires relatives à l'inaliénabilité temporaire des parts, aux limitations au droit de préemption des associés en cas de cession de parts, au changement de nationalité de la Société, à la procédure d'agrément de tout cessionnaire de parts, au changement de contrôle d'une personne morale associée ou à la procédure d'exclusion des associés, requièrent une décision unanime des associés. De même toute décision de transfert du siège social de la Société à l'étranger, ou toute décision ayant pour effet d'augmenter les engagements financiers d'un ou plusieurs associés ne peut être prise qu'à l'unanimité d'entre eux.

Toute décision des associés, quelque soit son mode d'adoption, doit être constatée par des procès-verbaux signés et reproduits sur les registres de la Société. Les procès-verbaux devront être signés le jour même de l'adoption des décisions par le président de séance.

Les procès-verbaux devront indiquer le mode, le lieu et la date de la consultation, l'identité des associés ou mandataires ayant pris part au vote, le nombre de parts détenues par chacun, les documents et rapports soumis à discussion, un exposé des débats ainsi que le texte de chaque résolution et le résultat du vote.

Les copies ou extraits des procès-verbaux des décisions de l'assemblée générale des associés / de l'associé unique sont valablement certifiés par le Gérant, ou un fondé de pouvoir dûment habilité à cet effet.

Art. 19. Les convocations sont adressées par tous procédés de communication écrite huit (8) jours au moins avant la date prévue pour la réunion ou toute durée inférieure permise par la Loi. La convocation doit mentionner le jour, le lieu et l'ordre du jour de la réunion. L'ordre du jour est arrêté par l'auteur de la convocation.

Dès l'envoi de la convocation, le texte du projet des résolutions proposées et tous documents nécessaires à l'information des associés sont tenus à leur disposition au siège social où ils peuvent en prendre connaissance ou copie. Les associés peuvent demander que ces documents leur soient adressés par simple lettre, ou à leurs frais par lettre recommandée.

Lorsque l'ordre du jour porte sur la reddition des comptes annuels, doivent être joints à la convocation le rapport de la gérance contenant un exposé sommaire de la situation de la Société au cours de l'exercice écoulé ainsi que, le cas échéant, le rapport du ou des commissaires aux comptes.

Les réunions de l'assemblée générale ont lieu au siège social ou en tout autre endroit indiqué dans la convocation.

L'assemblée est présidée par le Gérant; à défaut, l'assemblée élit son président de séance en début de réunion. A chaque assemblée est tenue une feuille de présences.

Les associés peuvent se faire représenter aux délibérations de l'assemblée par un autre associé. Chaque mandataire peut disposer d'un nombre illimité de mandats. Les mandats peuvent être donnés par tous procédés de communication écrite.

En cas de consultation écrite, le Gérant doit adresser à chacun des associés par tout moyen écrit, un bulletin de vote, en deux exemplaires, portant les mentions suivantes:

- Sa date d'envoi aux associés;
- La date à laquelle la Société devra avoir reçu les bulletins de vote.
- La liste des documents joints et nécessaires au vote;
- Le texte des résolutions proposées avec, sous chaque résolution, l'indication des options de délibérations (adoption ou rejet);
- L'adresse à laquelle le bulletin doit être retourné.

Chaque associé devra compléter le bulletin de vote en cochant, pour chaque résolution, une case unique correspondant au sens de son vote. Si aucune ou plus d'une case ont été cochées pour une même résolution, le vote sera réputé être un vote de rejet.

Chaque associé doit retourner un exemplaire de ce bulletin de vote dûment complété, daté et signé, à l'adresse indiquée dans la convocation, ou, à défaut, au siège social de la Société.

Le défaut de réponse d'un associé dans le délai indiqué vaut abstention totale de l'associé concerné.

Dans les cinq jours ouvrés suivant la réception du dernier bulletin de vote, le Gérant, établit, date et signe le procès-verbal des délibérations.

E. Information accessible aux Associés

Art. 20. En plus des informations requises par la loi, tout associé a le droit, à toute époque, de prendre connaissance des statuts de la Société ainsi que des documents ci-après concernant les trois derniers exercices sociaux:

- la liste des associés avec le nombre de parts dont chacun d'eux est titulaire et, le cas échéant, le nombre de droits de vote attachés à ces parts;
- Les comptes annuels comprenant le bilan, le compte de résultat et l'annexe;
- L'inventaire;
- Les rapports et documents communiqués aux associés à l'occasion de l'adoption des décisions collectives;
- Les procès-verbaux des décisions collectives comportant en annexe, le cas échéant, les pouvoirs des associés représentés.

F. Commissaires aux Comptes

Art. 21. Sur décision de l'associé unique, ou sur décision de l'assemblée générale, ou si la Société remplit deux des trois critères suivants:

- (i) un bilan de plus de 3,125 millions d'euros;
- (ii) un chiffre d'affaires supérieur à 6,25 millions d'euros;
- (iii) 50 salariés ou plus;

le contrôle de la Société est exercé par un ou plusieurs commissaire(s) aux comptes exerçant sa/leur mission conformément à la loi.

Un ou plusieurs commissaires aux comptes suppléants appelés à remplacer le ou les titulaires en cas de refus, d'empêchement, de démission ou de décès, pourront être nommés pour la même durée.

Le/les commissaire(s) aux comptes est/sont nommé(s) pour six (6) exercices sociaux; ses/leurs fonctions expirent à l'issue de l'assemblée générale / décision de l'associé unique appelée à statuer sur les comptes annuels du sixième exercice social.

Le/les commissaire(s) aux comptes est/sont nommé(s) par décision de l'associé unique ou, en cas de pluralité d'associés, par l'assemblée générale délibérant dans les conditions prévues ci-dessus pour les décisions ordinaires.

Le/les commissaire(s) aux comptes est/sont indéfiniment rééligible(s).

G. Exercice social

Art. 22 . L'exercice social commence le 1^{er} janvier et finit le 31 décembre de chaque année. Par exception, le premier exercice commencera le jour de la constitution de la Société et se terminera le 31 décembre 2003.

H. Comptes annuels

Art. 23. Il est tenu une comptabilité régulière des opérations sociales, conformément à la loi.

Chaque année, les comptes annuels seront clos au 31 décembre. Le Gérant dresse l'inventaire des divers éléments de l'actif et du passif de la Société existant à cette date.

Le Gérant prépare les comptes annuels, notamment le bilan, le compte de résultat, et l'annexe. Les comptes devront clairement indiquer les capitaux propres de la Société.

Le Gérant établit le rapport de gestion sur la situation de la Société à l'issue de l'exercice écoulé. Ce rapport doit contenir l'ensemble des informations légales, y compris son évolution prévisible, les événements importants survenus depuis la date de clôture de l'exercice.

Le Gérant établit également tout autre rapport spécial requis par la loi.

Chaque associé peut avoir accès aux documents décrits ci-dessus au siège social de la Société. Ces documents doivent également être mis à la disposition du/des commissaire(s) aux comptes, le cas échéant.

L'assemblée générale / l'associé unique doit approuver les comptes dans un délai de six (6) mois à compter de la clôture de l'exercice.

I. Répartition des bénéfices

Art 24. Le compte de résultat qui récapitule les produits et charges de l'exercice fait apparaître par différence, après déduction des amortissements et des provisions, le bénéfice ou la perte de l'exercice clos.

Sur le bénéfice net (bénéfice de l'exercice diminué, le cas échéant, des pertes antérieures) il est prélevé cinq pour cent au moins pour constituer le fonds de réserve légale. Ce prélèvement cesse d'être obligatoire lorsque le fonds de réserve atteint le dixième du capital social. Les associés peuvent librement disposer du solde.

Le bénéfice distribuable est constitué par le bénéfice de l'exercice, le cas échéant, diminué des pertes antérieures et des sommes à porter en réserve, en application de la loi et des statuts, et augmenté, le cas échéant, du report bénéficiaire des exercices précédents.

Sur ce bénéfice, l'associé unique ou l'assemblée générale peut prélever toutes sommes qu'il ou qu'elle juge à propos d'affecter à la dotation de tous fonds de réserves additionnels, ou de décider de les reporter à nouveau.

Le solde, s'il en existe, est réparti, en cas de pluralité d'associés, par l'assemblée générale des associés entre associés, proportionnellement au nombre de parts appartenant à chacun d'eux.

En outre, l'assemblée générale des associés / l'associé unique peut décider la mise en distribution de sommes prélevées sur les réserves (autre que les réserves légales) dont la Société a la disposition, en indiquant expressément les postes de réserves sur lesquels les prélèvements sont effectués.

Toutefois, les dividendes sont prélevés par priorité sur les bénéfices de l'exercice.

Les pertes, s'il en existe, peuvent après l'approbation des comptes par l'associé unique ou l'assemblée générale des associés, être reportées à nouveau pour être imputées sur les bénéfices des exercices ultérieurs jusqu'à extinction.

J. Acompte sur dividendes / Dividendes

Art. 25. Lorsqu'un bilan intermédiaire établi par le Gérant au cours ou à la fin de l'exercice, certifié par un commissaire aux comptes le cas échéant, fait apparaître que la Société, depuis la clôture de l'exercice précédent, après constitution des amortissements et provisions nécessaires et déduction faite s'il y a lieu des pertes antérieures ainsi que des sommes à porter aux différents comptes de réserve, en application de la loi ou des statuts et augmenté des bénéfices reportés et des réserves distribuables, a réalisé un bénéfice, il peut être distribué aux associés sur décision du Gérant, des acomptes sur dividende avant l'approbation des comptes de l'exercice par l'associé unique / l'assemblée générale des associés dans les limites légales, le cas échéant.

Les modalités de mise en paiement des dividendes en numéraire sont fixées par décision du Gérant.

L'assemblée générale des associés ou l'associé unique, en conformité avec toutes les dispositions légales applicables, peut opter pour un paiement ou accorder une option entre le paiement, de tout ou partie du dividende ou des acomptes sur dividendes en numéraire ou en parts sociales.

Aucune répétition de dividendes ne peut être exigée d'un associé sauf lorsque la distribution a été effectuée en violation des dispositions légales et pour autant que la Société établisse que le ou les bénéficiaires avaient connaissance du caractère irrégulier de cette distribution ne pouvant l'ignorer compte tenu des circonstances.

K. Transformation

Art. 26. La Société peut se transformer en société d'une autre forme dans les conditions de quorum et de majorité requises par les statuts et la loi. Avant cette transformation, la Société devra se conformer avec l'ensembles des dispositions légales applicables.

L. Dissolution - Liquidation

Art. 27. La Société est dissoute par décision de l'associé unique / l'assemblée générale des associés dans les conditions fixées pour les décisions extraordinaires.

En cas de dissolution de la Société en présence d'une pluralité d'associés, la Société sera liquidée par un ou plusieurs liquidateurs, qui n'ont pas besoin d'être des associés, et qui seront nommés par l'assemblée générale des associés qui déterminera leurs pouvoirs et leurs honoraires. Sauf disposition contraire, les liquidateurs bénéficieront des pouvoirs les plus étendus pour la réalisation des actifs et le paiement des dettes de la Société.

La personnalité morale de la Société subsiste pour les besoins de sa liquidation jusqu'à la clôture de celle-ci

Les parts de la Société demeurent négociables jusqu'à la clôture de la liquidation.

Art. 28. L'ensemble des domaines non couverts par ces statuts seront déterminés en conformité avec la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle que modifiée.

Souscription et Paiement

Les cinq cent (500) parts sociales ont été entièrement souscrites par EURAZEO SA, précitée

Les parts ainsi souscrites sont totalement libérées par un apport en numéraire de douze mille cinq cent euros (12.500,- EUR).

Les douze mille cinq cent euros (12.500,- EUR) apportés au capital social, sont désormais disponibles pour la Société, comme il en a été justifié auprès du notaire soussigné.

Dépenses

Les dépenses, coûts, rémunérations ou frais en tout genre qui devront être pris en charge par la Société du fait de son immatriculation sont estimés à mille huit cents euros.

Résolution de l'associé unique

La personne précitée, représentant la totalité du capital souscrit et dûment convoquée, a immédiatement procédé à l'adoption des résolutions suivantes:

1. le siège social de la Société sera 8-10 rue Mathias Hardt, L-1717 Luxembourg;

2. La personne suivante est nommée comme Gérant de la Société:

- Monsieur Patrick Sayer, né à Neuilly sur Seine (92200), France, le 20 novembre 1957, résidant au 125, boulevard Maeshherbes, 75017 Paris;

3. Les fonctions du Gérant ne seront pas rémunérées.

4. Le mandat du Gérant prendra fin lors de l'assemblée générale des associés / la résolution de l'associé unique amené(e) à se prononcer sur les comptes annuels de l'exercice clos au 31 décembre 2003.

5. Le commissaire aux comptes suivant est nommé commissaire aux comptes de la Société en conformité avec la loi pour une durée de six (6) ans, son mandat prenant fin lors de l'approbation des comptes annuels par l'assemblée générale des associés / sur résolution de l'associé unique du sixième exercice social:

ERNST & YOUNG

10, rue Jean Monnet

L-2180 Luxembourg.

La rémunération du commissaire aux comptes est déterminée en fonction de la réglementation applicable.

6. Les actes suivants entrepris par la Société en cours de constitution sont approuvés aux fins des présentes et repris par la Société:

- ouverture d'un compte bancaire pour les besoins du dépôt du capital social auprès du CREDIT LYONNAIS, Luxembourg;

- domiciliation de la Société auprès de MERCURIA SERVICES S.A. et signature de l'accord s'y rapportant.

Le présent acte notarié a été établi au Luxembourg, à la date figurant au début des présentes, à la fois en anglais et en français. En cas d'incohérence ou de divergence entre ces deux versions, la version anglaise de cet acte notarié prévaudra entre les associés, à l'égard de la Société et des tiers.

Le notaire soussigné qui comprend et parle l'anglais, constate que sur demande du/des comparant(s), le présent acte est rédigé en langue anglaise suivi d'une version française; sur demande du/des même(s) comparant(s), le texte anglais fera foi en cas de divergences entre les deux.

Et après lecture faite et interprétation donnée au comparant, connu du notaire instrumentaire par ses nom, prénom usuel, état et demeure, le comparant a signé le présent acte avec le notaire.

Signé: M. Elvinger, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 2 avril 2003, vol. 138S, fol. 67, case 4. – Reçu 125 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 9 mars 2003.

J. Elvinger.

(017222.3/211/668) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 24 avril 2003.

COOLING WATERGROUP S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1219 Luxembourg, 17, rue Beaumont.

R. C. Luxembourg B 73.422.

Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Statutaire des Actionnaires

tenu au siège social à Luxembourg, le 12 mars 2003

Monsieur Heitz Jean-Marc, Madame Scheifer-Gillen Romaine et Monsieur Arno' Vincenzo sont renommés administrateurs pour une nouvelle période de trois ans. Monsieur Innocenti Federico est renommé commissaire aux comptes pour la même période. Leurs mandats viendront à échéance lors de l'assemblée générale statutaire de l'an 2006.

Pour extrait sincère et conforme

COOLING WATERGROUP S.A.

V. Arno' / J-M. Heitz

Administrateur / Administrateur

Enregistré à Luxembourg, le 10 avril 2003, réf. LSO-AD02363. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(015846.3/545/17) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

ALOKAN S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II.
R. C. Luxembourg B 92.593.

STATUTS

L'an deux mille trois, le vingt mars.

Par-devant Maître Frank Baden, notaire de résidence à Luxembourg.

Ont comparu:

1) COMPAGNIE FINANCIERE DE GESTION LUXEMBOURG S.A., société anonyme, ayant son siège social à L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II, ici représentée par son directeur Monsieur Jacques dit Sam Reckinger, maître en droit, Luxembourg, 40, boulevard Joseph II.

2) Monsieur Marco Neuen, fondé de pouvoirs principal, Luxembourg, 40, boulevard Joseph II.

Lesquels comparants ont arrêté ainsi qu'il suit les statuts d'une société anonyme qu'ils vont constituer entre eux:

Dénomination - Siège - Durée - Objet - Capital

Art. 1^{er}. Il est formé une société anonyme sous la dénomination de ALOKAN S.A.

Art. 2. Le siège social est établi à Luxembourg.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, sans que toutefois cette mesure ne puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

Art. 3. La durée de la société est illimitée.

Art. 4. La société a pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres sociétés luxembourgeoises ou étrangères, ainsi que la gestion, le contrôle et la mise en valeur de ces participations.

Elle peut notamment acquérir par voie d'apport, de souscription, d'option, d'achat et de toute autre manière des valeurs mobilières de toutes espèces et les réaliser par voie de vente, cession, échange ou autrement.

La société peut également acquérir et mettre en valeur tous brevets et autres droits se rattachant à ces brevets ou pouvant les compléter.

La société peut emprunter et accorder aux sociétés dans lesquelles elle possède un intérêt direct ou indirect tous concours, prêts, avances ou garanties.

La société pourra faire en outre toutes opérations commerciales, industrielles et financières, tant mobilières qu'immobilières aussi bien au Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger.

Art. 5. Le capital social est fixé à un million cinq cent trente-quatre mille huit cent quatre-vingt-seize euros (EUR 1.534.896,-) représenté par quarante-deux mille six cent trente-six (42.636) actions sans désignation de valeur nominale.

Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire, à l'exception de celles pour lesquelles la loi prescrit la forme nominative.

Les actions de la société peuvent être créées, au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

La société peut procéder au rachat de ses propres actions dans les conditions prévues par la loi.

Administration - Surveillance

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non.

Les administrateurs sont nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans, ils sont rééligibles et toujours révocables.

En cas de vacance d'une place d'administrateur, les administrateurs restants ont le droit d'y pourvoir provisoirement; dans ce cas l'assemblée générale, lors de sa première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 7. Le Conseil d'Administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social; tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de sa compétence.

Art. 8. Le Conseil d'Administration désigne parmi ses membres un président; en cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.

Le Conseil d'Administration ne peut délibérer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donné par écrit, télégramme, télex ou télécopie, étant admis. En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme, télex ou télécopie.

Les décisions du Conseil d'Administration sont prises à la majorité des voix; en cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

Art. 9. Le Conseil peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants ou autres agents, actionnaires ou non.

La délégation à un membre du Conseil d'Administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

Art. 10. La société se trouve engagée soit par la signature collective de deux administrateurs, soit par la signature individuelle du délégué du conseil.

Art. 11. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans, rééligibles et toujours révocables.

Année sociale - Assemblée générale

Art. 12. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre.

Art. 13. Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales. Elles ne sont pas nécessaires lorsque tous les actionnaires sont présents ou représentés, et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour.

Le Conseil d'Administration peut décider que pour pouvoir assister à l'assemblée générale, le propriétaire d'actions doit en effectuer le dépôt cinq jours francs avant la date fixée pour la réunion, tout actionnaire aura le droit de voter en personne ou par mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne droit à une voix.

Art. 14. L'assemblée des actionnaires de la société régulièrement constituée représente tous les actionnaires de la société. Elle a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Art. 15. L'assemblée générale décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Le Conseil d'Administration est autorisé à verser des acomptes sur dividendes en se conformant aux conditions prescrites par la loi.

Art. 16. L'assemblée générale annuelle se réunit le premier jeudi du mois de juin à dix heures à Luxembourg au siège social ou à tout autre endroit à désigner par les convocations.

Si ce jour est un jour férié, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

Art. 17. La loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales ainsi que ses modifications ultérieures trouveront leur application partout où il n'y est pas dérogé par les présents statuts.

Dispositions transitoires

1) Le premier exercice social commence le jour de la constitution et se termine le trente et un décembre deux mille trois.

2) La première assemblée générale ordinaire annuelle se tiendra en deux mille quatre.

Souscription et libération

Les statuts de la société ayant ainsi été arrêtés, les comparants préqualifiés déclarent souscrire les actions comme suit:

1) COMPAGNIE FINANCIERE DE GESTION LUXEMBOURG S.A., prénommée, quarante-deux mille six cent trente-cinq actions	42.635
2) Monsieur Marco Neuen, prénommé, une action	1
Total: quarante-deux mille six cent trente-six actions	42.636

Toutes les actions ont été entièrement libérées par des versements en espèces, de sorte que la somme de un million cinq cent trente-quatre mille huit cent quatre-vingt-vingt-seize euros (EUR 1.534.896,-) se trouve dès maintenant à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en est justifié au notaire soussigné.

Déclaration

Le notaire rédacteur de l'acte déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales, et en constate expressément l'accomplissement.

Estimation des frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à charge en raison de sa constitution, s'élève approximativement à la somme de EUR 18.000,-.

Assemblée générale extraordinaire

Et à l'instant les comparants, préqualifiés, représentant l'intégralité du capital social, se sont constitués en assemblée générale extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués, et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris, à l'unanimité les résolutions suivantes:

1) Le nombre des administrateurs est fixé à trois et celui des commissaires à un.

2) Sont appelés aux fonctions d'administrateur:

a) Monsieur Jacques dit Sam Reckinger, maître en droit, L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II, né à Luxembourg, le 14 mars 1965;

b) Monsieur Marco Neuen, Fondé de Pouvoirs Principal, L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II, né à Differdange, le 18 mai 1952,

c) Monsieur René Schlim, Fondé de Pouvoirs Principal, L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II, né à Luxembourg, le 8 mai 1953.

3) Est appelée aux fonctions de commissaire: FIDUCIAIRE DE LUXEMBOURG S.A., société anonyme, ayant son siège social à L-1840 Luxembourg, 38, boulevard Joseph II, R. C. Luxembourg B 34.978.

4) Les mandats des administrateurs et commissaire prendront fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle de deux mille huit.

5) Le siège social est fixé à L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, 40, boulevard Joseph II, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, tous, connus du notaire instrumentant par nom, prénom usuel, état et demeure, ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: J. Reckinger, M. Neuen, F. Baden.

Enregistré à Luxembourg, le 21 mars 2003, vol. 138S, fol. 51, case 12. – Reçu 15.348,96 euros.

Le Receveur (signé): Muller.

Pour expédition conforme, délivrée à la société sur sa demande, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 2 avril 2003.

F. Baden.

(014246.3/200/129) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 10 avril 2003.

BlueBirds II PARTICIPATIONS, Société à responsabilité limitée.

Registered office: L-1717 Luxembourg, 8-10, rue Mathias Hardt.

R. C. Luxembourg B 92.847.

STATUTES

In the year two thousand three, on the twenty-fifth day of March.

Before the undersigned Maître Joseph Elvinger, notary public, residing in Luxembourg (Grand Duchy of Luxembourg).

Has appeared:

EURAZEO S.A., a société anonyme existing and incorporated under the laws of France, having its registered office at 3, rue Jacques Bingen, 75017 Paris, registered at the Paris registry of commerce and companies under number R. C. S. Paris 692 030 992, hereby represented by Mr Patrick Sayer, residing at 125, boulevard Malesherbes, 75017 Paris, in his capacity as Président du Directoire by virtue of a proxy, given to Mr Marc Elvinger, on nineteenth March 2003.

The said proxy, initialled ne varietur by the appearing party and the undersigned notary, will remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities.

Such appearing party, acting in its hereinabove stated capacity, has required the undersigned notary to enact the deed of incorporation of a private limited company (société à responsabilité limitée) which he declares organized among itself and the articles of incorporation which shall read as follows:

A. Purpose - Duration - Name - Registered office

Art. 1. There is hereby established among the current owner of the shares created hereafter and all those who may become shareholders in the future, a private limited company (société à responsabilité limitée) (hereinafter the «Company») which shall be governed by the Luxembourg law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended, as well as by the present articles of incorporation.

Art. 2. The purpose of the Company is, in Luxembourg or abroad:

- the purchase and sale of stakes in the share capital of commercial companies having their registered address in France, Luxembourg or elsewhere and whose principal activities are the commercial exploitation of communication satellites;

- more generally, any type of transactions, be it of a commercial, civil, economic, legal, industrial or financial nature, that are necessary or useful, directly or indirectly, for the accomplishment of the above purpose or of any other similar, complementary or related purpose;

- the investment or holding of interests, of any form whatsoever, directly or indirectly, in any activities or operations, be it of a commercial, industrial, financial, movable or immovable nature, in Luxembourg or abroad, in any form whatsoever, provided that said activities or operations are linked, directly or indirectly, to the above purpose or to any similar, complementary or related purpose; and

- the issuance of guarantees or loans, of any form whatsoever, benefiting, directly or indirectly, to legal entities in the share capital of which the Company owns or shall own a direct or indirect stake.

Art. 3. The Company is incorporated for an unlimited period.

Art. 4. The Company will assume the name of BlueBirds II PARTICIPATIONS.

Art. 5. The registered office of the Company is established in Luxembourg. It may be transferred to any other place in the Grand Duchy of Luxembourg by way of a resolution of a shareholders' meeting /resolution of the sole shareholder. Branches or other offices may be established either in Luxembourg or abroad.

B. Share Capital - Shares

Art. 6. The Company's share capital is set at twelve thousand five hundred euros (EUR 12,500.-) represented by five hundred (500) shares with a par value of twenty five euros (EUR 25.-) each.

Art. 7. The share capital may be increased or reduced at any time by a majority of the shareholders representing (i) at least seventy-five percent (75%) of the shares of the Company's share capital and (ii) a majority in the number of shareholders/the sole shareholder, in accordance with the Luxembourg Law and the present by-laws.

Upon subscription in cash to any capital increase, each share shall be paid-up in full.

Art. 8. All shares shall consist in registered shares. A share registry shall be kept at the Company's registered office, where it will be available for inspections by any shareholder. Transfers of shares must be evidenced by a notarial instrument or by a private deed. Transfers of shares shall not be valid vis-à-vis the Company or third parties until they shall

have been notified to the Company or accepted by it in accordance with the provisions of article 1690 of the Civil Code. Upon request from any shareholder, a certificate of ownership shall be delivered by the Company to the requesting shareholder.

Art. 9. Any shareholder is liable of the Company's debt up to the amount of his contribution to the Company's social capital.

Art. 10. Each share shall procure a proportional right in the profits and reserves or in the assets of the Company upon any distribution or liquidation.

Each shareholder shall benefit from the rights provided by the Luxembourg law upon events such as subscription to a capital increase, issuance of bonds, permanent or occasional information in advance of shareholder's resolutions.

Moreover, each share is entitled to vote at any resolutions of the shareholders' meeting/sole shareholder.

Ownership of the Company's shares involves automatically adherence to the Company's by-laws and to the resolutions that were adopted by the shareholders' meeting / the sole shareholder.

Art. 11. The Company will recognize only one holder per share. The co-owners shall appoint a single representative who shall represent them towards the Company. The co-ownership of shares must be notified to the Company within one (1) month from its occurrence.

The voting rights shall vest with the owner of the shares that are subject to a pledge.

Art. 12. The Company's shares are freely transferable, by any means whatsoever, by the sole shareholder, subject to all applicable legal restrictions.

In case of more than one shareholder, transfer, by any means whatsoever, to new shareholders shall be subject to the approval of such transfer given by the other shareholders in a shareholders' meeting/resolution, at a majority of not less than three quarters (3/4) of the share capital.

In the event of death, the shares of the deceased shareholder may only be transferred to new shareholders subject to the approval of such transfer given by the other shareholders in a shareholders' meeting/resolution, at a majority of not less than three quarters (3/4) of the share capital. Such approval is, however, not required in case the shares are transferred either to parents, descendants or the surviving spouse.

Art. 13. The death, suspension of civil rights, bankruptcy or insolvency of one of the shareholders will not cause the dissolution of the Company.

Art. 14. Neither creditors, nor assigns, nor heirs of a shareholder may for any reason affix seals on assets or documents of the Company.

C. Management

Art. 15. The Company is managed by one or several Manager(s) («Gérant(s)»), physical person or legal entity, which do not need to be a shareholder. An employee of the Company may be appointed as Manager. In the case of a legal entity, the legal entity Manager shall be represented by its legal representative or by any appointed permanent representative.

The Manager(s) is/are appointed by the shareholders' meeting, under the conditions set forth for ordinary resolutions, or by the sole shareholder. The term of office of the Manager(s) shall be of one (1) year expiring on the date of the resolution of the sole shareholder/the shareholders' meeting voting on the approval of the annual accounts for the closed fiscal year, except in respect of the first fiscal year.

The office of a Manager is renewable without limitations.

The office of a Manager shall cease either upon death, resignation, revocation, expiry of his term of office, or upon opening of a bankruptcy proceedings against him under applicable Law.

A Manager may resign from his office by given an advance notice of not less than ninety (90) days, which may be reduced by decision of the sole shareholder or by the shareholders' meeting.

The resignation shall only be effective if it is addressed to each shareholder by registered mail.

A Manager shall be deemed resigning as of the date he will reach seventy (70) years of age.

Any legal entity Manager shall be deemed resigning automatically upon opening of a bankruptcy proceedings against it under applicable law.

A Manager may be revoked at any time by decision of the sole shareholder/shareholders' meeting, under the conditions set forth for ordinary resolutions and adopted at a simple majority of the share capital.

The decision to revoke a Manager does not need to be motivated.

The revocation of a Manager, whether physical person or legal entity, whose office is not remunerated, may not give right to any indemnification.

Each Manager may be entitled to a remuneration for the carrying out of his office, whose amount and payment modalities shall be determined by the sole shareholder/the shareholders' meeting, under the conditions set forth for ordinary resolutions.

This remuneration may consist in a fix and/or variable part. In addition, each Manager shall be reimbursed from any expenses incurred in the carrying-out of his office.

Each Manager is vested with the broadest powers to act in the name and on behalf of the Company in all circumstances. In the case the Company has more than one Manager, the Managers may bind the Company towards third parties by their joint signature, exclusively. The Company shall also be bound towards third parties by the signature(s) of any person(s) to whom such signatory power shall have been delegated jointly by all the Managers.

The Company shall be bound even by acts of the Manager(s) that would be beyond the corporate purpose, unless the Company succeeds in establishing that the third party knew that said act was beyond the corporate purpose or that he could not ignore it due to the surrounding circumstances.

Art. 16. The death or resignation of a Manager, for any reason whatsoever, shall not cause the dissolution of the Company.

Art. 17. The Manager(s) do not assume, by reason of its/their position, any personal liability in relation to commitments regularly made by him/them in the name of the Company.

D. Decisions of the sole shareholder - Collective decisions of the shareholders

Art. 18. The sole shareholder shall exercise all powers entrusted to the shareholders' meeting under the provisions of section XII of the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended. His decisions shall be evidenced by minutes which he shall sign and which shall be reproduced in the Company's corporate books.

In case of plurality of shareholders, the resolutions shall be adopted at the choice of a Manager, either at a shareholders' meeting or by correspondence, subject to the limitations set forth under article 193 of the Law.

The following resolutions may only be adopted at shareholders' meetings:

- approval of the annual accounts and allocations of profits;
- appointment of statutory auditor(s);
- capital increase, reduction of capital or share redemption;
- merger, split, partial contribution of assets;
- conversion of the Company into another corporate format;
- dissolution.

Resolutions shall be proposed to the shareholders at the initiative of a Manager, by one or more shareholder(s) holding together more than 10% of the share capital or any statutory auditor.

When the initiator of the resolution is not a Manager, the resolution is automatically adopted at a shareholders' meeting at the exclusion of any other means.

Each shareholder may participate at any resolutions of the shareholder irrespective of the number of shares he owns and dispose of a number of vote equal to the number of shares he owns.

Resolutions are either of an ordinary or extraordinary nature.

a) are of an ordinary nature, any decision which does not entail a modification of the present by-laws, including, without limitations:

- the approval of annual accounts and allocation of annual profits;
- discharge given to a Company's Manager;
- appointment of statutory auditor(s).

No quorum is required.

Upon a first convocation, the resolutions are adopted by a majority of at least fifty (50%) plus one (1) share of the Company's social capital.

Upon a second convocation on the same agenda, the resolutions are adopted by a simple majority of the shares present or represented.

b) are of an extraordinary nature, any decision which does entail, directly or indirectly, a modification of the present by-laws or which are subject to the same requirement pursuant to the present by-laws, including, without limitations:

- capital increase, share redemption or reduction of capital;
- any merger, split, partial contribution of assets;
- the conversion of the Company into a company of a different format;
- the dissolution of the Company.

No quorum is required.

The resolutions are adopted by the following double majority:

- at least seventy-five percent (75%) of the shares of the Company's social capital; and
- a majority in the number of shareholders.

c) By way of exception to the above provisions, the possible adoption or modification of statutory provisions regarding the temporary non-transferability of the Company's shares, restriction to the shareholders' preemption rights upon transfer of shares, the change in the nationality of the Company, the prior approval of any transferee, change of control of any legal entity shareholder or the procedure to exclude a shareholder, shall require the unanimous vote of the shareholders. Similarly, any decision to transfer the Company's registered office abroad or any decision the effect of which would be to increase the financial commitments of a shareholder, can only be adopted by a unanimous decision.

Any shareholders' decision, adopted by any means whatsoever, shall be evidenced in minutes which shall be signed and reproduced in the Company's corporate books. Minutes shall be signed on the same day as the adoption of the decisions by the Chairman of the meeting.

The minutes shall indicate the convocation mode, the date and place of the consultation, the identity of the shareholders and proxy-holders who have taken part to the votes, the number of shares owned by each of them, the documents and reports submitted to the discussion, a summary of the debate as well as the text of each proposed resolution and the result of the votes.

Copies and extracts of the minutes of the shareholders' meetings / resolutions of the sole shareholder shall be validly certified by a Manager or a duly authorized proxy-holder.

Art. 19. Convocations are sent by any written means at least eight (8) days in advance of the date scheduled for the meeting or any lesser period as permissible under the Law. The convocation shall indicate the date, place and agenda of the meeting. The agenda is established by the author of the convocation.

As of dispatch of the convocation, the draft resolutions and all documents necessary for the information of the shareholders are communicated and kept at their disposal at the Company's registered office where copies can be made. Any shareholder may request that these documents be dispatched to them by ordinary mail or at their own costs by registered mail.

When the agenda of the meeting includes the approval of the annual accounts, the management report containing a summary description of the Company's situation during the accounting year closed must be attached to the convocation and, as the case may be, a report of the statutory auditor.

Shareholders' meeting are held at the registered office or at any other place indicated in the convocations.

The meeting is chaired by a Manager or, in his/their absence, by a shareholder specially appointed for this purpose at the beginning of the meeting. Each shareholder shall sign the attendance list.

The shareholders may be validly represented at the meeting by another shareholder. Each shareholder may hold an unlimited number of proxies. Proxies may be given by any written means.

Upon consultation in writing, a Manager shall address to each shareholder by any written means, a bulletin, in two originals, bearing the following information:

- the date at which the bulletin has been sent;
- the date at which the bulletin must be returned;
- the list of documents attached to the convocation and necessary to cast a vote;
- the language of the proposed resolutions with, in each case, the available options (adoption, rejection);
- the address at which the bulletin must be returned.

Each shareholder will need for each resolution to mark the bulletin in the box corresponding to the meaning of his vote. In the case where more than one box has been marked for a single resolution, the vote shall be counted as a negative one.

Each shareholder must return one original of the bulletin, duly filled-in, dated and signed, to the address indicated in the convocation or, if none, to the Company's registered address.

Failure by a shareholder to return the bulletin within the above-mentioned period shall be deemed to amount to a total abstention of the shareholder concerned.

Within a five (5) business days period following the reception of the last bulletin, a Manager shall draft, date and sign the minutes of the resolutions.

E. Information available to shareholders

Art. 20. In addition to the information required by Law, any shareholder shall have access at any time to the Company's by-laws as well as to the following documents regarding the last three (3) accounting year:

- the list of shareholders, with the number of shares owned by each of them, and, as the may be, the number of voting rights attached to these shares;
- annual accounts (balance sheet, profit and loss statement, annex)
- inventory;
- reports and documents communicated to the shareholders upon adoption of shareholders' resolutions;
- minutes of the shareholders' resolutions, with the proxies annexed thereto.

F. Statutory auditor

Art. 21. Upon decision of the sole shareholder or the shareholders' meeting or upon the Company meeting at least two out of the three of the following criteria:

- (i) a total balance sheet of more than 3.125 million euros;
- (ii) a turnover higher than 6.25 million euros;
- (iii) 50 employees,

the Company shall be audited by one or more statutory auditors whose mission shall be that provided by Law.

One or more deputy statutory auditors may be appointed for the same duration, in case of death, refusal, resignation or incapacity of the principal statutory auditors.

Statutory auditor(s) shall be appointed for six (6) fiscal years. His/their office shall expire automatically upon expiry of the shareholders' meeting /resolution of the sole shareholder called to approve the annual accounts of the sixth fiscal year.

Statutory auditor(s) is/ are appointed by decision of the sole shareholder / shareholders' meeting under the conditions set forth above for ordinary resolutions.

Statutory auditor(s) may be re-appointed without limitations.

G. Fiscal year

Art. 22. The Company's fiscal year shall commence on the 1st of January and end on the 31st of December of the same year. By exception, the first accounting year shall start on the date of incorporation of the Company and end on 31st December 2003.

H. Annual accounts

Art. 23. The Company's accounting documents shall be kept according to Law.

Each year on the 31st of December the accounts are closed and the Manager(s) shall prepare an inventory including an indication of the value of the Company's assets and liabilities then existing.

The Manager(s) shall prepare the annual accounts, including a balance sheet, profit and loss statements and the annex. The accounts will clearly indicate the Company's own funds.

The Manager(s) shall prepare the management report on the situation of the Company at the end of the fiscal year. Said report shall contain all information required by Law, including, the likely forecast, significant events that occur since the closure of the fiscal year.

The Manager(s) shall also prepare any other special report required by Law.

Each shareholder may inspect the above documents at the Company's registered office. These documents shall also be put at the disposal of the Company's statutory auditors, if any.

The shareholders' meeting / the sole shareholder shall approve the annual accounts within a six (6) month period as of the closure of the fiscal year.

I. Allocation of profits

Art. 24. The income statement shall summarize the revenues and expenses of the fiscal year and the balance, after deduction of provisions and amortizations, shall indicate the profits or loss of the fiscal year.

Five (5%) per cent of the net profit (profits of the fiscal year, reduced, as the case may be, by losses of the previous years), are set aside for the funding of the legal reserve, until such reserve amounts to ten (10%) per cent of the Company's share capital. The balance may be freely disposed of by the shareholders.

Distributable profits consist in the profits of the fiscal year, reduced, as the case may be, by losses of the previous year and by amounts used to fund the legal or statutory reserve, and increased, as the case may be, by profits carried-forward from previous fiscal years.

From these profits, the shareholders' meeting / sole shareholder may decide to withhold any amount for the purpose of funding an additional reserve account. The shareholders' meeting / sole shareholder may also decide to carry these profits forward.

The balance, if any, is allocated, in case of plurality of shareholders, by a decision of the shareholders' meeting amongst the shareholders proportionally to the number of shares owned by each of them.

The shareholders' meeting / sole shareholder may decide to make distribution out of the amounts put on reserve accounts (other than the legal reserve) and which are available to the Company, by indicating in detail the reserve accounts from which these amounts must be withdrawn. Nonetheless, dividends are paid by priority from the profits of the closed fiscal year.

Losses, if any, further to the approval of the annual accounts by the shareholders' meeting/sole shareholder, may be carried-forward and be set-off against the profits of future fiscal years, until exhaustion.

J. Interim dividends / Dividends

Art. 25. When it results from an interim accounts established by the Manager(s) during or at the end of the accounting year, as audited by the statutory auditor(s), if any, that the Company, since the closure of the previous fiscal year, and after deduction of necessary provisions, amortizations, losses carried forward, and the amounts necessary to fund the various reserve accounts as required by Law or by these by-laws, but increased by carried-forward profits and distributable reserves, has realized a profit, said profit may be distributed to the shareholder(s) by decision of the Manager(s), in the form of interim dividends prior to the approval of the annual accounts for the current fiscal year by the shareholders' meeting / sole shareholder, subject to applicable legal restrictions, if any.

The Manager(s) shall determine the modalities of payment of dividends in cash.

The shareholders' meeting or the sole shareholder may opt, under all applicable legal requirements, for the payment of any portion of the dividends or interim-dividends in shares rather than in cash or give the option to each shareholder between the two mode of payments.

No re-payment of dividends may be requested from a shareholder unless that distribution has been carried-out in violation of applicable legal requirements and provided that the Company succeeds in establishing that the beneficiary(ies) knew or should have known this fact, based on all applicable circumstances.

K. Conversion

Art. 26. The Company may be converted into a company of another corporate format under the quorum and majority rules set forth in these by-laws and by Law. Prior to said conversion, the Company will have to comply with all applicable legal requirements.

L. Dissolution - Liquidation

Art. 27. The Company shall be dissolved by decision of the sole shareholder / shareholders' meeting under the conditions set forth for extraordinary resolutions.

Upon a dissolution of the Company with more than one shareholder, the Company shall be liquidated by one or more liquidators, who do not need to be shareholders, and who shall be appointed by the shareholders' meeting which will determine their powers and fees. Unless otherwise provided, the liquidators shall have the most extensive powers for the realization of the assets and payment of the liabilities of the Company.

The legal personality of the Company shall continue for the purpose of its liquidation until the closure thereof.

The Company's shares shall remain freely negotiable until the closure of the liquidation.

Art. 28. All matters not governed by these articles of incorporation shall be determined in accordance with the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended (the «Law»).

Subscription and Payment

The five hundred (500) shares have been entirely subscribed by EURAZEO S.A., prenamed

The shares so subscribed are fully paid-up by contribution of twelve thousand five hundred (12,500.- EUR) euros.

The amount of twelve thousand five hundred (12,500.-) euros allocated to the share capital, is as of now available to the Company, as it has been justified to the undersigned notary.

Expenses

The expenses, costs, remunerations or charges, in any form whatsoever, which shall be borne by the Company as a result of its incorporation are estimated at approximately thousand eight hundred euros.

Resolutions of the sole shareholder

The above named person, representing the entire subscribed capital and considering himself as duly convened, has immediately proceeded to adopt the following resolutions:

1. The registered office of the Company shall be 8-10, rue Mathias Hardt, L-1717 Luxembourg;
2. The following persons are appointed as Managers of the Company:
 - Mr Pierre Beissel, born in Luxembourg, on 25 April 1973, having its professional address at 14, rue Erasme, L-1468 Luxembourg
 - Mr Patrick Sayer, born in Neuilly sur Seine (92200), France, on November 20, 1957, residing at 125 boulevard Malesherbes, 75017 Paris;
3. The office of each Manager shall not be remunerated.
4. The term of office of each Manager shall end at the shareholders' meeting/resolution of the sole shareholder called to approve the annual accounts for the fiscal year closed on December 31, 2003.
5. The following auditor is appointed to act as the Company's statutory auditor in accordance with the Law for a term of six (6) years, expiring upon the approval by the shareholders' meeting/sole shareholder of the annual accounts closed for the sixth fiscal year:

ERNST & YOUNG
10, rue Jean Monnet
L-2180 Luxembourg.

The remuneration of the statutory auditor is determined as per the applicable regulations.
6. The following acts which were carried out by the Company while in the process of incorporation are hereby approved and carried-over by the Company:
 - opening of a bank account for the purpose of deposit of the social capital opened with CREDIT LYONNAIS, Luxembourg;
 - domiciliation of the Company with MERCURIA SERVICES S.A. and signature of relevant agreement.

Whereof the present notary deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document, in both the English and French language. In case of discrepancy or inconsistency between both versions, the English version of the deed shall prevail between the shareholders, the Company and any third parties.

The document having been read to the person appearing, known to the undersigned notary by their name, first name, civil status and residences, the said persons appearing signed together with the notary the present deed.

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on the request of the above appearing person(s), the present deed is worded in English, followed by a French translation; on the request of the same appearing person(s), the English version will prevail in case of differences between the English and French text.

Suit la traduction française de ce qui précède:

En l'an deux mille trois, le vingt-cinq mars.

Devant Maître Joseph Elvinger, notaire, domicilié à Luxembourg, (Grand-Duché du Luxembourg).

A comparu la soussignée:

EURAZEO S.A., société anonyme de droit français dont le siège social se trouve au 3, rue Jacques Bingen, 75017 Paris, immatriculée au registre du commerce et des sociétés de Paris sous le numéro R. C. S. Paris 692 030 992, dûment représentée par Monsieur Patrick Sayer, résidant 125 Boulevard Malesherbes, 75017 Paris, en sa qualité de Président du Directoire, elle-même représentée par Monsieur Marc Elvinger, en vertu d'une délégation de pouvoir à cet effet, en date du dix-neuf mars 2003.

Ladite délégation de pouvoir, comportant la mention ne varietur par la partie présente et le notaire soussigné, demeurera annexée au présent acte et sera enregistrée en même temps que ce dernier auprès des autorités d'enregistrement.

Ladite partie comparaissant, en sa capacité telle que mentionnée ci-dessus, a demandé au notaire soussigné, de passer l'acte constitutif d'une société à responsabilité limitée, qu'il déclare constituée et les statuts constitutifs tels que prévus comme suit:

A. Objet - Durée - Dénomination sociale - Siège social

Art. 1^{er}. Il est constitué entre le détenteur actuel de parts et les futurs associés, une société à responsabilité limitée (ci-après la «Société») qui sera régie par les dispositions de la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales; telle qu'amendée, ainsi que par les présents statuts.

Art. 2. L'objet de la Société, au Luxembourg ou à l'étranger est:

- l'acquisition et la cession de participations dans des sociétés commerciales, ayant leur siège social en France, au Luxembourg ou ailleurs dont la principale activité est l'exploitation commerciale de satellites de communications;
- et plus généralement toutes opérations de quelque nature qu'elles soient, économiques, industrielles, juridiques, financières, civiles ou commerciales, nécessaires ou utiles, directement ou indirectement, pour la réalisation de cet objet ou à tous objets similaires, connexes ou complémentaires;

- la participation, directe ou indirecte, de la société à toutes activités ou opérations industrielles, commerciales ou financières, mobilières ou immobilières, au Luxembourg ou à l'étranger, sous quelque forme que ce soit, dès lors que ces activités ou opérations peuvent se rattacher, directement ou indirectement, à l'objet social ou à tous objets similaires, connexes ou complémentaires.

- l'émission de garanties ou de prêts, sous quelque forme que ce soit, qui bénéficie, directement ou indirectement, à des entités légales dans le capital desquels la Société détient directement ou indirectement une participation.

Art. 3. La durée de la Société est illimitée.

Art. 4. La présente Société a pour dénomination sociale: BlueBirds II PARTICIPATIONS.

Art. 5. Le siège social est fixé à Luxembourg. Il peut être transféré en tout autre lieu dans le Grand Duché du Luxembourg sur décision de l'associé unique ou sur décision de la collectivité des associés.

B. Capital social - Parts

Art. 6. Le capital social est fixé à douze mille cinq cents euros (EUR 12.500,-) et divisé en cinq cent (500) parts de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune.

Art. 7. Le capital social peut être augmenté ou réduit à tout moment par une majorité des associés représentant (i) au moins soixante-quinze pour cent (75%) des parts du capital social de la Société et (ii) une majorité en nombre d'associés / l'associé unique, conformément au droit luxembourgeois et au présent statuts.

Pour toute souscription en numéraire à une augmentation de capital, chaque part devra être libérée intégralement.

Art. 8. Les parts émises par la Société ont obligatoirement la forme nominative. Un registre des titres doit être conservé au siège social de la Société, où il pourra être consulté par tout associé. Le transfert des parts doit être matérialisé par un acte notarié ou un acte sous seing privé. Les transferts des parts ne sont opposables à la Société ou aux tiers qu'à compter de leur notification auprès de la Société ou de leur acceptation par cette dernière en vertu des dispositions de l'article 1690 du Code Civil. Sur demande de tout associé, un certificat de propriété des parts peut être délivré par la Société à l'associé ayant formulé cette demande.

Art. 9. Les associés ne sont responsables du passif social qu'à concurrence de leurs apports.

Art. 10. Toute part donne droit à une part nette proportionnelle à la quotité de capital qu'elle représente dans les bénéfices et réserves ou dans l'actif social de la Société en cas de distribution ou de liquidation.

Chaque associé pourra bénéficier des dispositions de droit luxembourgeois lors, notamment, de souscription à des augmentations de capital, émission d'obligations, information permanente ou occasionnelle avant la tenue des résolutions des associés / de l'associé unique.

De plus, chaque part donne en outre le droit au vote des résolutions de l'associé unique / l'assemblée générale des associés.

La propriété d'une part comporte de plein droit adhésion aux statuts de la Société et aux résolutions adoptées par l'associé unique / l'assemblée générale des associés.

Art. 11. La Société ne reconnaît qu'un détenteur par part. Les co-propriétaires de parts doivent nommer un représentant unique qui les représentera auprès de la Société. La co-propriété de parts doit être notifiée à la Société dans le mois qui suit sa constitution.

Le droit de vote est exercé par le propriétaire des titres remis en gage.

Art. 12. Les cessions ou transmissions, sous quelque forme que ce soit, des parts détenues par l'associé unique sont libres, sous réserve des restrictions légales applicables.

En cas de pluralité d'associés, le transfert de quelque manière que ce soit de parts à de nouveaux associés, doit être approuvé par les autres associés de la Société par une résolution de l'associé unique / l'assemblée générale, à la majorité des trois quarts (3/4) du capital social.

En cas de décès, les parts de l'associé décédé ne peuvent être transférées à de nouveaux associés qu'après approbation de ce transfert par les autres associés de la Société par une résolution de l'associé unique / l'assemblée générale, à la majorité des trois quarts (3/4) du capital social. Toutefois, une telle approbation n'est pas requise si les parts sont transférées à un parent, un descendant, ou un conjoint survivant.

Art. 13. Le décès, la suspension de droits civils, la banqueroute ou faillite de l'un des associés, ne causeront pas la dissolution de la Société.

Art. 14. Ni les créanciers, ni les cessionnaires, ni les héritiers d'un associé ne peuvent, pour une quelconque raison, apposer des sceaux sur les biens et les documents de la Société.

C. Direction de la société

Art. 15. La Société est dirigée par un ou plusieurs Gérant(s), personne physique ou personne morale, associée ou non de la Société. Une personne salariée de la Société peut être nommée Gérant. Si le Gérant est une personne morale, le Gérant personne morale doit être représenté par son représentant légal ou par tout représentant désigné de façon permanente.

Tout Gérant est nommé sur décision de l'associé unique ou par l'assemblée générale des associés délibérant dans les conditions prévues pour les décisions ordinaires.

La durée du mandat de Gérant est fixée à un (1) an prenant fin à l'issue de la consultation annuelle de l'associé unique ou de l'assemblée générale annuelle des associés appelée à statuer sur les comptes annuels de l'exercice écoulé, sauf pour ce qui est du premier exercice fiscal.

Le mandat de Gérant est renouvelable sans limitation.

Les fonctions de Gérant prennent fin soit par le décès, la démission, la révocation, l'expiration de son mandat, soit par l'ouverture à son encontre d'une procédure de redressement ou de liquidation judiciaires.

Le Gérant peut démissionner de son mandat sous réserve de respecter un préavis de quatre-vingt dix (90) jours lequel pourra être réduit par l'associé unique ou par l'assemblée générale des associés.

La démission du Gérant n'est recevable que si elle est adressée à chacun des associés par lettre recommandée.

Le Gérant personne physique sera considéré comme démissionnaire à la date où il aura atteint l'âge de soixante-dix (70) ans révolus.

Le Gérant personne morale associée sera démissionnaire d'office au jour de l'ouverture d'une procédure de redressement ou de liquidation judiciaires à son encontre.

Tout gérant est révocable à tout moment par décision de l'associé unique ou par l'assemblée générale des associés délibérant dans les conditions prévues pour les décisions ordinaires et prise à la majorité simple des associés.

La décision de révocation d'un Gérant peut ne pas être motivée.

La révocation d'un Gérant, personne morale ou personne physique, dont le mandat social n'est pas rémunéré, ne peut en aucun cas ouvrir droit à versement par la Société d'indemnité de cessation de fonctions.

Chaque Gérant peut recevoir une rémunération en compensation de la responsabilité et de la charge attachées à ses fonctions dont les modalités de fixation et de règlement sont déterminées par l'associé unique ou par l'assemblée générale des associés délibérant dans les conditions prévues pour les décisions ordinaires.

Cette rémunération peut consister en un traitement fixe ou proportionnel ou à la fois fixe et proportionnel. En outre, chaque Gérant est remboursé de ses frais de représentation et de déplacement sur justification.

Chaque Gérant est investi des pouvoirs les plus étendus pour agir en toutes circonstances au nom et pour le compte de la Société. En cas de pluralité de Gérants, les Gérants ne pourront engager la Société à l'égard des tiers que sous leur signature conjointe, exclusivement. La Société sera également engagée à l'égard des tiers par la/les signature(s) de toute personne à laquelle ce pouvoir de signature aura été délégué conjointement par chaque Gérant.

La Société est engagée même par les actes de la gérance qui ne relèvent pas de l'objet social, à moins qu'elle ne prouve que le tiers savait que l'acte dépassait cet objet ou qu'il ne pouvait l'ignorer compte tenu des circonstances.

Art. 16. La mort ou la démission d'un Gérant, pour quelque raison que ce soit, ne saurait résulter en la dissolution de la Société.

Art. 17. Un Gérant ne saurait être tenu, en raison de ses fonctions, d'une quelconque responsabilité personnelle résultant des actes régulièrement effectués au nom de la Société

D. Décisions de l'associé unique - Décisions collectives des associés

Art. 18. L'associé unique exercera l'ensemble des pouvoirs dévolus aux assemblées générales en vertu des dispositions de la section XII de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle que modifiée. Ses décisions sont constatées par des procès-verbaux signés par lui et portées dans un registre des assemblées de la Société.

En cas de pluralité d'associés, les décisions collectives sont prises, au choix d'un Gérant, soit en assemblée générale ou par correspondance, sous réserve des limitations prévues par l'article 193 de la Loi.

Toutefois, les décisions collectives suivantes ne pourront être prises qu'en assemblée générale:

- approbation annuelle des comptes annuels et affectation des bénéfices;
- nomination d'un (des) commissaire(s) aux comptes;
- augmentation, amortissement ou réduction du capital social;
- fusion, scission, apports partiels d'actif;
- transformation en une société d'une autre forme sociale;
- dissolution.

Les résolutions seront proposées aux associés à l'initiative d'un Gérant, d'un ou plusieurs associés détenant ensemble plus de dix pour cent (10%) des parts composant le capital social, de tout commissaire aux comptes.

Lorsque l'initiateur de la résolution n'est pas un Gérant, la décision collective est alors automatiquement prise en assemblée générale, à l'exclusion de toute autre moyen.

Chaque associé a le droit de participer à toute décision des associés nonobstant le nombre de parts qu'il détient et dispose d'un nombre de voix égal au nombre de parts qu'il détient.

Les résolutions des associés sont dites ordinaires ou extraordinaires.

a) Sont de nature ordinaire, toutes les décisions qui ne modifient pas les statuts, en ce compris, sans que cette liste soit limitative:

- l'approbation des comptes annuels et l'affectation annuelle des bénéfices;
- le quitus donné à tout Gérant;
- la nomination du(es) commissaire(s) aux comptes.

Aucun quorum n'est requis.

Sur première convocation, les résolutions sont adoptées à une majorité d'au moins cinquante pour cent (50%) plus une part des parts du capital social.

Sur deuxième convocation reprenant le même ordre du jour, les résolutions sont adoptées à une majorité simple des parts présentes ou représentées.

b) Sont de nature extraordinaire, toutes les décisions emportant, directement ou indirectement, modification des présents statuts ainsi que celles dont les statuts exigent expressément qu'elles revêtent une telle nature, y compris, sans que cette liste soit limitative:

- l'augmentation, l'amortissement ou la réduction du capital social;
- toute opération de fusion, scission, apports partiels d'actif;
- la transformation de la Société en une autre forme;

- la dissolution de la Société.

Aucun quorum n'est requis.

Ces résolutions sont adoptées à la double majorité suivante:

- au moins soixante quinze pour cent (75%) des parts du capital social de la Société; et
- une majorité en nombre d'associés.

c) Par dérogation aux dispositions qui précèdent, l'adoption ou la modification éventuelle des clauses statutaires relatives à l'inaliénabilité temporaire des parts, aux limitations au droit de préemption des associés en cas de cession de parts, au changement de nationalité de la Société, à la procédure d'agrément de tout cessionnaire de parts, au changement de contrôle d'une personne morale associée ou à la procédure d'exclusion des associés, requièrent une décision unanime des associés. De même toute décision de transfert du siège social de la Société à l'étranger, ou toute décision ayant pour effet d'augmenter les engagements financiers d'un ou plusieurs associés ne peut être prise qu'à l'unanimité d'entre eux.

Toute décision des associés, quelque soit son mode d'adoption, doit être constatée par des procès-verbaux signés et reproduits sur les registres de la Société. Les procès-verbaux devront être signés le jour même de l'adoption des décisions par le président de séance.

Les procès-verbaux devront indiquer le mode, le lieu et la date de la consultation, l'identité des associés ou mandataires ayant pris part au vote, le nombre de parts détenues par chacun, les documents et rapports soumis à discussion, un exposé des débats ainsi que le texte de chaque résolution et le résultat du vote.

Les copies ou extraits des procès-verbaux des décisions de l'assemblée générale des associés / de l'associé unique sont valablement certifiés par un Gérant, ou un fondé de pouvoir dûment habilité à cet effet.

Art. 19. Les convocations sont adressées par tous procédés de communication écrite huit (8) jours au moins avant la date prévue pour la réunion ou toute durée inférieure permise par la Loi. La convocation doit mentionner le jour, le lieu et l'ordre du jour de la réunion. L'ordre du jour est arrêté par l'auteur de la convocation.

Dès l'envoi de la convocation, le texte du projet des résolutions proposées et tous documents nécessaires à l'information des associés sont tenus à leur disposition au siège social où ils peuvent en prendre connaissance ou copie. Les associés peuvent demander que ces documents leur soient adressés par simple lettre, ou à leurs frais par lettre recommandée.

Lorsque l'ordre du jour porte sur la reddition des comptes annuels, doivent être joints à la convocation le rapport de la gérance contenant un exposé sommaire de la situation de la Société au cours de l'exercice écoulé ainsi que, le cas échéant, le rapport du ou des commissaires aux comptes.

Les réunions de l'assemblée générale ont lieu au siège social ou en tout autre endroit indiqué dans la convocation.

L'assemblée est présidée par un Gérant; à défaut, l'assemblée élit son président de séance en début de réunion. A chaque assemblée est tenue une feuille de présences.

Les associés peuvent se faire représenter aux délibérations de l'assemblée par un autre associé. Chaque mandataire peut disposer d'un nombre illimité de mandats. Les mandats peuvent être donnés par tous procédés de communication écrite.

En cas de consultation écrite, un Gérant doit adresser à chacun des associés par tout moyen écrit, un bulletin de vote, en deux exemplaires, portant les mentions suivantes:

- Sa date d'envoi aux associés;
- La date à laquelle la Société devra avoir reçu les bulletins de vote.
- La liste des documents joints et nécessaires au vote;
- Le texte des résolutions proposées avec, sous chaque résolution, l'indication des options de délibérations (adoption ou rejet);
- L'adresse à laquelle le bulletin doit être retourné.

Chaque associé devra compléter le bulletin de vote en cochant, pour chaque résolution, une case unique correspondant au sens de son vote. Si aucune ou plus d'une case ont été cochées pour une même résolution, le vote sera réputé être un vote de rejet.

Chaque associé doit retourner un exemplaire de ce bulletin de vote dûment complété, daté et signé, à l'adresse indiquée dans la convocation, ou, à défaut, au siège social de la Société.

Le défaut de réponse d'un associé dans le délai indiqué vaut abstention totale de l'associé concerné.

Dans les cinq jours ouvrés suivant la réception du dernier bulletin de vote, le(s) Gérant(s), établit(ssent), date(nt) et signe(nt) le procès-verbal des délibérations.

E. Information accessible aux associés

Art. 20. En plus des informations requises par la loi, tout associé a le droit, à toute époque, de prendre connaissance des statuts de la Société ainsi que des documents ci-après concernant les trois derniers exercices sociaux:

- La liste des associés avec le nombre de parts dont chacun d'eux est titulaire et, le cas échéant, le nombre de droits de vote attachés à ces parts;
- Les comptes annuels comprenant le bilan, le compte de résultat et l'annexe;
- L'inventaire;
- Les rapports et documents communiqués aux associés à l'occasion de l'adoption des décisions collectives;
- Les procès-verbaux des décisions collectives comportant en annexe, le cas échéant, les pouvoirs des associés représentés.

F. Commissaires aux comptes

Art. 21. Sur décision de l'associé unique, ou sur décision de l'assemblée générale, ou si la Société remplit deux des trois critères suivants:

- (i) un bilan de plus de 3,125 millions d'euros;
- (ii) un chiffre d'affaires supérieur à 6,25 millions d'euros;
- (iii) 50 salariés ou plus;

le contrôle de la Société est exercé par un ou plusieurs commissaire(s) aux comptes exerçant sa/leur mission conformément à la loi.

Un ou plusieurs commissaires aux comptes suppléants appelés à remplacer le ou les titulaires en cas de refus, d'empêchement, de démission ou de décès, pourront être nommés pour la même durée.

Le/les commissaire(s) aux comptes est/sont nommé(s) pour six (6) exercices sociaux; ses/leurs fonctions expirent à l'issue de l'assemblée générale / décision de l'associé unique appelée à statuer sur les comptes annuels du sixième exercice social.

Le/les commissaire(s) aux comptes est/sont nommé(s) par décision de l'associé unique ou, en cas de pluralité d'associés, par l'assemblée générale délibérant dans les conditions prévues ci-dessus pour les décisions ordinaires.

Le/les commissaire(s) aux comptes est/sont indéfiniment rééligible(s).

G. Exercice social

Art. 22. L'exercice social commence le 1^{er} janvier et finit le 31 décembre de chaque année. Par exception, le premier exercice commencera le jour de la constitution de la Société et se terminera le 31 décembre 2003.

H. Comptes annuels

Art. 23. Il est tenu une comptabilité régulière des opérations sociales, conformément à la loi.

Chaque année, les comptes annuels seront clos au 31 décembre. Le(s) Gérant(s) dresse(nt) l'inventaire des divers éléments de l'actif et du passif de la Société existant à cette date.

Le(s) Gérant(s) prépare(nt) les comptes annuels, notamment le bilan, le compte de résultat, et l'annexe. Les comptes devront clairement indiquer les capitaux propres de la Société.

Le(s) Gérants établit(ssent) le rapport de gestion sur la situation de la Société à l'issue de l'exercice écoulé. Ce rapport doit contenir l'ensemble des informations légales, y compris son évolution prévisible, les événements importants survenus depuis la date de clôture de l'exercice.

Le(s) Gérant(s) établit(ssent) également tout autre rapport spécial requis par la loi.

Chaque associé peut avoir accès aux documents décrits ci-dessus au siège social de la Société. Ces documents doivent également être mis à la disposition ou du/des commissaire(s) aux comptes, le cas échéant.

L'assemblée générale / l'associé unique doit approuver les comptes dans un délai de six (6) mois à compter de la clôture de l'exercice.

I. Répartition des bénéfices

Art. 24. Le compte de résultat qui récapitule les produits et charges de l'exercice fait apparaître par différence, après déduction des amortissements et des provisions, le bénéfice ou la perte de l'exercice clos.

Sur le bénéfice net (bénéfice de l'exercice diminué, le cas échéant, des pertes antérieures) il est prélevé cinq pour cent au moins pour constituer le fonds de réserve légale. Ce prélèvement cesse d'être obligatoire lorsque le fonds de réserve atteint le dixième du capital social. Les associés peuvent librement disposer du solde.

Le bénéfice distribuable est constitué par le bénéfice de l'exercice, le cas échéant, diminué des pertes antérieures et des sommes à porter en réserve, en application de la loi et des statuts, et augmenté, le cas échéant, du report bénéficiaire des exercices précédents.

Sur ce bénéfice, l'associé unique ou l'assemblée générale peut prélever toutes sommes qu'il ou qu'elle juge à propos d'affecter à la dotation de tous fonds de réserves additionnels, ou de décider de les reporter à nouveau.

Le solde, s'il en existe, est réparti, en cas de pluralité d'associés, par l'assemblée générale des associés entre associés, proportionnellement au nombre de parts appartenant à chacun d'eux.

En outre, l'assemblée générale des associés / l'associé unique peut décider la mise en distribution de sommes prélevées sur les réserves (autre que les réserves légales) dont la Société a la disposition, en indiquant expressément les postes de réserves sur lesquels les prélèvements sont effectués.

Toutefois, les dividendes sont prélevés par priorité sur les bénéfices de l'exercice.

Les pertes, s'il en existe, peuvent après l'approbation des comptes par l'associé unique ou l'assemblée générale des associés, être reportées à nouveau pour être imputées sur les bénéfices des exercices ultérieurs jusqu'à extinction.

J. Acompte sur dividendes / Dividendes

Art. 25. Lorsqu'un bilan intermédiaire établi par le(s) Gérant(s) au cours ou à la fin de l'exercice, certifié par un commissaire aux comptes le cas échéant, fait apparaître que la Société, depuis la clôture de l'exercice précédent, après constitution des amortissements et provisions nécessaires et déduction faite s'il y a lieu des pertes antérieures ainsi que des sommes à porter aux différents comptes de réserve, en application de la loi ou des statuts et augmenté des bénéfices reportés et des réserves distribuables, a réalisé un bénéfice, il peut être distribué aux associés sur décision de la gérance, des acomptes sur dividende avant l'approbation des comptes de l'exercice par l'associé unique / l'assemblée générale des associés dans les limites légales, le cas échéant.

Les modalités de mise en paiement des dividendes en numéraire sont fixées par décision de la gérance.

L'assemblée générale des associés ou l'associé unique, en conformité avec toutes les dispositions légales applicables, peut opter pour un paiement ou accorder une option entre le paiement, de tout ou partie du dividende ou des acomptes sur dividendes en numéraire ou en parts sociales.

Aucune répétition de dividendes ne peut être exigée d'un associé sauf lorsque la distribution a été effectuée en violation des dispositions légales et pour autant que la Société établisse que le ou les bénéficiaires avaient connaissance du caractère irrégulier de cette distribution ne pouvaient l'ignorer compte tenu des circonstances.

K. Transformation

Art. 26. La Société peut se transformer en société d'une autre forme dans les conditions de quorum et de majorité requises par les statuts et la loi. Avant cette transformation, la Société devra se conformer avec l'ensembles des dispositions légales applicables.

L. Dissolution - Liquidation

Art. 27. La Société est dissoute par décision de l'associé unique / l'assemblée générale des associés dans les conditions fixées pour les décisions extraordinaires.

En cas de dissolution de la Société en présence d'une pluralité d'associés, la Société sera liquidée par un ou plusieurs liquidateurs, qui n'ont pas besoin d'être des associés, et qui seront nommés par l'assemblée générale des associés qui déterminera leurs pouvoirs et leurs honoraires. Sauf disposition contraire, les liquidateurs bénéficieront des pouvoirs les plus étendus pour la réalisation des actifs et le paiement des dettes de la Société.

La personnalité morale de la Société subsiste pour les besoins de sa liquidation jusqu'à la clôture de celle-ci.

Les parts de la Société demeurent négociables jusqu'à la clôture de la liquidation.

Art. 28. L'ensemble des domaines non-couverts par ces statuts seront déterminés en conformité avec la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle que modifiée.

Souscription et Paiement

Les cinq cent (500) parts sociales ont été entièrement souscrites par EURAZEO S.A., précitée.

Les parts sociales ainsi souscrites sont totalement libérées par un apport en numéraire de douze mille cinq cents euros (12.500,- EUR).

Les douze mille cinq cents euros (12.500,- EUR) apportés au capital social, sont désormais disponibles pour la Société, comme il en a été justifié auprès du notaire soussigné.

Dépenses

Les dépenses, coûts, rémunérations ou frais, en tout genre, qui devront être pris en charge par la Société du fait de son immatriculation sont estimés à mille huit cents euros.

Résolutions de l'Associé unique

La personne précitée, représentant la totalité du capital souscrit et dûment convoquée, a immédiatement procédé à l'adoption des résolutions suivantes:

1. Le siège social de la Société sera 8-10, rue Mathias Hardt, L-1717 Luxembourg;

2. Les personnes suivantes sont nommées comme Gérants de la Société:

- Monsieur Pierre Beissel, né à Luxembourg, le 25 avril 1973, avec adresse professionnelle à L-1468 Luxembourg, 14, rue Erasme; et

- Monsieur Patrick Sayer, né à Neuilly sur Seine (92200), France, le 20 novembre 1957, résidant au 125 boulevard Malesherbes, 75017 Paris.

3. Les fonctions de Gérant ne seront pas rémunérées.

4. Les mandats de Gérant prendront fin lors de l'assemblée générale des associés / la résolution de l'associé unique amené(e) à se prononcer sur les comptes annuels de l'exercice clos au 31 décembre 2003.

5. Le commissaire aux comptes suivant est nommé commissaire aux comptes de la Société en conformité avec la loi pour une durée de six (6) ans, son mandat prenant fin lors de l'approbation des comptes annuels par l'assemblée générale des associés / sur résolution de l'associé unique du sixième exercice social:

ERNST & YOUNG

10, rue Jean Monnet

L-2180 Luxembourg.

La rémunération du commissaire aux comptes est déterminée en fonction de la réglementation applicable.

6. Les actes suivants entrepris par la Société en cours de constitution sont approuvés aux fins des présentes et repris par la Société:

- ouverture d'un compte bancaire pour les besoins du dépôt du capital social auprès du CREDIT LYONNAIS, Luxembourg;

- domiciliation de la Société auprès de MERCURIA SERVICES S.A. et signature de l'accord s'y rapportant.

Le présent acte notarié a été établi au Luxembourg, à la date figurant au début des présentes, à la fois en anglais et en français. En cas d'incohérence ou de divergence entre ces deux versions, la version anglaise de cet acte notarié prévaudra entre les associés, à l'égard de la Société et des tiers.

Ce document ayant été lu aux personnes présentes, connues par le notaire soussigné sous leur nom, prénom, état civil et résidence, les personnes présentes ont signé ensemble les présentes devant notaire.

Le notaire soussigné qui comprend et parle l'anglais, constate que sur demande du/des comparant(s), le présent acte est rédigé en langue anglaise suivi d'une version française; sur demande du/des même(s) comparant(s), le texte anglais fera foi en cas de divergences entre les deux.

Signé: M. Elvinger, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 2 avril 2003, vol. 138S, fol. 67, case 5. – Reçu 125 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 9 mars 2003.

J. Elvinger.

(017179.3/211/679) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 24 avril 2003.

AXA EQUITIES, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-1330 Luxembourg, 58, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

R. C. Luxembourg B 32.224.

Extrait de l'Assemblée Générale Ordinaire des Actionnaires tenue le 25 mars 2003 à 13.30 heures

- L'Assemblée décide, sur proposition du Conseil d'Administration, de repoter le résultat de l'exercice et de ne pas distribuer de dividende.

- L'Assemblée approuve sur proposition du Conseil d'Administration, le renouvellement du mandat d'Administrateur de Monsieur Nicholas Andrew Lumsden, Monsieur Christian Rabeau et de Monsieur Jean-Pierre Hellebuyck. Leur mandat, d'une durée d'un an, se terminant à la date de l'Assemblée Générale Ordinaire statuant sur les comptes arrêtés au 31 décembre 2003.

- L'Assemblée approuve, sur proposition du Conseil d'Administration, le renouvellement du mandat du Réviseur d'Entreprises, PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., pour une durée d'un an se terminant à la date de l'Assemblée Générale Ordinaire statuant sur les comptes arrêtés au 31 décembre 2003.

Pour le compte de AXA EQUITIES SICAV

CITIBANK INTERNATIONAL PLC (Luxembourg Branch)

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 11 avril 2003, réf. LSO-AD02496. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(015576.3/000/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 avril 2003.

KRIZIA, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1471 Luxembourg, 398, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 76.173.

Le bilan au 31 décembre 2001, enregistré à Luxembourg, le 10 avril 2003, réf. LSO-AD02257, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 3 avril 2003.

Signature.

(015807.3/581/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

CEB HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.

R. C. Luxembourg B 37.273.

*Extrait des résolutions prises par l'assemblée générale ordinaire
tenue extraordinairement le 10 février 2003*

Sont nommés administrateurs, leurs mandats prenant fin lors de l'assemblée générale ordinaire statuant sur les comptes annuels au 31 décembre 2002:

- Monsieur John Seil, licencié en sciences économiques appliquées, demeurant à Contern, Président

- Monsieur Pierre Lentz, licencié en sciences économiques, demeurant à Strassen

- Monsieur Karl Heinz Hauptmann, investment manager, demeurant à Seals, Kent, Royaume-Uni, en remplacement de Monsieur Luc Hansen, démissionnaire

Est nommée commissaire aux comptes, son mandat prenant fin lors de l'assemblée générale ordinaire statuant sur les comptes au 31 décembre 2002:

- AUDIEX S.A., 57 avenue de la Faïencerie, L-1510 Luxembourg.

Luxembourg, le 27 février 2003.

Pour extrait conforme

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 6 mars 2003, réf. LSO-AC00821. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(015919.3/534/22) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

AXA FUNDS MANAGEMENT S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1330 Luxembourg, 58, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.
R. C. Luxembourg B 32.223.

Extrait de l'Assemblée Générale Ordinaire des Actionnaires tenue le 25 mars 2003 à 11.00 heures

- Le montant total du résultat de l'exercice s'élève à 862,991 Euros.

L'Assemblée, sur base des recommandations du Conseil d'administration, décide d'allouer 30,175 Euros à la réserve spéciale et de distribuer un dividende de 832,858 Euros soit 9.684,39 Euros par action.

- L'Assemblée approuve le renouvellement des mandats de Madame Sonia Dauvergne, Monsieur Jean-Benoît Naudin, Monsieur Laurent Liot et Monsieur Sébastien Sallée. Le mandat des administrateurs, d'une durée d'un an se terminant à la date de l'Assemblée Générale Ordinaire statuant sur les comptes annuels arrêtés au 31 décembre 2003.

- L'Assemblée approuve le renouvellement du mandat du Réviseur d'Entreprises, PricewaterhouseCoopers, S.à r.l. pour une durée d'un an se terminant à la date de l'Assemblée Générale Ordinaire statuant sur les comptes arrêtés au 31 décembre 2003.

Pour le compte de AXA FUNDS MANAGEMENT S.A.

L. Kreicher

Funds Corporate Services Manager

Enregistré à Luxembourg, le 11 avril 2003, réf. LSO-AD02486. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(015579.3/000/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 avril 2003.

RAVENELLE HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2453 Luxembourg, 5, rue Eugène Ruppert.
R. C. Luxembourg B 72.987.

Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Ordinaire du 10 avril 2003

- L'assemblée approuve les rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes.

- L'assemblée donne décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 décembre 2000 et au 31 décembre 2001.

- L'assemblée renouvelle les mandats d'administrateur de Monsieur Johan Dejans, employé privé, demeurant 5, rue Eugène Ruppert à L-2453 Luxembourg, de Monsieur Gilles Jacquet, employé privé, demeurant 5, rue Eugène Ruppert à L-2453 Luxembourg et de LUX BUSINESS MANAGEMENT, S.à r.l., ayant son siège social au 5, rue Eugène Ruppert à L-2453 Luxembourg, ainsi que le mandat de commissaire aux comptes de ING TRUST (Luxembourg), ayant son siège social 5, rue Eugène Ruppert à L-2453 Luxembourg. Ces mandats se termineront lors de l'assemblée qui statuera sur les comptes de l'exercice 2002.

- Conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915, l'assemblée statue sur la question de la dissolution éventuelle de la société et décide de poursuivre les activités de celle-ci.

Luxembourg, le 10 avril 2003.

Pour extrait conforme

Pour la société

Signature

Un mandataire

Enregistré à Luxembourg, le 11 avril 2003, réf. LSO-AD02517. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(016329.3/655/25) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 avril 2003.

BEL CANTO SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2420 Luxembourg, 11-13, avenue Emile Reuter.
R. C. Luxembourg B 51.614.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 16 avril 2003, réf. LSO-AD03663, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 15 avril 2003.

Pour BEL CANTO SICAV

SOCIETE GENERALE BANK & TRUST Luxembourg

L'Agent Domiciliaire

Signatures

(015867.3/045/14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

GRACI INTERNATIONAL HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1611 Luxembourg, 49, avenue de la Gare.
R. C. Luxembourg B 21.011.

*I. Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Extraordinaire
tenue au siège social en date du 9 avril 2003 à 13.00 heures*

L'assemblée a pris acte de la démission des Messieurs Orazio Randazzo, Francesco Laneri et Giorgio Mazzanti de leurs postes d'administrateurs.

L'assemblée a décidé de ne pas accorder une décharge aux administrateurs pour l'exercice de leurs mandats.

L'assemblée a décidé de nommer Maître Marco Mariani, avocat demeurant à Firenze, 2, Piazza Stazione (Italie), né le 02.05.1965 au poste d'administrateur en remplacement de Monsieur Giorgio Mazzanti. Il est nommé jusqu'à l'assemblée générale ordinaire qui se tiendra en l'année 2006.

L'assemblée a décidé de nommer Monsieur Massimo Pagliarulo, réviseur d'entreprise, demeurant à Fasano, Via Verdi (Italie), né le 28.01.1959 au poste d'administrateur en remplacement de Monsieur Francesco Laneri. Il est nommé jusqu'à l'assemblée générale ordinaire qui se tiendra en l'année 2006.

L'assemblée a décidé de nommer Giuseppe Signoriello, administrateur, demeurant à Napoli, 50, Via Sta Lucia (Italie) né le 18.08.1951 au poste d'administrateur en remplacement de Monsieur Orazio Randazzo. Il est nommé jusqu'à l'assemblée générale ordinaire qui se tiendra en l'année 2006.

II. Extrait des résolutions prises lors de la réunion du conseil d'administration du 9 avril 2003 à 15.00 heures

Le conseil a décidé de nommer, conformément aux articles 53, alinéa 4 et 60 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, à l'article 13 des statuts et à l'autorisation donnée par l'assemblée générale, Maître Marco Mariani, avocat demeurant à Firenze, 2, Piazza Stazione (Italie), né le 02.05.1965, administrateur-délégué de la société avec le droit de gestion journalière et de sa représentation sous sa seule signature.

Le conseil a décidé de nommer Maître Marco Mariani, précité, Président du Conseil d'Administration.

Pour extrait conforme

Pour publication

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 10 avril 2003, réf. LSO-AD02148. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(016051.3/000/31) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 avril 2003.

MERITOR LUXEMBOURG, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1471 Luxembourg, 398, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 72.248.

Le bilan au 14 septembre 2001, enregistré à Luxembourg, le 10 avril 2003, réf. LSO-AD02265, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 3 avril 2003.

Signature.

(015812.3/581/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

CLIPCO S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1941 Luxembourg, 171, route de Longwy.
R. C. Luxembourg B 51.763.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Dudelange, le 10 avril 2003.

F. Molitor.

(015813.3/223/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

MOBILIM PARTICIPATIONS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 4, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 24.624.

Le bilan au 31 décembre 2001, enregistré à Luxembourg, le 10 avril 2003, réf. LSO-AD02267, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 3 avril 2003.

Signature.

(015814.3/581/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

MEZZANINE MANAGEMENT FINANCE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2519 Luxembourg, 9, rue Schiller.
R. C. Luxembourg B 73.510.

Le bilan au 31 décembre 2001, enregistré à Luxembourg, le 14 avril 2003, réf. LSO-AD02990, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg, le 15 avril 2003.

LUXEMBOURG CORPORATION COMPANY S.A.

Managing Director

Signature

(015896.3/710/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

MEZZANINE MANAGEMENT FINANCE S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2519 Luxembourg, 9, rue Schiller.
R. C. Luxembourg B 73.510.

*Extrait des Minutes de l'Assemblée Générale Ordinaire des Actionnaires
qui s'est tenue extraordinairement le 21 mars 2003*

A l'Assemblée Générale Ordinaire des Actionnaires de MEZZANINE MANAGEMENT FINANCE S.A. («la société»), il a été décidé comme suit:

- d'approuver le rapport de gestion et le rapport du Commissaire aux Comptes au 31 décembre 2001.
- d'approuver le bilan et le compte de profits et pertes au 31 décembre 2001
- d'allouer comme suit le bénéfice de l'exercice, Euros 44.000,-.

- Réserve légale:	456 EUR
- Report:	43.544 EUR

- d'accorder décharge pleine et entière aux Administrateurs et au Commissaire aux comptes pour toutes opérations effectuées au cours de l'exercice social se terminant au 31 décembre 2001.

Luxembourg, le 2 avril 2003.

LUXEMBOURG CORPORATION COMPANY S.A.

Administrateur-Délégué

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 14 avril 2003, réf. LSO-AD02989. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(015897.2/710/23) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

GUIDO DE NADAI HOLDING, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1471 Luxembourg, 398, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 77.167.

Le bilan au 31 décembre 2001, enregistré à Luxembourg, le 10 avril 2003, réf. LSO-AD02251, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 3 avril 2003.

Signature.

(015815.3/581/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.

RAVAN INVESTMENTS HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 3, rue Guillaume Kroll.
R. C. Luxembourg B 56.591.

L'an deux mille trois, le quatre mars.

Par-devant Maître Jean-Joseph Wagner, notaire de résidence à Sanem (Luxembourg).

S'est réunie l'Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires de RAVAN INVESTMENTS HOLDING S.A., une société anonyme holding, régie par le droit luxembourgeois, établie et ayant son siège social au 3, rue Guillaume Kroll, L-1882 Luxembourg, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B sous le numéro 56.591, constituée suivant acte notarié du 14 octobre 1996, publié au Mémorial C numéro 660 du 19 décembre 1996, (ci-après: la «Société»).

Les statuts de la Société ont été modifiés en dernier lieu, suivant acte reçu par le notaire instrumentant, en date du 26 mars 2001, publié au Mémorial C numéro 945 du 31 octobre 2001.

L'Assemblée est ouverte sous la présidence de Monsieur Peter Vansant, juriste, demeurant à Howald.

Le Président désigne comme secrétaire Monsieur Stéphane Das, juriste, demeurant à Luxembourg.

L'Assemblée choisit comme scrutateur Madame Ruth Donkersloot, employée privée, demeurant à Luxembourg.

Les actionnaires présents ou représentés à la présente Assemblée ainsi que le nombre d'actions possédées par chacun d'eux ont été portés sur une liste de présence, signée par les actionnaires présents et par les mandataires de ceux représentés, et à laquelle liste de présence, dressée par les membres du bureau, les membres de l'Assemblée déclarent se référer.

Ladite liste de présence, après avoir été signée ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentant, restera annexée au présent acte avec lequel elle sera enregistrée.

Le Président expose et l'Assemblée constate:

A) Que la présente Assemblée Générale Extraordinaire a pour

Ordre du jour:

- 1.- Décision de la mise en liquidation de la Société.
- 2.- Nomination d'un liquidateur et détermination de ses pouvoirs.

B) Que la présente Assemblée réunissant l'intégralité du capital social fixé actuellement à cent vingt-quatre mille euros (124.000,- EUR) divisé en cinq mille (5.000) actions sans désignation de valeur nominale, est régulièrement constituée et peut délibérer valablement, telle qu'elle est constituée, sur les objets portés à l'ordre du jour.

C) Que l'intégralité du capital social étant représentée, il a pu être fait abstraction des convocations d'usage, les actionnaires présents ou représentés se reconnaissant dûment convoqués et déclarant par ailleurs avoir eu connaissance de l'ordre du jour qui leur a été communiqué au préalable.

Ensuite l'Assemblée aborde l'ordre du jour et, après en avoir délibéré, prend à l'unanimité les résolutions suivantes:

Première résolution

L'Assemblée Générale Extraordinaire des Actionnaires décide la dissolution anticipée de la Société RAVAN INVESTMENTS HOLDING S.A., prédésignée et prononce sa mise en liquidation à compter de ce jour.

Deuxième résolution

L'Assemblée Générale Extraordinaire des Actionnaires décide de nommer comme seul liquidateur de la Société: la société FORTIS INTERNATIONAL LIMITED, une société régie par les lois des Iles Vierges Britanniques, établie et ayant son siège social à Lake Building, 2nd Floor, Wickhams Cay, P.O. Box 3174, Road Town, Tortola (Iles Vierges Britanniques).

Troisième résolution

L'Assemblée Générale Extraordinaire des Actionnaires décide d'investir le liquidateur des pouvoirs suivants:

- le liquidateur a les pouvoirs les plus étendus prévus par les articles 144 et suivants des lois coordonnées sur les sociétés commerciales, telles que modifiées;
 - le liquidateur peut accomplir les actes prévus à l'article 145 sans avoir à recourir à l'autorisation de l'Assemblée Générale des Associés dans les cas où elle est requise;
 - le liquidateur est dispensé de passer inventaire et peut s'en référer aux écritures de la société;
 - le liquidateur peut, sous sa responsabilité, pour des opérations spéciales et déterminées, déléguer à un ou plusieurs mandataires telle partie de leurs pouvoirs qu'il détermine;
- Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont procès-verbal, passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture et interprétation donnée par le notaire, les comparants prémentionnés ont signé avec le notaire instrumentant le présent procès-verbal.

Signé: P. Vansant, S. Das, R. Donkersloot, J.-J. Wagner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 10 mars 2003, vol. 875, fol. 43, case 10. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): M. Ries.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 9 avril 2003.

J.-J. Wagner.

(015876.4/239/62) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 avril 2003.